STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19130226

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 48. Mittwoch, den 26. Februar 1913. 27. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags). In den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Lindleystr. 85. Wilhelmsburg bei H. Möller, Veringstr. 21, II. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Hohenesch 3, part.

Hierzu zwei Beilagen.

Die Balkankrise.

Der Kriegführung auf der Balkanhalbinsel merkt man wohl an, daß beide Teile keinen „Schneid“ mehr haben. Es fehlt vor allen Dingen an Geld und ohne solches läßt sich nun einmal kein Krieg führen. Darum tritt in diesem Augenblick wieder eine „Entspannung“ ein und man hofft, daß binnen kurzer Frist der Friede hergestellt sein werde. Niemand kann darüber mehr Freude empfinden als wir, wenn es wahr wird. Leider sind aber unsere skeptischen Empfindungen so stark, daß wir sie nicht unterdrücken können. Wir können vorläufig nicht glauben, daß die russische Diplomatie diese schöne Gelegenheit, weitere Verwirrrung zu stiften, ganz ungenutzt vorübergehen lassen wird. Gerade jetzt kann im Trüben gefischt werden und wir befürchten sehr, daß dicht vor dem Friedensschlusse neue „Fragen“ auftauchen werden, an die man bis jetzt weniger gedacht hat, die aber um so mehr geeignet sind, neue Schwierigkeiten aufzutürmen. Man denke nur daran, daß sich das Gespenst der Meerengenfrage wiederholt von Ferne gezeigt hat. Und ohne Beute wird sich die russische Diplomatie nicht wohl begnügen wollen, wenigstens nicht so leicht nach so viel unterirdischer Arbeit und nach einem Militäraufgebot, das beinahe einer Mobilisierung gleichkommt. Dazu kommt, daß England seine Macht in Aegypten verstärkt, während Italien soeben eine „schneidige“ Erklärung gegen die Bestrebungen der französischen Chauvinisten nach der Herrschaft im Mittelmeer erlassen hat. „Gleichgewicht im Mittelmeer — Gleichgewicht im Adriatischen Meer!“ Das klingt sehr schön, aber in diesen kritischen Tagen muß man befürchten, daß sich hier wieder etwas Bedenkliches anspinnt, während Deutschland und Frankreich so eifrig an der Rüstungsschraube drehen. Seit dem Ueberfall von Tripolis, der mit Rußlands Zustimmung geschah, um dem Angriff des Balkanbundes Vorschub zu leisten, hat die russische Wühlarbeit sich unabläßig gesteigert. Wird sie nun in dem Moment aufhören, da in Frankreich ein chauvinistischer Präsident seinen Sitz eingenommen hat?

Ein Vorspiel für weitere Verwicklungen ist bereits im Gange.

Nehmen wir einmal an, die soeben um sich greifende optimistische Auffassung wird verwirklicht; die Türkei verständige sich über die bulgarischen, serbischen, griechischen und montenegrinischen Ansprüche und die albanische Frage sei gelöst, so daß auch die russisch-österreichische Spannung nachläßt und namentlich Oesterreich die furchtbaren Lasten, welche die Aufstellung einer großen Armee nun schon seit Monaten ihm auferlegt, endlich sich ersparen kann. Aber schon taucht eine neue Frage auf, an die man bisher weniger gedacht hat — die Frage der Kriegsentschädigung.

Sie wird schon aufgeworfen, ehe die Türkei definitiv besiegt ist. Man kann ja annehmen, daß sie schließlich besiegt werden wird, wenn der Krieg in der bisherigen Weise fortdauert. Aber dann ist auch nicht ausgeschlossen, daß der Krieg auf weitere Gebiete überspringt und dann ist sein Ausgang gar nicht abzusehen.

Aber daß die Frage der Kriegsentschädigung jetzt schon aufgeworfen wird, halten wir für ein neues Manöver der russischen Diplomatie, das den Zweck verfolgt, die Türkei bis aufs äußerste zu demütigen und zu schwächen oder den Friedensschluß zu hintertreiben und durch die definitive Niederlage der Türkei zum gleichen Ziele zu gelangen. Es wäre albern, heute noch leugnen zu wollen, daß die Politik des Balkanbundes von der stets ihre Friedensliebe beteuernden russischen Regierung gemacht wird. Nun ist zunächst der bulgarische Finanzminister von Petersburg aus dahin informiert worden, daß er eine Kriegsentschädigung von der aufs äußerste erschöpften Türkei verlangen muß.

Das böse Beispiel hat allerdings seinerzeit Bismarck gegeben, welcher der französischen Republik für einen Krieg, bei dem er den Kaiser Napoleon III. zum Losschlagen gezwungen, zwei Provinzen abnahm und eine Kriegsentschädigung von 5000 Millionen Franken auferlegte. Der französischen Bourgeoisie, klein und groß, war dieses Opfer, das schließlich doch von der Gesamtheit des Volkes getragen werden mußte, eine schöne Gelegenheit, ihre Kapitalien in einer sicheren Rente von 4½ pZt. anzulegen. In neuerer Zeit hat man von solchen Auflagen abgesehen; das siegreiche Japan verlangte von Rußland keine Kriegsentschädigung und auch Italien hat bei dem Friedensschluß, der den tripolitanischen Krieg beendigte, keine solche gefordert. Bezeichnend ist es, daß gerade die russische Diplomatie nun zu einer solch harten Maßregel gegen die Türkei treibt, da man doch in Petersburg noch nicht vergessen haben kann, was die Zahlung einer Kriegsentschädigung an Japan für Rußland bedeutet hätte!

Gerade Bulgarien ist seinen finanziellen Verpflichtungen, die es im Berliner Vertrage von 1878 gegenüber der Türkei übernommen hatte, nicht nachgekommen. Das kümmert aber den bulgarischen Finanzminister gar nichts, denn er hat natürlich triftige Gründe für seine Forderung. Gründe, sagt ein Sprichwort, sind so billig wie Brombeeren. Die Gründe des bulgarischen Finanzministers sind noch bedeutend billiger. Denn er tut kund und zu wissen, Bulgarien müsse auf einer Kriegsentschädigung bestehen, weil die Verluste an Menschen, Vieh und Kriegsmaterial sowie das völlige Stocken der Geschäfte Bulgarien große Opfer auferlegten und eine große Krise herbeizuführen drohten. Die annektierten Provinzen seien entvölkert und verwüstet und bilden keine genügende Hilfsquelle, um neuen finanziellen Lasten standhalten zu können.

Daß die Türken selbst die annektierten Provinzen verwüstet haben sollten, ist kaum oder doch nur in geringem Maßstabe anzunehmen. Dagegen hallten in ganz Europa die Klagen wider über die Verwüstungen und Grausamkeiten der christlichen Heere, die einen „Kreuzzug“ gegen den Halbmond unternommen hatten. Sie haben die Traditionen der alten Kreuzzüge wohl gewahrt. In wie vielen Städten mögen alle „Heiden“, Männer, Frauen und Kinder, abgeschlachtet worden sein wie einst bei der Erstürmung von Jerusalem im ersten Kreuzzuge! Und dafür soll nun die Türkei eine Kriegsentschädigung an die Bulgaren bezahlen. Das sieht doch ganz so aus, als ob es am grünen Tisch zu Petersburg ausgeheckt worden wäre.

Ein Berliner Blatt macht sich über dieses Auftreten der Bulgaren lustig und spricht vom Beginn des Katzenjammers. Ach, der Katzenjammer ist schon längst da und die edlen Herrscher von Griechenland, Serbien und Montenegro möchten auch ihre leeren Staatskassen füllen. Aber diese Sache bedeutet mehr als Katzenjammer. Die Türkei soll, wenn sie überhaupt Frieden schließt, so geschwächt werden, daß sie womöglich zum Staatsbankerott getrieben wird. Damit kommt die russische Politik wieder ihrem Ziele näher.

Die Leute, welche die Friedensmanifeste des Zaren seinerzeit ernst genommen haben und heute noch an die Friedfertigkeit der russischen Politik glauben, mögen uns für Schwarzseher halten. Sei's darum! Das nächste Ziel der russischen Eroberungspolitik ist und bleibt Konstantinopel. Was Rußland auf dem Balkan bis jetzt getan hat, sind nur Vorbereitungen für die letzten Schritte, die zu diesem Ziel führen sollen. Wenn es jetzt zu einem Frieden kommt, kann er nur ein trügerischer oder vorübergehender sein. Es sind durch diese ungeheure Balkankrise so viele Fragen aufgeworfen und so viele Erschütterungen bewirkt worden, daß ein plötzlicher Stillstand aller der in Bewegung geratenen Faktoren kaum denkbar ist.

Das sind keine guten Aussichten. Aber es hat keinen Zweck, die Augen zu verschließen. Tröstlich ist nur, daß die Balkankrise für alle Kulturvölker einen gewaltigen Impuls bildet, ihre Angelegenheiten selber in die Hand zu nehmen.

Die Balkanfrage.

Eine Pause in den Kämpfen.

Der Winter mit seinen Unbilden, die für die armen Soldaten auf beiden Seiten eine furchtbare Vermehrung der Qualen mit sich bringt, hat zeitweilig eine Pause in den Kämpfen eintreten lassen. Ein Konstantinopeler amtliches Kriegsbulletin besagt: Infolge des herrschenden Schneesturmes hat sich vor Tschataldscha, Adrianopel und Bulair nichts neues ereignet.

Nach einer Meldung der „Agence Bugare“ ist General Sawoff der Bitte der griechischen Bischöfe von Tschataldscha und Tschorlu nachgekommen, den aus den Dörfern bei Tschataldscha geflohenen 700 hungerleidenden Christen Nahrungsmittel zuzuweisen, und hat den bulgarischen Militärbehörden sofort entsprechende Anweisungen gegeben.

Am 25. Februar wird aus Konstantinopel gemeldet: Es heißt, daß ein türkisches Landungskorps Scharkoej besetzt habe, doch steht auch für diese Meldung die amtliche Bestätigung aus.

Die bulgarisch-rumänische Streitfrage.

Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Sofia scheint die Annahme der Vermittlung der Mächte nicht vorbehaltlos zu sein. Am Ende der darauf bezüglichen Note erklärt Rumänien nach der Behauptung Danews in der „Bulgaria“, daß es sich seine Handlungsfreiheit für den Fall bewahre, daß die Entscheidung der Mächte für die rumänische Regierung unannehmbar wäre. Anderseits wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Majorescu den Vertretern der Mächte die Demission des Kabinetts in Aussicht stellte, falls die Entscheidung der Mächte nicht einstimmig oder für Rumänien nachteilig wäre. An maßgebender Stelle werde mit größter Entschiedenheit die Sofioter Meldung der Wiener „Politischen Korrespondenz“, wonach Bulgarien im äußersten Falle bereit wäre, Silistria, das es Rumänien versagte, den Mächten abzutreten als Erfindung bezeichnet.

Die Friedensvermittlung.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Mächte auf dem letzten Schritt der Türkei, wodurch sie um ihre guten Dienste ersucht wurden, darauf hingewiesen, daß ihre an die Pforte gerichtete Kollektivnote (worin der Türkei die Abtretung Adrianopels angeraten war) noch nicht angenommen worden sei.

Nach einem Londoner Telegramm der „Voss. Ztg.“ stellt Bulgarien für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen folgende Forderungen:

1. Die neue Grenze muß näher bei Konstantinopel liegen als die zuvor in Erwägung gezogene.
2. Die Türkei muß eine Kriegsentschädigung zahlen.
3. Die Türkei muß sich einverstanden erklären, am fünfzehnten Tage nach der Eröffnung der Friedensverhandlungen mit der Abrüstung zu beginnen.

Wenn tatsächlich Bulgarien seine Forderungen noch erhöht, so dürften die Aussichten für einen baldigen Friedensschluß recht gering sein.

Türken und Griechen.

In türkischen Kreisen hegt man die Meinung, daß die Griechen als die Betrogenen aus dem Balkankriege hervorgehen werden. Ein Telegramm aus Konstantinopel berichtet darüber: Bei dem Besuche, den der Justizminister dem ökumenischen Patriarchen abstattete, kam der Minister auf die politischen Tagesfragen zu sprechen und sagte unter anderm, wie die Blätter melden, der Balkanbund sei für Griechenland nicht vorteilhaft. Der Bund werde für den Hellenismus verhängnisvoll sein. Der begangene Fehler werde in späterer Zeit zutage treten, wenn ein großer Teil der hellenischen Nation den nationalen Charakter, den er sich unter der Herrschaft der Türkei erhalten habe, verlieren werde. Die Strömung, die die Griechen und Muselmanen bedrohe, werde die Bewohner der besetzten Gebiete verschlingen. Als der Patriarch erstaunt fragte, warum die Türkei nicht rechtzeitig Schritte getan habe, um die Beteiligung Griechenlands am Balkanbunde vorzubeugen, erklärte der Minister: Was geschehen ist, ist geschehen. Trachten wir Türken wie Griechen wenigstens danach, künftig in Freundschaft zu leben. Die Vergangenheit wird uns nach dem Frieden für das künftige Zusammenarbeiten zur Lehre dienen.

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratie und Militarismus.

Für die Treiber bei den militärischen Rüstungen ist die Gegenwart der 110 Sozialdemokraten im Reichstag ein schwerer Stein des Anstoßes. Der Reichstag hat wohl trotzdem eine Mehrheit, die alle neuen Heeresforderungen unbesehen anzunehmen bereit ist, aber in der Kostendeckungsfrage gehen die Meinungen dieser Mehrheit auseinander und die alten Gegensätze, die sich 1909 bei der Erbschaftssteuervorlage auftaten, sind noch nicht überwunden. Am liebsten wäre es zweifellos den reaktionären Parteien, Zentrum und Nationalliberale eingeschlossen, wenn man die neue Militärvorlage benutzen könnte, es zu einer Reichstagsauflösung zu treiben, um dann durch die Entfesselung der „nationalen“ Leidenschaften zu versuchen, den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichsparlament erheblich zurückzudrängen, wie es 1907 bei den Bülowblockwahlen gelungen ist, trotzdem damals die Wählerzahl der Sozialdemokratie nicht abnahm, sondern noch um eine Viertelmillion anwuchs.

So eine neue „nationale“ Hetze will natürlich vorbereitet sein. Und so wird jetzt schon für alle Fälle der Anfang damit gemacht. Der Anstoß dazu kommt aus dem Süden, wird aber selbstverständlich sofort weitergegeben. Der offiziöse Telegraph verbreitet mit Behagen einen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Artikel, den die „Bayer. Staatsztg.“, das offizielle Organ des Ministeriums v. Hertling, verbrochen hat. Darin werden zunächst die bürgerlichen Parteien gelobt wegen ihrer Entschlossenheit, „dem Reiche das zu geben, was die ehrenvolle Behauptung seiner internationalen Stellung erheischt“. Dann aber geht es über die Sozialdemokratie her, die in die Berechnungen für die Erhaltung der Wehrpflicht als „negative Größe“ einzusetzen sei. Das bayerische Ministerorgan schreibt dann weiter:

„Es ist ja jedermann sich klar darüber, daß kein wie immer gearteter Appell imstande sein wird, den Sinn dieser Partei zu ändern. Was aber nottut, ist, bürgerliche Kreise darauf hinzuweisen. In dieser Richtung ist es das Verhalten der Partei oder, besser gesagt, das ihrer geistigen Führerschaft, das belehrend wirkt. Denn niemand könnte den bürgerlichen Kreisen Deutschlands in ähnlicher drastischer Weise das wahre Wesen dieser Partei darlegen, als sie selber es jedesmal tut, wenn sie, den Hohn kaum verbergend, dem Schutz der Lebensinteressen des Reiches ihre Mitwirkung versagt. Aus dieser Haltung, die erfreulicherweise meist nur zu Demonstrationen, selten zu Schädigungen der Interessen Deutschlands führt, spricht eine Gesinnung, die bei einigem Nachdenken selbst auf jene Kreise verstimmend wirken muß, die sich gewöhnt haben, die Tragweite der sozialdemokratischen Bestrebungen zu unterschätzen. Aber auch innerhalb der großen Masse der Mitläufer der Sozialdemokratie, die periodisch, zur Zeit der Wahlen, die Stärke, sonst die Schwäche der Partei darstellen, muß ein derartiges Verhalten zu den Fragen unserer Wehrhaftigkeit Bedenken erregen. Denn auch der einsichtige deutsche Arbeiter kann sich, auch wenn er noch so sehr unter dem Bann der zweifellos sehr geschickten Pressemache der Sozialdemokratie steht, der Erkenntnis nicht verschließen, daß ein auch glücklicher Krieg durch die unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen, die er nach sich zieht, mit rauher Hand störend, vor allem in seine, des Arbeiters, Existenz eingreift. Er muß sich weiter sagen, daß jede Unterlassung, die Deutschland auf militärischem Gebiete begeht, einen Krieg nur wahrscheinlicher und in seinen Folgen je nach seinem Ausgange für Handel und Industrie nur verderbenbringender gestalten kann. Selbst wenn dieser Mitläufer der Sozialdemokratie das Reich, wenn er den in den Bundesstaaten Deutschlands verkörperten monarchischen Gedanken bekämpft, so muß er einsehen, daß den effektiven Schaden eines Krieges die Masse des Volkes und in ihr wieder an erster Stelle der Arbeiter trägt, der, selbst ohne Besitz, auf die Möglichkeit angewiesen ist, in fremdem Betriebe seine Arbeitskraft nutzbar zu machen. Und wenn er nach Frankreich hinübersieht, so kann ihn selbst das lauteste antimonarchische Toben der sozialdemokratischen Presse nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß auch die republikanische Staatsform die verantwortlichen Männer eines Landes weder von der Notwendigkeit noch von der Pflicht enthebt, sorgsam und stetig auf den Ausbau der Wehrkraft ihres Volkes bedacht zu sein. Gewinnen derart klare und einfache Gedankengänge in den Kreisen der verblendeten Mitläufer und Anhänger der Sozialdemokratie an Raum, so kann das vaterlandsfeindliche Treiben dieser Partei immerhin noch nützliche Aufklärungsarbeit leisten.“

Auf die „Mitläufer“ hat es also die „Aufklärungsarbeit“ der Rüstungstreiber abgesehen; die Sozialdemokratie wird als „vaterlandsfeindlich“ verschrien, um die „Mitläufer“ zu schrecken. Das geschieht ja heute nicht zum ersten Male, hat aber nur vorübergehend einen Mißerfolg der Sozialdemokratie zur Folge gehabt, die rapide Weiterentwicklung der Sozialdemokratie nicht aufhalten können. Und je öfter diese Verhetzungsmethode zur Anwendung kommt, desto weniger Aussicht auf Erfolg hat sie, denn die wirkliche Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie dringt in immer weitere Kreise. Heute wissen auch die „Mitläufer“, die übrigens meist schon in einer Wahlperiode zu festen Anhängern der Sozialdemokratie werden, vom Wesen der Sozial-

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrle.

[7]

Lange hielten wir es in der Stadt nicht aus. Wir marschierten weiter und waren froh, als etwas Sonne kam. Schon etliche Tage hatte es mich auf meinem Rücken so seltsam gejuckt. Wenn ich den Rostocker fragte, was das sei, lachte er nur: „Bienen, mein Junge, Bienen!“ Als wir in eine einsame Gegend kamen, [illegible] auch er sich und sagte: „Ja, will mir mal den Bienenstock ansehen!“ Wir setzten uns hin, entkleideten uns und suchten unsere Stauden ab. Mir wurde ganz erbrecherisch zu Mute, solche Viecher hatte ich meinen Lebtag noch nicht gesehen. Insgesamt fanden wir 413 Stück, denn wir zählten sie. Diesen gruben wir ein schönes Grab, lochten sie hinein und setzten zwei Stecken darauf, daran ein Blatt Papier mit der Inschrift:

Hier beschlossen 413
ausgemästete Bienen
ihren Lebenslauf durch
Menschenhand.

Die Hemden legten wir vier bis fünf Stunden in das Meerwasser und wälzten einen Stein darauf, damit sie nicht fortgeschwemmt werden konnten. Derweilen badeten wir und ließen uns von der Sonne etliche Tage hatte es mir auf meinem Rücken so seltsam zurückgebliebenen Läuse würden ersaufen und wir Ruhe haben. Aber weit gefehlt! Nachdem wir die Hemden getrocknet hatten und wieder hineingeschlüpft waren, biß die zurückgebliebene Brut noch niederträchtiger. Der lange Aufenthalt im Seebad muß ihnen Appetit gemacht haben.

Abends fing es wieder zu regnen an. Als wir im Wald eine Hütte fanden, die geschlossen war, standen wir hinten unter und machten aus Kistenbrettern, die herumlagen, ein schönes Feuer. Das flackerte dermaßen, daß auch die Hütte anging. Da wir nicht löschen konnten, blieb uns nichts anderes übrig, als möglichst rasch zu verschwinden, denn wie Prügel schmeckten, wußten wir bereits. Unsere Flucht war so eilig, daß wir in den mit Schlamm und Wasser gefüllten Straßengraben einsanken und über und über verdreckt wurden. Natürlich gab jeder dem andern die Schuld daran. Es hätte nicht viel gefehlt, wären wir aneinander geraten.

Als wir nach Nizza kamen, sahen wir beide wie richtige Landstreicher aus. Doch keine halbe Stunde später kam der Rostocker mit einem frischen Anzug und ganzen Schuhen daher und sagte, er wolle schauen, wo er noch einen Hut bekäme, der dazu paßte. Sein Beispiel machte mir Mut, und ein Hotelportier, den ich um Kleidung ansprach, schenkte mir ebenfalls eine Montur, und zwar war die besser, als dem Rostocker seine, was den nicht wenig ärgerte. In Nizza gab es eine Stiftung, die jeden Morgen Brot und Suppe austeilte. Wir gingen nur einmal hin, denn da es sehr viele Hotels hatte, waren wir mit dem Essen nie in Verlegenheit. Abfälle gab es überall, sogar Leute, die einem noch Geld dazu schenkten. Eine Woche später verließen wir die prächtige Stadt und wanderten über Monte Carlo, wo jeder auf der Bürgermeisterei einen Franken bekam, Mentone zu. Unterwegs sahen wir viele Blumenzüchtereien. Ganze Felder standen voller Nelken, Veilchen und Rosen. Das bildete zu den schneebedeckten Bergen im Hintergrund einen merkwürdigen Gegensatz. Während wir darüber redeten, kam ein junger Mann daher und hörte uns eine Weile zu. Dann fragte er, ob wir Lust hätten, bei ihm zu Mittag zu essen. Das ließen wir uns nicht zweimal sagen. Wir erfuhren von ihm, daß er sich früher lange in den holländischen Kolonien aufgehalten habe und jetzt Buchhalter in einer Blumenzüchterei sei, wo es ihm aber nicht gefalle. Er hatte bald heraus, daß der Rostocker auch Englisch und Dänisch konnte, und fragte ihn, ob er nicht bereit wäre, seine Stelle zu versehen. Die Arbeit bestände nur darin, die fremdsprachliche Korrespondenz zu führen. Als der Rostocker das hörte, blühte er übers ganze Gesicht und konnte kaum erwarten, in die Plantage geführt zu werden. Ich ging mit und dachte, er werde schon wieder herauskommen und mir Bescheid sagen. Ich wartete fünf geschlagene Stunden, kein Bein ließ sich sehen. Nun wurde mir die Sache zu dumm, ich dachte, ein Baldamus kann auch ohne einen Rostocker fertig werden, und ging fort.

3.

In Mentone lernte ich einen Arzt kennen, der mir Arbeit verschaffen wollte. Ich hatte aber die richtige Möge nicht und überschritt die Grenze. Die italienischen Zollwächter wollten mich nicht durchlassen, ich hatte zu wenig Geld bei mir. So blieb mir nichts anderes übrig, als die Dunkelheit abzupassen und einen großen Umweg ums Zollhaus zu machen, was auch unbemerkt gelang. In Ventimiglia traf ich einen, der nach Genua zu wollte. Diesem schloß ich mich an. Wir tippelten acht Tage lang und belagen in dieser Zeit kein Bett, sondern mußten ständig Platte reißen. Auch mit dem Essen war's mau, hätten wir uns nicht an verschiedene Klöster halten können, wäre es uns schlecht ergangen. Als wir einmal in ein Weinfeld einbrachen und Trauben abpflückten, krachte in der Nähe ein Schuß. Wir rissen schleunigst aus, blieben aber an dem Draht der Umzäunung hängen und verschlugen uns die Schienbeine. In Savona besuchten wir den Vizekonsul. Der war aber kein Deutscher, sondern ein Einheimischer und gab trotz unserm Zetern nichts her. Wir suchten in Genua das Konsulat auf. Hier bekamen wir einen Bon zum Essen und Schlafen. Den Tag darauf gingen wir wieder hin und erhielten wieder nur einen Bon, als wir aber den dritten holen wollten, wurden wir grob hinausgewiesen. Es blieb uns nichts anderes übrig, als im Asilo Notturno zu schlafen. Hier war es säuberlich, auch Essen wurde verabreicht. Der einzige Haken war das frühe Aufstehen.

Wir trieben uns viel am Hafen herum und fanden hie und da kleine Arbeiten. Waren deutsche Schiffe da, so kochten wir ab, d. h. wir suchten die Küche und fragten dort um Essen. Brauchten wir Geld, so stahlen wir auf den Lagerplätzen altes Eisen und schleppten es zum Althändler. Freilich gab's nur wenige Centesimi dafür. Auch den berühmten Friedhof besuchten wir. Er wird Camposanto genannt. Wir hatten keinen rechten Genuß von den Kunstwerken, es war zu viel zu sehen.

In der Hafengegend stand eine Garküche neben der anderen. In manchen wurden Kutteln abgesotten und Brühe zu 5 Centesimi die Tasse verkauft. In anderen wieder gab es billige Fische. Ueberall aber war's unsauber. Dauernde Arbeit ließ sich keine finden. Mein Kollege wanderte nach Mailand, ich schloß mich einem Oesterreicher an, der über Florenz nach Rom wollte. Zunächst ging's nach Pisa. Wir wählten den Meerweg, obwohl dieser bedeutend länger ist. Doch hatten wir den Vorteil, überall Fischerhütten zu treffen, in denen wir nachts schlafen konnten. Jedoch in Rapallo, einem größeren Badeort an der Küste, in dem sich auch viele Deutsche aufhalten, konnten wir trotz allem Suchen kein Unterkommen finden. Was sollten wir anfangen? Wir legten uns in einen offenen Hausgang nieder und schliefen ein. Später kamen Leute und als sie uns schlafen sahen, holten sie die Polizei. Die kam und warf uns hinaus. Wir schlichen in den Hafen und stiegen in eines der kleinen Fischerboote, die auf den Strand gezogen waren. Zuvor aber nahmen wir von den anderen Booten die Segeltuchdecken weg und fütterten unseres damit aus. Auf rippigem Holz zu schlafen, schien uns kein Vergnügen. In der Frühe goß es; wir merkten's erst, als das Wasser von der Decke abtroff, in's Boot hineinlief, und uns durchnäßte. Am Ufer standen Schiffer, die ihre Boote noch weiter hinaufzogen und in einem fort fluchten, weil sie glaubten, die Schutzdecken seien gestohlen worden. Als sie nun unser Boot hinaufgezogen und uns darin sahen, verschlugen sie uns. Da es zu viele waren, konnten wir uns nicht wehren.

Wir schleppten die geschundenen Rücken weiter und trafen noch einen Oesterreicher, einen äußerst gelungenen Kerl. Am rechten Arm hatte er fast keine Muskeln; es war ihm möglich, den Handteller seiner Hand hinten auf die Achsel zu legen. Zog er den Rock darüber, so sah es aus, als ob er einarmig sei. Diesen Trick benutzte er beim Fechten. Wir hatten in der Folgezeit sehr schöne Tage, er bettelte auch für uns zwei. Nur in Livorno, wo wir uns länger aufhielten, ging's schief. Hier suchte er den Konsul auf, der ihm seiner Einarmigkeit wegen eine größere Unterstützung auszahlte. Doch schon Tags nachher traf ihn dieser, wie er mit uns ganz gemütlich beidearmig durch die Stadt marschierte. Sofort stellte er ihn zur Rede. Der Oesterreicher war keck und frech und sagte einfach, er sei nicht der. Bis der Konsul einen Schutzmann herangewinkt hatte, waren wir verschwunden. Wir schlugen uns Pisa zu. Unterwegs kamen wir durch große Tannenwälder. Wir fragten einen Arbeiter, der Tannenzapfen auflas, wie weit es nach der Stadt sei. Er sagte: wenn ihr gut geht, zwei Stunden. Wir gingen zwei Stunden, wir gingen drei Stunden, ja wir gingen sogar vier Stunden und sahen noch immer keine Häuser. Schließlich trafen wir einen Wegweiser und konnten lesen, daß wir noch zehn Meilen zu gehen hatten. Obwohl wir den schiefen Turm schon von weitem erblickten, wurde es doch Nacht, bis wir zu den ersten Häusern kamen. Wir kehrten in einer Wirtschaft ein, die beiden Oesterreichern als Kundenpenne bekannt war. Hier sah ich viel Neues. Der merkwürdigste Kunde, den ich hier traf, war der Zinkenfritz. Dieser hieß so, weil er den Kunden falsche Zeugnisse und Ausweispapiere anfertigte. Dies tat er auf eigenartige Weise. Mit einer Nähnadel stach er die Stempel, die er brauchte, in Schieferplatten ein. Er verstand das Geschäft. Seine Stempel konnte man von echten kaum unterscheiden. Manchmal machte er sich's leichter und zog die echten Stempel mit einer Eihaut ab und übertrug sie auf die Fleppe. Dabei verdiente er ein schönes Geld. Gar mancher, der schwarz fuhr, ließ sich bei ihm neue Zinken machen. Er erzählte mir auch, wie er zu seinem Stelzbein gekommen sei. In Genua hatte er bei einem nächtlichen Streifzug ein Zusammentreffen mit der Hafenpolizei. Als er trotz mehrfachen Anrufs nicht stehen blieb, schoß ein Polizist und traf ihn. Die Wunde war so schlimm, daß ihm das Bein abgenommen werden mußte. Als er aus dem Spital entlassen wurde, kauften ihm die Aerzte ein Gummibein, das über dreihundert Lire kostete. Kaum war er draußen, ging er zu einem Orthopäden und versetzte es um fünfundzwanzig Lire, und ließ sich ein Holzbein dazu geben. Der Zinkenfritz war ein geriebener Kerl, konnte mehrere Sprachen und war früher in leitenden Stellungen gewesen. Nur der Suff hatte ihn so weit heruntergebracht. Wie alle Kunden, erzählte auch er sehr gern von seiner Vergangenheit. Dabei stellte er alles ins grellste Licht und rühmte, wie gut er es schon hätte haben können, wenn er nur gewollt hätte. Auch von seiner vornehmen Verwandtschaft gab er manches Stücklein zum besten. Wir mußten über seine Geschichten viel lachen, doch nahm sie niemand für wahr.

Der Weg nach Florenz führte über Empoli und Pontedera. In Empoli war Jahrmarkt, als wir hinkamen; ich benutzte die Gelegenheit und sprach in verschiedenen Kaufläden vor. Gegen Nacht kam ich auch in eine Tuchhandlung. Ein alter Jude saß hinterm Tisch und zählte einen Haufen Geld. In diese Arbeit war er so vertieft, daß er mich nicht kommen hörte. Erst als ich mehreremale laut hustete, sah er auf und erschrak. Ich brachte meinen Spruch vor, er gab mir aber keinen Centesimo, im Gegenteil, er schob sein Geld so rasch als möglich in die Schublade, schloß sie ab und gab mir einen Tritt. Als ich den zurückgab, rief er nach der Polizei.

Mehr Glück hatte ich im sozialistischen Zirkel. Der verschaffte uns Dreien Schlafgelegenheit. Bis Florenz gingen wir noch zusammen, dort trennten wir uns. Tagsüber lief ich in der Stadt umher und beschaute die Denkmäler. Es gab hier viele, die Eindruck auf mich machten. Auch die Kirchen waren meist sehr prächtig ausgestattet. Eines Abends sah ich ein Begräbnis, an dem etwa zweihundert Priester teilnahmen. Die meisten trugen Fackeln in den Händen und hatten Kapuzen über den Köpfen, so daß man nur die Augen herausleuchten sah. Das machte einen grausigen Eindruck, von weitem sah es aus wie eine Prozession von Totenschädeln

(Fortsetzung folgt.)

demokratie so viel, daß sie auch auf die schändlichsten Verleumdungen der Gegner nicht mehr so leicht hereinfallen. Interessant ist übrigens das Zugeständnis des bayerischen Ministerblattes, daß auch ein „glücklicher", soll wohl heißen siegreicher Krieg unübersehbare wirtschaftliche Folgen habe, die vor allem die Arbeiter treffen. Eben darum und wegen der greulichen Menschenschlächterei, die damit verbunden ist, **will die Sozialdemokratie keinen Krieg.** Es ist aber falsch, daß die Unterlassung weiterer Rüstungen einen Krieg nur wahrscheinlicher macht. Im Gegenteil, **das ewige Wettrüsten beschwört gerade die Gefahr des Krieges herauf.** Und wer immer wieder den neuen Anstoß gibt, wie jetzt Deutschland, der hat die **Verantwortung** dafür zu tragen. Darum ist **die Sozialdemokratie gegen die Fortsetzung des Wettrüstens** und sie ist sich dabei bewußt, **im Interesse des Friedens** zu handeln. **Die Völker wollen keinen Krieg;** die **Diplomaten** können aber im Bewußtsein, die stärkste Heeres- und Flottenmacht hinter sich zu haben, übermütig werden und den Krieg provozieren.

Zu den preußischen Landtagswahlen.

Der Parteitag der **Fortschrittlichen Volkspartei** für **Niedersachsen** beschloß am Sonntag in Hannover, in allen Wahlkreisen, wo es irgend angängig sei, selbständige Kandidaturen aufzustellen. — Für **Mühlhausen-Langensalza** schlossen die **Nationalliberalen** und die **Fortschrittliche Volkspartei** ein **Wahlbündnis** dahin ab, daß die Nationalliberalen für die Landtagswahl beide Kandidaten, die Freisinnigen aber zur Reichstagswahl den Kandidaten stellen. Diese Mandate haben jetzt die Konservativen inne.

Der Kampf der Landräte.

Im Landtagswahlkreise **Lüneburg-Winsen** gibt es **zwei Landratskandidaturen,** eine nationalliberale und eine konservativ-agrarische. Der nationalliberale Kandidat ist der gegenwärtige Landrat und Landtagsabgeordnete **Ecker-Winsen,** der konservative der frühere Landrat, Rittergutsbesitzer **v. Flügge-Speck,** der jetzt in Pommern haust und bis 1899 Landrat in Winsen war. Der Kampf scheint nun von seiten der Agrarier mit recht eigenartigen Mitteln geführt zu werden. In seiner Kandidatenrede in Lüneburg erklärte der Landrat a. D. v. Flügge nach der „Deutschen Tagesztg.", er müsse „den **jetzigen Herrn Landrat**" gegen einen häßlichen Verdacht in Schutz nehmen: Als er — v. Flügge — tags zuvor seine alten Freunde in Winsen aufsuchte, sei vielfach der Gedanke laut geworden, „daß mancher **aus Furcht vor dem jetzigen Herrn Landrat** (Ecker) **nicht wagen** würde, seine Stimme gegen den nationalliberalen Abg. Ecker abzugeben", also gegen den heutigen für den früheren Landrat zu stimmen. Landrat a. D. v. Flügge versicherte — und das Organ des Bundes der Landwirte gibt diese Worte in fettem Druck wieder: „**Einen preußischen Landrat, der seinen politischen Aerger seine Kreiseingesessenen empfinden läßt, gibt es überhaupt nicht.**" Diese Versicherung werden die meisten ostelbischen Landräte jedenfalls mit verständnisvollem Lächeln aufnehmen.

Für den Landrat a. D. treten auch die Häuptlinge vom Bund der Landwirte, Freiherr v. **Wangenheim** und Dr. **Diederich Hahn,** ein. Letzterer ging sehr persönlich gegen den jetzigen Landrat vor. Er erklärte — immer nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung": „Ein recht **merkwürdiger Standpunkt eines preußischen Staatsbeamten**" trete zutage, wenn Landrat Ecker behauptet habe, es sei **das verfassungsmäßige Recht der Sozialdemokratie,** bei den Wahlen gehört und gegebenenfalls in den Parlamenten vertreten zu werden, und ihre Beteiligung sei ein Sicherheitsventil und ein Mittel, sie allmählich zu positiver Arbeit heranzuziehen. Dr. Hahn fragte, „**ob das der Standpunkt eines preußischen Landrats sein dürfe**". Gleichzeitig lenkte er auch die Aufmerksamkeit auf einen **hohen Reichsbeamten,** den **nationalliberalen Landtagsabgeordneten** Just aus dem Reichsamt des Innern, dem er auch **Unzuverlässigkeit** gegenüber den Sozialdemokraten vorwarf. Wer so wie der Abg. Just von Sozialdemokraten spreche, der zeige, daß er für die Sozialdemokratie **ein höchst mangelhaftes Verständnis** hat und des Vertrauens der Wähler nicht würdig ist.

Dr. Hahn muß es ja wissen. Er und seine agrarischen Freunde möchten ja am liebsten die Sozialdemokratie einfach aus der Geschichte der Gegenwart ausstreichen. Das geht nun aber einmal nicht. Wenn aber andere Leute, und seien es auch preußische Landräte oder Reichsbeamte, eine **vernünftigere** Auffassung hinsichtlich der Sozialdemokratie haben, so sind die Agrarier ihre erklärten Feinde. Der Kampf der beiden Landräte kann unter diesen Umständen noch interessant werden.

Ein offener Brief Bebels.

Der „Vorwärts" veröffentlicht folgende Zuschrift:

An den Landtagsabgeordneten Herrn Dr. med. Mugdan hier.

Nach dem Bericht des „Vorwärts" haben Sie in der Sitzung des preußischen Landtags vom 22. d. M. anläßlich einer Debatte über die Bäckereiverordnung geäußert:

„Uebrigens ist es auch nicht richtig, daß der Abgeordnete Bebel der Erste gewesen ist, der hygienische Mißstände in Bäckereien aufgedeckt hat. Das ist lange vor ihm geschehen."

Sie würden mich zu Dank verpflichten, wollten Sie mir mitteilen, wie lange vor dem Erscheinen meiner Schrift im Jahre 1890 Mißstände in den deutschen Bäckereien aufgedeckt wurden. Meine Schrift war tatsächlich die erste, in der die scheußlichsten Zustände in zahlreichen Bäckereien der verschiedensten Städte an das Tageslicht gezogen wurden, und die so den ersten Anstoß zu der Bäckereiverordnung gab.

Sie sagten weiter: „Herr Bebel hat allerdings eine Broschüre geschrieben, die neben vielem Wahren auch viel Unwahres enthält."

Ich fordere Sie auf, mir die Unwahrheiten nachzuweisen, die ich in meiner Schrift mir zuschulden kommen ließ. So lange Sie mir diese nicht nachweisen, betrachte ich Ihre Behauptung als eine Verleumdung.

Wahr ist, daß nach dem Erscheinen meiner Schrift eine ganze Anzahl Polizeibehörden in vielen von mir genannten Städten an der Richtigkeit meiner Angaben zweifelten und Untersuchungen anstellten, ob die geschilderten Zustände vorhanden seien. Das Endresultat war, daß ich nicht zu viel, sondern zu wenig gesagt hatte. Die Wirklichkeit war schlimmer als meine Schilderung.

In der Tat hatte ich die schlimmsten Schmutzereien nicht erwähnt, meine Feder sträubte sich, sie niederzuschreiben.

Schöneberg, den 24. Februar 1913. A. Bebel.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der „Textilwoche" zufolge wird der dem Bundesrat jetzt vorliegende Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe grundsätzlich die **dreistündige Verkaufs- und Beschäftigungszeit** am Sonntag einführen. Für diejenigen Orte, an denen insbesondere die Landbevölkerung ihre Bedürfnisse im sonntäglichen Einkauf zu decken pflegt, ist jedoch eine Ausdehnung der Verkaufszeit auf vier Stunden vorgesehen.

Weiterer Rückgang der Fleischeinfuhr.

Im Monat **Januar** ist die **Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh weiter zurückgegangen.** Frisches Rindfleisch, das zumeist aus Dänemark kommt und von dem noch im November 42 000 Doppelzentner eingeführt wurden, zeigt im Januar nur noch eine Einfuhr von 30 858 Doppelzentnern. Auch die Einfuhr von frischem Schweinefleisch hat nicht unwesentlich abgenommen; sie belief sich auf 48 000 Doppelzentner gegen 48 000 im Monat Dezember. Hier sind die Niederlande die Hauptlieferanten mit 24 000 Doppelzentnern, während aus Rußland nur 11 000 kamen. Auch die Einfuhr von Rindvieh hat im Januar um fast 2000 Stück abgenommen, sie betrug 17 346 Stück gegen 19 323 Stück im Dezember. Die Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das oberschlesische Industriegebiet ist zwar gegen den vorhergehenden Monat noch etwas gestiegen, sie hat aber den Stand vom Monat November nicht mehr überschritten.

Die agrarischen Ratgeber.

Wie wir berichtet, protestieren jetzt westpreußische Agrarier gegen die Behandlung, die dem Pächter des Cadiner Vorwerks, **Sohst,** widerfahren ist. In der Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates, in der Wilhelm II. seine Rede hielt, haben die „edlen" Herren aber geschwiegen. Einer von ihnen, der die Verhältnisse in und bei Kadinen sicher sehr gut kannte und dennoch schwieg, war Herr v. **Oldenburg-Januschau.** Er hat nach dem Kaiser das Wort genommen, aber mit keiner Silbe sich des zu Unrecht bloßgestellten Pächters Sohst angenommen, obwohl er dessen Verdienste kannte. Diese „Allergetreuesten des Kaisers", die Königstreue und Patriotismus ausschließlich in Erbpacht zu haben vorgeben, üben ihren Beruf, Ratgeber der Krone zu sein, nur insoweit aus, als es **ihnen nützt oder nicht schadet.** Dafür erzählt die „Welt am Montag" gerade von Herrn v. **Oldenburg-Januschau** folgendes sehr bezeichnende Geschichtchen:

„Vor Jahren, als Herr v. **Lucanus** noch lebte, soll dieser einmal zum v. Oldenburg-Januschau gekommen sein, um mit ihm über die Wirtschaft auf Kadinen zu beraten: ob der Verwalter wohl „etwas tauge"; **der Kaiser müsse so viel zusetzen.** Der v. Oldenburg soll den Verwalter über den grünen Klee gerühmt haben, obwohl in der ganzen Gegend bekannt war, daß der wirklich „**nichts taugte**". Herr v. Oldenburg soll burschikos diesen Hergang mit dem Zusatz erzählt haben: „**Ick wer' den Deubel duhn und da auch noch gut raten! Wenn in Kadinen auch noch Geld verdient wird, dann ist's nichts mit dem Siebenmarkfünfzigzoll!**"

Das läßt einen hübschen Einblick in die „königstreuen" Seelen der Agrarier tun.

Eine Hand wäscht die andere.

Der **Reichsverband deutscher Städte,** eine Organisation der Städte unter 25 000 Einwohner, hat vor einiger Zeit unliebsames Aufsehen dadurch erregt, daß er eine Resolution an den Reichskanzler beschloß, worin die Bereitwilligkeit der kleinen und mittleren Städte, große finanzielle Opfer für die Vervollständigung der Armee zu bringen, erklärt wurde. Wie die „Deutsche Tageszeitung" nun zu erkennen gibt, ist der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte zu seiner Resolution gekommen in der Erwartung, damit bei der Regierung Gegenliebe für den Wunsch zu finden, eine **größere Anzahl kleiner Garnisonen** zu errichten. Das agrarische Blatt unterstützt dieses Verlangen natürlich, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß die Mehrzahl der Rekruten vom Lande geliefert wird und daß die Soldaten in den Großstädten Gefahren in sittlicher und religiöser Hinsicht ausgesetzt seien. Wenn der Reichsverband deutscher Städte wirklich glaubt, für die von ihm erklärte Bereitwilligkeit, zu der ihn niemand autorisiert hatte, Garnisonen für kleine Städte herauszuschlagen, so dürfte er sich getäuscht haben, denn das Streben der Heeresverwaltung geht immer mehr darauf hinaus, die Truppenkörper soviel wie möglich zu konzentrieren. Der Liebe Müh' wird sonach voraussichtlich umsonst gewesen sein, und Sache der Einwohnerschaft der Städte, die von den bewilligungslustigen Bürgermeistern „regiert" werden, wird es sein, mit den Herren gründlich Abrechnung zu halten.

Das Patengeschenk des weimarischen Landtages

sollte nach Ansicht der bürgerlichen Abgeordneten möglichst einstimmig bewilligt werden. Man gab sich redliche Mühe, dies zu erreichen. Der Ausschuß wollte auch unsern Genossen die Zustimmung besonders mundgerecht machen und beschloß, daß die ℳ 100 000 zu näher bezeichneten wohltätigen Zwecken Verwendung finden sollen. Unsere Genossen gaben jedoch eine bindende Erklärung ab, in der es u. a. hieß: „In diesem Falle aber werden wir auch aus dem Grunde der Vorlage des Landtagsvorstandes nicht zustimmen, weil die Tendenz der Vorlage, eine „Ehrengabe" dem Großherzog anläßlich der Taufe des Erbgroßherzogs als „Patengeschenk" zur Verfügung zu stellen, unsern Anschauungen widerspricht. Auch in der Tatsache, daß die großherzogliche Familie von ihren reichlichen Mitteln, die unseres Erachtens durch veraltete Bestimmungen und Herkommen zu einem großen Teile dem Lande entzogen werden, zu Wohlfahrts- und ähnlichen Zwecken größere Summen spendet, erblicken wir für den Landtag keine Verpflichtung zu einer Ehrengabe als Patengeschenk." Dieser Hinweis auf die ℳ 1 020 000, die der Großherzog unter dem Namen „Domänenrente" vom Lande erhält, führte zu einer Entrüstungsszene und am Ende stimmten die **bürgerlichen** Abgeordneten **geschlossen** für die Ehrengabe als Patengeschenk.

Die Situation in Ungarn.

Die **sozialdemokratische Parteileitung** hat zu Mittwoch eine Versammlung der Vertrauensleute der Organisationen einberufen, um mit ihnen die letzten Schritte zum **Generalstreik** zu beraten. Die städtischen Behörden haben in Erwartung des Generalstreiks Maßnahmen getroffen, um die Stadt während der Arbeitsruhe zu verproviantieren. Es wird allgemein angenommen, daß der Generalstreik in dem Moment proklamiert wird, wo die Kammer an die **Beratung des Wahlrechtsgesetzes geht.** Die Kammeropposition, die seit Juni des vorigen Jahres nicht mehr an den Verhandlungen teilgenommen, will dann wieder in der Kammer erscheinen und ihr Protest dort, sowie der Generalstreik im ganzen Lande werden wahrscheinlich zum Belagerungszustand führen, den die Opposition erstrebt, um durch diese Zuspitzung das Kabinett zu stürzen und die Wahlrechtsvorlage zu Fall zu bringen.

Das ungarische Panama.

Im **ungarischen Abgeordnetenhause** gab es am Montag eine „Sensation", die natürlich bestellte Interpellation des Abgeordneten **Bekar,** die den Ministerpräsidenten **Lukács** „zur Beruhigung der öffentlichen Meinung" zu einer Aeußerung über die **von dem Abgeordneten Déſy vorgebrachten Beschuldigungen** aufforderte. **Lukács** erörterte eingehend den mit der ungarischen Bank abgeschlossenen Salz**vertrag,** erklärte, daß bei staatlichen Verträgen Zahlungen für die Parteikasse nie ausbedungen wurden und staatliche Gelder nie der Parteikasse zugeflossen sind. Er selbst habe damals mit der Parteikasse, deren Existenz er nicht in Abrede stellt, nichts zu schaffen gehabt. Weder er noch seine Beamten haben einen Heller für die Parteikasse erhalten. Der Staat habe an dem erwähnten Vertrag 3 Millionen gewonnen. Pharisäertum sei es, wenn Leute, die in ihrer politischen Vergangenheit Gelegenheit hatten, sich von der Existenz der Parteikasse zu überzeugen, und sie in Anspruch genommen haben, jetzt plötzlich sittlich entrüstet tun. Lukács hob hervor, daß die Parteikasse aus ganz andern unbedenklichen Quellen gespeist werde, wie dies besonders bei dem Kampf gegen die Koalition der Fall gewesen sei, zu deren Sturz Private und Institute materielle Hilfe boten, da die Koalitionsregierung, welche die Staatsinteressen auf das schlechteste vertrat, Staatsgelder vergeudete und Unschuldige verfolgte, überall verhaßt war. Die Antwort wurde von der Regierungspartei mit großem Beifall aufgenommen.

Anderswo, als bei seiner getreuen Gefolgschaft, wird der Ministerpräsident nicht als „so reinlich und so zweifelsohne" betrachtet. Sein Ministerkollege **Graf Zichy** hat aus Unzufriedenheit über die Art, wie der Beleidigungsprozeß des Ministerpräsidenten Lukács gegen den Abgeordneten Déſy geführt und erledigt wurde, seine **Entlassung** eingereicht.

Die Wahlbewegung in Dänemark.

b. Direkt nach ihrem glänzend verlaufenen Parteitag in der vorletzten Woche ist unsere dänische Bruderpartei in die **Wahlbewegung** eingetreten. In erster Linie kommen die **Komunalwahlen** in Betracht, die in der ersten Hälfte des März im ganzen Lande stattfinden. Diese Wahlen erhalten diesmal eine ganz besondere Bedeutung, da sie ja die Grundlage für die künftige Zusammensetzung der Ersten Kammer bilden sollen, das heißt, wenn die noch immer in der Kommission der jetzigen Ersten Kammer ruhende **Verfassungsreformvorlage** Gesetz geworden ist, woran zu zweifeln bis jetzt noch kein Grund vorliegt, wenn auch die Privilegierten die Beratung der Vorlage noch solange hinausziehen. Nach dem neuen dänischen Kommunalwahlgesetz ist zu diesen Wahlen der Proporz eingeführt, ebenso haben auch die Frauen Wahlrecht. Unter diesen Umständen ist es nur natürlich, daß unsere Partei überall dort, wo Parteigenossen sich befinden, **selbständige Listen aufstellt.** Bisher hat sie besonders auf dem Lande und in den kleineren Städten mit den Radikalliberalen paktiert, was nicht überall zum Vorteil für unsere Partei war, da sich sehr oft diese vor der Wahl radikal gerierenden Vertreter nachher als engherzige, einer gesunden Kommunalpolitik im Wege stehende Spießbürger erwiesen haben. Ueberhaupt hat der stattgefundene Parteitag der bisher so beliebten Kompromisselei einiger Parteigenossen im allgemeinen ein Ende gemacht, und diese nur in zwingenden Fällen zugestanden.

Nach dem gegenwärtigen Stand unserer Vertreterzahl in den verschiedenen Kommunen des Landes hätte die Partei nach Inkrafttreten der neuen Verfassung Anspruch auf 15 bis 16 Abgeordnete in der Ersten Kammer, wo jetzt vier Parteigenossen sitzen. Es besteht aber die begründete Aussicht, die Zahl der sozialdemokratischen Kommunalvertreter bei den Wahlen so zu vermehren, daß mindestens 20 sozialdemokratische Abgeordnete in die Erste Kammer einziehen werden. Gegenwärtig hat die Partei nur in einer einzigen Stadt, **Aarhus,** die absolute Majorität, aber in mehreren Stadtgemeinden, wie Kopenhagen, Eßbjerg, Nakskov, Aalborg usw., fehlt nur ein Mandat an der Mehrheit. Daß unsere Parteigenossen in diesen Städten alles daran setzen werden, die Mehrheit zu erhalten, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Aber auch auf dem Lande ist die Partei in den letzten Jahren rapid vorwärts gegangen, hauptsächlich durch die Bewegung der sogenannten „Husmänd", das ist kleine Bauern, die vom Staate ein Stück Land zur Bebauung angewiesen erhalten, und durch die Landarbeiterorganisation, und ein Erfolg für unsere Partei ist auch hier ganz sicher.

Wenn nun auch die Wahlbewegung im ganzen Lande im vollen Gange ist, so richtet sich doch die Aufmerksamkeit aller auf den Ausgang der Wahl in Kopenhagen. Hier hatte bisher unsere Partei gerade die Hälfte der 42 Gemeinderatssitze inne. Durch Parlamentsbeschluß ist die Zahl der Vertreter nun auf 55 erhöht worden, und wir müssen, wenn die Partei die Mehrheit erlangen will, mindestens 7 neue Sitze gewinnen. Die Konservativen und natürlich auch die Bürgerlich-Radikalen machen die allergrößten Anstrengungen, eine sozialdemokratische Mehrheit zu verhindern. Und sie glauben, ein ganz besonderes Agitationsmittel in dem Beschluß des Parteitages, der den Genossen verbietet, an Hoffestlichkeiten teilzunehmen, gefunden zu haben. Der bisherige Vorsitzende des Kopenhagener Gemeinderats, der Genosse **Lamm,** hat denn auch auf Grund dieses Beschlusses es abgelehnt, wieder zu kandidieren; er betrachtet die Hofgängerei als eine Pflicht des Vorsitzenden. Im Interesse der Partei ist das Zurücktreten Lamms zu begrüßen; zu bedauern ist, daß dieser Beschluß nicht schon früher kam und man dadurch die Bürgerlichen erst gar nicht daran gewöhnt hätte, Sozialdemokraten an der königlichen Tafel zu sehen. Wenn nun aber die Gegner glauben, aus diesem Beschluß und dem Rücktritt des Genossen Lamm der Partei einen Strick drehen zu können, so täuschen sie sich, wie sie sich eben schon so oft getäuscht haben. Was bisher im Parteileben in Dänemark gefehlt hatte, war die Politik der reinen Linien, und daß der Parteitag endlich begonnen hat, hier Wandel zu schaffen, ist ein großer Fortschritt und nur zum Nutzen der Partei. Das werden die Wahlen beweisen.

Das sozialdemokratische Kommunalprogramm und die bisherige Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter bieten den Wählern so viele Garantien für eine gesunde Weiterentwicklung der Gemeinden, daß derartige Agitationsmittel an der Vernunft der Wähler zerschellen. Denn, daß die dänische Hauptstadt heute in bezug auf **Schulwesen, sanitäre und humane Einrichtungen** viele andere europäische Großstädte überragt, ja sogar an deren Spitze steht, schuldet sie dem Einfluß einer starken sozialdemokratischen Vertretung. Daß diese Einrichtungen natürlich ein schönes Stück Geld kosten, und daß dazu auch die Besitzenden relativ kräftig herangezogen werden, das ist es eben, was ihnen die Sozialdemokratie in der Kommunalvertretung so verhaßt macht. Früher war es umgekehrt, da betrachteten die Besitzenden die Stadt Kopenhagen als ihre eigene Domäne, von der sie nur bezogen ohne Gegenleistung.

Weitere Russifizierungsmaßregeln gegen Finnland.

Wie aus **Petersburg** telegraphiert wird, gingen dem Ministerrat zwei Gesetzesvorlagen des Generalgouverneurs von Finnland über die **Einführung der russischen Sprache im schriftlichen Verkehr des finnischen Landtages, des Senats und der Behörden** mit den Reichsbehörden zu. Die Vorlagen fordern ferner, daß die Kenntnis der russischen Sprache für alle Regierungsbeamte Finnlands und für die an der Universität Helsingfors Studierenden obligatorisch sein soll.

Die Reaktion in Rußland.

Aus **Petersburg** wird vom 22. Februar geschrieben: Die **Verhaftungen von Personen wegen ihrer bloßen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei** mehren sich in letzter Zeit — trotz aller Redensarten von einer bevorstehenden Amnestie. So wurde gestern in der Lachtinskajastraße der Redakteur der Arbeiterzeitung „**Prawda**", Philippow, in Haft genommen. Gleichzeitig inhaftierte die Ochrana (politische Geheimpolizei) einen gewissen Stepanow wegen aktiver Beteiligung am Streikkomitee sowie drei Arbeiter, die den Ausstand in der Tischlerwerkstatt Tarassow mitgeleitet haben. Ueberhaupt hat in der letzten Zeit jeder Ausstand zahlreiche Verhaftungen zur Folge.

Die Sozialisten als Friedenspartei.

Die **sozialistische Seine-Föderation** hat auf ihrem Parteitag am Sonntag eine Resolution beschlossen, die eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, in allen Konfliktsfällen internationale Schiedsgerichte, die Einführung der Volkswehr und die Aufbringung der Militärlasten durch Vermögens- und Einkommensteuer fordert. Ferner protestiert sie gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit. Die Resolution hebt den Einklang der französischen mit den deutschen Sozialisten hervor. Der Kongreß beschloß weiter, unverzüglich eine großzügige Aktion gegen den Imperialismus und Militarismus in die Wege zu leiten.

Automobilsteuer in Frankreich.

Der französische Finanzminister legte dem **Budgetausschuß der Kammer** einen Gesetzentwurf über die neue **Automobilsteuer** vor, die je nach den Pferdekräften 50 bis 250 Frank jährlich betragen würde. Der Ertrag dieser neuen Steuer, der auf acht Millionen Frank geschätzt wird, soll zur Unterhaltung der staatlichen Straßen verwendet werden.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Herr **Millerand,** der sich einst als Sozialist bezeichnete und durch die Annahme eines Ministerpostens mehrjährigen Zwist in die französische Parteibewegung hineintrug, muß nun die Erfahrung machen, daß seine Kreaturen, denen er nicht mehr Vorteile zuwenden kann, die sogenannten „unabhängigen Sozialisten", seit den letzten Wahlen „republikanischen Sozialisten", ihn fallen lassen. Er hat keine Aussichten mehr, wieder an die Macht zu gelangen und „gleichgesinnten" Strebern helfen zu können; folglich wird er beiseite geworfen. Der in **Marseille** abgehaltene Kongreß des republikanisch-sozialistischen Verbandes des Departements der Rhonemündung beschloß, vom dem Vollzugsausschuß der Partei die Streichung Millerands zu verlangen, da dieser als Kriegsminister verschiedene Maßnahmen ergriffen habe, die den republikanisch-sozialistischen Grundsätzen zuwiderliefen. Dieser „Grundsätze" erinnert man sich allerdings nur, wenn es gilt, den unnütz gewordenen Millerand zu beseitigen; Herr **Briand,** der ein größerer Lump ist, bleibt unangefochten, denn er hat Titel und einträgliche Stellen zu vergeben.

Die portugiesischen Kolonien.

In der **portugiesischen Kammer** erklärte am Montag der Minister des Aeußern die Nachrichten über angebliche **deutsch-englische Verhandlungen, betreffend die portugiesischen Kolonien,** für unrichtig und fügte hinzu, England denke nicht daran, eine internationale Konferenz über koloniale Angelegenheiten zu veranlassen. England wisse, daß seine Gefühle gegenüber seinen Verbündeten ihm nicht gestatteten, in Unterhandlungen einzutreten über einen Vertrag, eine Konvention oder ein Abkommen, die so beschaffen wären, daß sie die Souveränität und Integrität der portugiesischen Kolonien antasten könnten. Der Minister des Aeußern erklärte weiter, zwischen England und Deutschland bestehe kein Vertrag, keine Konvention und kein Abkommen solcher Art. Es sei unrichtig, daß Unterhandlungen in diesem Sinne angeknüpft seien. Deutschland befasse sich ganz und gar nicht mit einer internationalen Konferenz zur Beratung der Kolonialfrage und weise die Gedanken zurück, die eine Verletzung der portugiesischen Souveränitätsrechte ins Auge gefaßt haben.

Russische Arbeiter wider chinesische Arbeiter.

Das Gesuch von 13 Mitgliedern der Börse von **Wladiwostok,** gelbe Arbeiter zuzulassen, hat den einmütigen Protest der Gewerbekreise und der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen. In einer Versammlung der Vertreter dieser Kreise wurde beschlossen, ein telegraphisches Gesuch an den Ministerpräsidenten und an den Handelsminister um Ablehnung dieses Gesuches und um ausgedehnte Anwendung der Bestimmungen gegen die Verwendung gelber Arbeitskräfte zu richten; die Chinesen hätten bereits viele Gebiete des Handels und Gewerbes an sich gerissen; das Gesuch der Börse richte sich direkt gegen die Interessen der russischen Arbeiter.

In der Tat handelt es sich für die Börse darum, die ohnehin sehr billige russische Arbeit durch noch billigere Kuliarbeit zu ersetzen.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Nach einem Telegramm aus **Vera Cruz** ist der ehemalige **Finanzminister Ernesto Madero** mit seinen beiden Söhnen und dem Vater des erschossenen Präsidenten Francisco Madero auf einem kubanischen Kriegsschiff nach Havana abgereist.

Aus **El Paso** wird gemeldet: 95 **Freiwillige** von den Bundestruppen sind gestern **bei Juarez erschossen** worden. Sie waren Mitglieder der Garnison und hatten am Sonntag gemeutert, weil sie mit der Erschießung Maderos nicht einverstanden waren.

Der nordamerikanische Kriegsminister Stimson erteilte dem Generalmajor Carter den Befehl, die ganze **zweite Kavalleriedivision zu mobilisieren,** damit sie nötigenfalls sofort nach Galveston gehen kann.

Tages-Bericht.

Dienstag, 25. Februar.

Hamburg.

Fünfundzwanzigtausend Mark Staatsgelder für den bürgerlichen März-Jubel.

Der Senat beantragt in einem dringlichen Antrag bei der Bürgerschaft die Bewilligung von ℳ 25 000, die dem „Ausschuß für die Märzfeier 1913" als Zuschuß zu den Kosten für die Veranstaltungen gewährt werden sollen, mit denen man die „Befreiung Hamburgs vom Joch der Fremdherrschaft vor 100 Jahren" feiern will. Zu diesen Veranstaltungen gehören ein großer maskeradenartiger Festzug (die Schlachtermeister bekanntlich in Schlachtermütze mit Trauerflor), Versammlungen und die Verteilung eines Gedenkbuches an die Schüler der ersten Klassen der Volksschulen. Die jubilierenden Bourgeois haben für diese Festzwecke ganze ℳ 38 000 aufgebracht. Aber die reichen nicht. Drum soll der Staat ℳ 25 000 zuschießen. Das Verlangen ist ein wenig stark. Nicht nur angesichts des ganzen Anlasses, sondern vor allem aus Rücksicht auf die doch sehr zweifelhaften Zwecke. Anderwärts hat man aus gleichem Anlaß hungernden Veteranen eine Unterstützung gegeben. Sollte es in Hamburg gar keine Veteranen geben, die eine kleine Unterstützung nötig haben? Wenn doch mal Geld verpulvert werden muß! Jedenfalls wird in der Bürgerschaft über das sonderbare Verlangen noch ein kräftiges Wörtlein zu reden sein.

Beleuchtungseinrichtungen in Volksschulen. Der Senat teilt der Bürgerschaft mit: der neue Lehrplan für die Volksschulen sieht in den beiden oberen Klassen der Knabenschulen französischen, in denen der Mädchenschulen englischen Unterricht als wahlfreies Lehrfach vor. Dieser Unterricht, der lebhaften Zuspruch findet, kann nur vor oder nach dem gewöhnlichen Schulunterricht stattfinden und erfordert daher im Winterhalbjahr eine künstliche Beleuchtung. In 58 Volksschulgebäuden müssen entsprechende Einrichtungen neu geschaffen oder die vorhandenen ergänzt werden. Nach dem Kostenanschlag der Baudeputation bedarf es hierfür der Aufwendung eines Betrages von ℳ 20 000. Der Senat hat dem auf Herstellung dieser Anlagen gerichteten Antrage der Oberschulbehörde, Sektion für das Volksschulwesen zugestimmt und ersucht die Bürgerschaft um Bewilligung von ℳ 20 000, die in das diesjährige Budget der 1. Sektion der Baudeputation nachträglich eingestellt werden sollen.

Unvorhergesehene Ausgaben. Der in dem Budget für 1912 bewilligte Betrag für Unvorhergesehene Ausgaben ist nach einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft bis auf einen Restbetrag von ℳ 3783,17 verausgabt. Da nach früheren Erfahrungen damit gerechnet werden muß, daß noch vereinzelte Nachbewilligungen auf diesen Posten erforderlich werden, ersucht der Senat die Bürgerschaft um ihre Mitgenehmigung dazu, daß der im Art. 142 des Budgets von 1912 bewilligte Betrag für Unvorhergesehene Ausgaben um ℳ 100 000 erhöht werden.

Noch einer, der sein Herz entdeckt hat.

Im Kampfe gegen die Bestrebungen des Hamburger Jugendschriftenausschusses hat sich nun den Wilhelm Kotzde, Karsten Brandt, Nathanael Thomas von der Bille, Paul Sydow, auch noch der frühere Pforzheimer und gegenwärtige Berliner Professor Dr. Karl Brunner gesellt. Ein gegen den Hamburger Jugendschriftenausschuß gerichteter Artikel von ihm wird in den „Hamburger Nachrichten" zum Abdruck gebracht. Brunner, der früher in Pforzheim Lehrer war und jetzt in Berlin eine Zeitschrift „Die Hochwacht" herausgibt, ärgert sich in diesem Artikel unter anderm auch darüber, daß der Hamburger Ausschuß angeblich „die sozialdemokratische Jugendschriftenbewegung mit liebevoller Teilnahme und Anerkennung verfolgt" habe. Und auch sonst ruft er in seinem Artikel den Eindruck hervor, als sei es ihm vor lauter vaterländischem Geist, der ihn beseele, eigentlich entsetzlich, das Wort „sozialdemokratisch" auch nur niederzuschreiben.

Demgegenüber wollen wir nur ganz einfach konstatieren, daß diese erschreckliche Sozialistenfurcht des braven Professors offenbar ganz jungen Datums ist. Denn vor noch gar nicht langer Zeit hat er einem bekannten hiesigen Sozialdemokraten, der auch ihm als Sozialdemokrat ganz genau bekannt war, nicht nur rückhaltlos seine Anerkennung über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Jugendschriftensache ausgesprochen, sondern den betreffenden Parteigenossen sogar schriftlich zur Mitarbeit an seiner „Hochwacht" in der Jugendschriftensache aufgefordert.

Aber nun hat er sein Herz entdeckt. Und wehe, wer an seinem vaterländischen Ernst zweifelt! Aber muß es nicht ein wenig bedenklich stimmen, wenn man sich die Liste der Herrschaften ansieht, die auf dem Jugendschriftenausschuß, für den sich übrigens von neuem recht warm der Dürerbund und sehr tapfer der Professor Ludwig Gurlitt einsetzen, herumtrampeln, ohne auch nur ein einziges Wort der Anerkennung für die selbstlose wunderbare Kulturleistung der Volksschullehrer zu haben?

Der Ausschuß zur Förderung der Jugendspiele tritt zum ersten Male mit einem Jahresbericht hervor, der über recht erfreuliche Resultate der Ausschußtätigkeit Mitteilung machen kann. Es beteiligten sich an seinen Bestrebungen im April 180 Eltern mit 270 Kindern, im August 415 Eltern mit 712 Kindern, im Dezember 538 Eltern mit 925 Kindern, was wohl am besten den Fortschritt der Bewegung aufzeigt. Am 1. April 1912 begann der Ausschuß seine Tätigkeit, die in der Veranstaltung von Kinderausflügen, im Turnen für Knaben und Mädchen, in Schwimmveranstaltungen, rhythmischer Gymnastik, Spiel- und Handbetätigung besteht. Auch Mütterspielkurse wurden eingerichtet, und mit ihrer Hilfe sind 12 Frauen als Leiterinnen und Helferinnen in den Kinderabteilungen gewonnen. Der Ausschuß hat einen Wirkungskreis bisher auf Barmbeck-Uhlenhorst beschränken müssen; es wäre zu wünschen, daß er sie bald auf das ganze Stadtgebiet ausdehnen kann. Seine gemeinnützige Tätigkeit fand u. a. dankenswerte Unterstützung beim Verein zur Verbreitung guter Jugendschriften, der ℳ 300 zur Anschaffung von Büchern für eine Jugendbibliothek beisteuerte.

Bund für Schulreform. Am Donnerstag, 27. Februar, abends 8 Uhr, wird der Direktor der Irrenanstalt Friedrichsberg, Herr Professor Dr. **Weygandt,** in der Aula des Johanneums einen Vortrag halten über das Thema: „**Das Sexualproblem und die Alkoholfrage.**" Alle Erzieher und Eltern, denen diese wichtige Frage am Herzen liegt, sind freundlichst eingeladen.

Im letzten Augenblick verhaftet. Der hiesigen Polizei ging eine Meldung zu, wonach der 16jährige Kanzlist Arthur **Horn** seinem in Posen wohnenden Vater ℳ 1700 gestohlen hat und damit nach Hamburg geflüchtet ist. Die Kriminalpolizei ermittelte den jungen Mann bei der Fahrkartenrevision, als die Passagiere in Cuxhaven den Hapagdampfer „Amerika" betreten wollten, und nahm ihn fest. In seinem Besitze fand man 270 Dollarscheine, ein Gewehr samt Munition und andere Ausrüstungsgegenstände. Horn wollte in der neuen Welt auf Abenteuer ausgehen.

Ein Fahrstuhlunglück ereignete sich am Dienstag vormittag im Geschäftshaus „Weserburg", Spaldingstraße 218, Ecke Heidenkampsweg. Dort fuhr der Kutscher H. Meyer auf einer Tonne stehend in einem Lastenaufzug zu den oberen Stockwerken. Hierbei kippte die Tonne, wodurch Meyer zwischen den Aufzugskorb und den Fahrschacht geriet und eingeklemmt wurde. Mannschaften des ersten Feuerwehrzuges befreiten den Mann, der am Oberschenkel erhebliche Quetschungen erlitten hat. Er wurde ins Krankenhaus transportiert.

Ausgesetzte Belohnung. Eine Belohnung von ℳ 1000 ist auf die Ergreifung des flüchtigen Postassistenten Otto **Thomas** aus Breslau ausgesetzt. Th. hat, wie die neuen Untersuchungen ergaben, im ganzen für za. ℳ 60 000 Postschecks gefälscht. In der Begleitung des Flüchtlings, der sich nach Hamburg gewandt haben soll, befindet sich nicht nur die am 18. Februar 1890 geborene Kontoristin Käthe **Werner,** sondern auch der am 24 Januar 1893 zu Löwenberg in Schlesien geborene Handlungsgehilfe **Büttner.** Es wird angenommen, daß Thomas sich den Namen **Professor Guido Werner** zulegt. Thomas ist sehr groß, bartlos, schmächtig, hat schlenkernden Gang, vornübergebeugte Haltung, krankes Aussehen, dunkelblondes Haar und große, abstehende Ohren. Die Werner ist kleiner, hat eine hohe Stirn, die sie durch ihre Frisur verdeckt, wulstige Lippen und trägt einen Kneifer.

Ein neuer Fund in der Bramfelder Mordsache. Ein neues Glied zu dem im Bramfelder See gefundenen kopflosen Rumpf hat man jetzt im Eilbeckkanal gefunden. Dort zog man einen zwei en männlichen Oberschenkel aus dem Wasser. Dieser Leichenteil ist ebenso wie das kürzlich bei der Rabenstraße gefundene Glied vom Rumpfe abgesägt und am Knie losgelöst. Da man jetzt beide Oberschenkel hat, fehlen noch die Füße, Arme, der Kopf und der Unterleib mit den Genitalien.

Gestohlenes Kummetgeschirr. Aus der verschlossenen Stallremise der Firma F. Soltau am Mittelweg 165 ist dem Konsul **Scheil** aus der Moltkestraße 45 ein mit Silber beschlagenes Kummetgeschirr im Werte von ℳ 250 gestohlen worden.

Hafen und Schiffahrt.

w. **Die neue Landungsanlage beim Neustädter Neuerweg** ist für den Verkehr frei. Es sind zwar noch einige Arbeiten an den beiden Wartehallen zu verrichten und an der Beleuchtung zu erledigen, doch wird die Anlage schon benutzt. Der zweite Ponton ist ausgelegt und es werden jetzt die Geleitpfähle gerammt. Es ist dieses doch eine bedeutend verbesserte Anlage gegen die frühere. Die beiden Wartehallen können bei schlechtem Wetter eine ganze Anzahl Menschen aufnehmen. Die Arbeiter, welche von dieser Anlage morgens abfahren, können doch zum Teil etwas unterkriechen, wenn sie bei schlechtem Wetter auf ihre Beförderungsdampfer warten müssen. Auch wird die Beleuchtung eine elektrische. Die Petroleumfunzeln kommen in Wegfall. Es ist auch eine große Notwendigkeit, daß man endlich zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Pontonanlagen auch besser beleuchtet werden müssen; meistens sind es die Freipontonanlagen, die einer besseren Beleuchtung bedürfen. Wir wollen nur auf einige dieser Anlagen und zwar auf die schlimmsten hinweisen. Man sehe sich einmal die Anlage am Baumwall an. Soweit wie die Harburger Passagierdampfer dort anlegen, geht es so halbwegs mit der Beleuchtung. Aber die lange Strecke hinter dem Zollgebäude ist erbärmlich beleuchtet, und wieviele Menschen, die dort mit Barkassen abgesetzt wurden, sind dort nicht schon ins Wasser gestürzt. Auch die Landungsanlage vor der Wallenhausbrücke, der sogenannte Rödingsmarktponton, der kleine Freiponton am Baumwall-Steinhöft und verschiedene andere sind mangelhaft beleuchtet. Auch ist die Beleuchtung am jenseitigen Ufer stellenweise geradezu miserabel, so z. B. die neue Anlage am Grenzkanal. Dort sind schon mehrere Menschen ins Wasser gelaufen, in der Meinung, die beliegenden Fährdampfer. Hoffentlich werden die Klagen, die uns über die schlechte Beleuchtung der Pontonanlagen zugehen, bald verschwinden, wenn sich die Beleuchtungskommission dazu aufschwingt, bessere Beleuchtung zu schaffen.

w. **Schiffsverkauf.** Der Hamburger Dampfer „Adelaide" der Deutsch-Australischen Dampfschiffs-Gesellschaft, der im Jahre 1911 auf der Werft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft erbaut ist, eine Tonnage von 5858 gleich 3712 Tons und eine Maschine von 400 indizierten Pferdekräften besitzt, ist an eine Reederei in Shanghai verkauft worden.

w. Gemeldete Hamburger Schiffe. Das Hamburger Vollschiff „Luna" ist am 17. Februar auf 34 Grad Nord und 30 G ab West angesprochen worden. Am 15. Februar ist die Hamburger Bark „Tellus" bei Star Point passiert. Beide Schiffe sind Eigentum der Reederei Wachsmuth u. Krogmann. An Bord ist alles wohl.

w. **Schweres Wetter auf der Reise** hat die von Rosario auf der Elbe angekommene italienische Bark „Zilia" durchmachen müssen. Das Schiff hat durch Sturzseen diverse Decksschäden erlitten. Es ist jetzt in Glückstadt eingeholt, wo es gelöscht wird. Es kommt nach der Entlöschung nach hier zur Reparatur.

w. **Ein Wrackteil gesichtet.** Der Führer des Hamburger Dampfers „Helene Hugo Stinnes 14" berichtet, daß er auf der Reise Skagen — Grangemouth auf 77° W. und 13° S. beim Höjen-Feuerturm einen etwa 10 Fuß aus dem Wasser ragenden Mast passiert sei, der an einem Wrack festsitzt. Näheres hat man nicht feststellen können.

w. **Ein Fuhrwerk ins Wasser gestürzt.** Am Dienstag morgen wollte der Kutscher B. Lundt mit einem beladenen zweispännigen Fuhrwerk des Fuhrwerksbesitzers Retschker, Vierländerstraße 184, vom Hübnerkai abfahren, als sich ein Rad in den dortigen Eisenbahnschienen festklemmte. Die beiden Pferde sollten nun vorwärts anziehen, statt dessen gingen sie rückwärts und der Wagen geriet über die Kaimauer, so daß Wagen, Pferde und Kutscher ins Wasser stürzten. Der Kutscher kam gleich wieder hoch und konnte von dort befindlichen Ewerführern gerettet werden. Die beiden Pferde sind jedoch ertrunken. Man hatte die Feuerwehr schnell benachrichtigt, diese konnte aber weder helfen noch retten. Es ist der Taucher Flint benachrichtigt worden, dem es gelang, im Laufe des Tages die Leichen der Pferde sowie auch den Wagen aus der Tiefe zu schaffen. Die Pferde sind vom Fron abgeholt worden. Von der Wagenladung fehlen nur noch einige Kisten, die vom Taucher gesucht werden.

w. **Abhanden gekommen** ist eine Jolle der Baudeputation. Das Fahrzeug ist innen und außen geölt und hat drei grüne Duchten.

w. **Unglücksfälle.** Der Steuermann Wilhelm Wolter, der auf dem oberelbischen Dampfer „Deutschland" bedienstet ist, stürzte durch einen Fehltritt vom Deck seines Schiffes in eine längsseits liegende Schute, so daß er Verletzungen an Kopf, Arm und Beinen erlitt. Der Verunglückte ist nach dem Hafenkrankenhause gebracht worden. — Auf dem Dampfer „Ostmark" ist der Winschmann Wilhelm Woderich etwa zweiundeinhalb Meter tief in den Kohlenbunker gestürzt, so daß er einen Bruch des linken Fußes erlitt. Dieser Verletzte ist durch die Sanitätskolonne nach dem Hafenkrankenhause gekommen.

Brände im Hafen. Am Dienstag morgen um 6½ Uhr brannte in der Motorbarkasse „F. Prenzlau u. Sohn", die bei den St. Pauli Landungsbrücken 8 lag, Benzin und Oel. Der dritte Feuerwehrzug rückte aus und löschte das Feuer in kurzer Zeit. Ein ähnliches Feuer beschäftigte die Mannschaft des zweiten Feuerwehrzuges beim Zippelhaus. Dort brannten Oelrückstände bei einem Benzinmotor. Auch dieses Feuer konnte schnell erstickt werden.

w. **Feuer auf einer Barkasse.** Am Dienstag morgen 6½ Uhr erfolgte auf der bei den St. Pauli Landungsbrücken liegenden Motorbarkasse „Prenzlau u. Sohn" eine Benzinexplosion, wodurch die sämtlichen Holzteile in Brand gerieten. Die mit ihren Fahrzeugen in der Nähe liegenden Barkassenführer eilten herbei und löschten das Feuer, so daß die angerückte Feuerwehr nicht in Tätigkeit kam. Die Barkasse ist vollständig ausgebrannt und die Maschine unbrauchbar geworden.

Schleswig-Holstein.

t. **Bramstedt. Großfeuer.** Auf dem Grundstück des Fuhrunternehmers W. Dehn entstand am Montag ein Feuer, das in etwa zwei Stunden fast das ganze Anwesen einäscherte. Zerstört wurden auch sämtliche Lagerräume, große Vorräte verbrannten. Das Vieh konnte nur mit Mühe gerettet werden. Ein Automobil, Fuhrwagen und landwirtschaftliche Maschinen fielen dem Feuer zum Opfer. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluß angegeben.

K. **Neumünster.** Die Arbeitslosenfürsorge vor den Städtischen Kollegien. Vor zwei Jahren ist dem Magistrat eine Denkschrift des Gewerkschaftskartells über die Einführung der Arbeitslosenversicherung zugegangen. Kurze Zeit darauf ist von den drei sozialdemokratischen Vertretern mit Hilfe eines bürgerlichen Stadtverordneten ein Statutenentwurf eingereicht worden nach dem Genter System mit dem Ersuchen, in eine baldige Prüfung der Materie einzutreten. Volle zwei Jahre hat nun der Magistrat gebraucht, um den Städtischen Kollegien den geprüften Antrag zu unterbreiten. Im Laufe dieser Zeit haben die Arbeitervertreter wiederholt Gelegenheit genommen, nach dem Ergebnis der Prüfung anzufragen. Entweder sind nichtssagende Gründe als Antwort gegeben worden oder man hat sich auf diese oder jene Tagung berufen, die noch stattfinden soll. Endlich hat man Gründe gefunden, um die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System als nicht durchführbar ablehnen zu können. Die Gründe lauten dahin, daß die Gewerkschaften, die durch das Genter System eine finanzielle Kräftigung erfahren würden, Kampforganisationen sind. In den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern dürfe die Stadtgemeinde sich aber nicht einmischen. Außerdem werde von diesem Unterstützungssystem nur ein Teil der Arbeiterschaft, eben nur die Gewerkschaftsmitglieder, erfaßt. Mit der Ablehnung der Einführung der Arbeitslosenversicherung fällt auch der weitergehende Antrag auf Einrichtung eines paritätisch geführten städtischen Arbeitsnachweises. Mit diesem Antwortschreiben beschäftigten sich am Sonnabend die Städtischen Kollegien. In längeren Ausführungen wurde der Antrag vom Genossen Jürs begründet und an der Hand eines reichlichen Zahlenmaterials der Nachweis geführt, daß die Einführung nach dem Genter System auch für Neumünster möglich sei. Nach mehrstündiger lebhafter Beratung, wobei dem Herrn Dezernenten, der die Sache bearbeitet hatte, nachgewiesen wurde, daß er sich sein Studium dieser für die Allgemeinheit so wichtigen Frage sehr leicht gemacht habe, indem er in der Hauptsache die Ausführungen, die der Oberbürgermeister Adickes von Frankfurt a. M. auf dem Städtetag in Posen gemacht hat, als Ablehnungsgründe zu eigen gemacht habe. Den triftigen Gründen der sozialdemokratischen Vertreter und dem reichlichen Zahlenmaterial, welches vorgetragen wurde, konnten die Herren vom Magistrat doch nicht widerstehen und gaben ihren ablehnenden Standpunkt auf; sie erklärten sich für eine Kommissionsberatung, die dann auch auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter von beiden Körperschaften beschlossen wurde.

Preußisches Abgeordnetenhaus

140. Sitzung.

Berlin, 25. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt bei dem

Fortbildungsschulwesen.

Borchardt (SD.) ist aus sachlichen Gründen gegen die Einführung des Religionsunterrichts, den man an sich ja insofern wünschen könnte, als er den Schülern den Religionsunterricht verekeln würde, nachdem sie schon in der Elementarschule damit überfüttert werden. Abg. Dr. Kaufmann aber hat am Sonnabend als das Ergebnis dieses Religionsunterrichts festgestellt, daß die jungen Leute an der Wahrheit der religiösen Lehre zweifeln, ja sie verhöhnen und verspotten. Das ist das schärfste Urteil über diesen Unterricht. Sie wollen ja durch den Religionsunterricht die Jugend nur zum Gehorsam und zur Unterwürfigkeit erziehen! Sie wollen, selbst bei fakultativer Erteilung des Unterrichtes den Pfarrer in das Lehrerkollegium hineinbringen, um die Macht der Kirche zu vergrößern. Wenn Sie wirkliche Freiwilligkeit wollen, dann müßte es doch genügen, daß die Kirche die jungen Leute zu sich einladet. Aber Sie wissen, daß dann kaum jemand kommen würde und deshalb rufen Sie nach Zwang, wobei Sie aber vergessen, daß man in Preußen mit 14 Jahren religionsmündig wird. Freiwillig kommen die jungen Leute nur zur Sozialdemokratie trotz, oder vielleicht gerade wegen aller Polizeihindernisse. Wir wollen freie Menschen erziehen, Sie sagen: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der konservative Abg. Lieneweg hat sich darüber aufgeregt, daß die sozialdemokratische Partei in Bielefeld energisch gegen die Prügelpädagogik in der Fortbildungsschule eingetreten ist. Haben diese jungen Leute denn weniger Ehre im Leib, als etwa die Kadetten? In der Bielefelder Schule war auch der Mißbrauch getrieben worden, einen „nationalen", das ist in Wahrheit einen antisozialistischen Turnverein zu empfehlen. Die Indienststellung der Fortbildungsschulen für die staatliche, parteipolitisch gegen die Sozialdemokratie gerichtete Jugendpflege ist ein schreiender Mißbrauch. In den Berliner Fortbildungsschulen wird den Schülern, die nationalen Vereinen nicht beitreten wollen, mit einem schlechten Abgangszeugnis gedroht. In der Unterrichtszeit wird für die Zeitschrift „Feierabend" Propaganda gemacht und ein Offizier in Uniform hielt einen Agitationsvortrag für den Pfadfinderbund. Ich frage den Minister, ob man von ihm auch den Unterrichtserlaubnisschein verlangt und ihn ihm dann zwangsweise weggenommen hat, wie das uns gegenüber geschieht. Für solche parteipolitischen Bestrebungen stehen die Schulzeit und die Schulräume zur Verfügung, während sie uns für unsere Bildungsbestrebungen verweigert werden. Auf dem deutschen Landwirtschaftsrat hat man gefordert, daß die Fortbildungsschulen im Interesse des Christentums gegen die internationale Verbrüderung tätig sein sollen. Sie führen das Christentum immer im Munde, kennen es aber nicht, denn sonst müßten Sie wissen, daß das Christentum zuerst den Gedanken der internationalen Verbrüderung gepredigt hat. Wir protestieren mit aller Energie gegen den parteipolitischen Mißbrauch der von allen Steuerzahlern erhaltenen Staatseinrichtungen. Wir wissen, daß dieser Protest auf die Regierung und die reaktionären Parteien, zu denen ich auch die fortschrittliche Volkspartei rechne, die in Berlin über die Fortbildungsschulen regiert, keinen Eindruck machen wird. Aber fahren Sie nur so fort, Sie besorgen doch nur unsere Geschäfte, denn unser wird die Erde sein! (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten, Lachen bei der Mehrheit.)

v. Richthofen (K.): Der Vorredner hat die Religion beinahe als etwas Verächtliches hingestellt, das beweist wieder die Feindschaft der Sozialdemokraten gegen die Religion. Nicht Religion ist Privatsache, sondern Antichristentum ist Parteisache! (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Die Fortbildungsschulen sollen mißbraucht werden? Wer will denn sonst die Jugend unter die schlimmste Tyranney bringen, als die Sozialdemokratie? (Beifall rechts.) Hier wird Borchardt keinen Eindruck machen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), mit solchen Reden gehe er in die Volksversammlung. (Dr. Liebknecht: Und Sie in den Zirkus!)

Vizepräsident Dr. **Krause** (erregt auffahrend): Für diese durchaus ungehörige Bemerkung rufe ich Sie zur Ordnung!

v. Richthofen (fortfahrend): Die Autorität der Eltern und Lehrherren muß gestärkt werden, deshalb brauchen wir die Religion in der Fortbildungsschule. Hoffentlich kommt es noch einmal zu einem Gesetz, das sie enthält. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach Annahme eines Schlußantrages erklärt

Borchardt (SD.) (zur Geschäftsordnung) hierdurch verhindert zu sein, der gänzlich falschen Darstellung des Vorredners über seine Stellung zur Religion entgegenzutreten, und nachzuweisen, daß in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm nicht Religion als Privatsache erklärt, sondern ihre Erklärung zur Privatsache gefordert werde, sowie, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, die Religion als etwas Verächtliches hinzustellen oder Feindschaft gegen die Religion zu betätigen. Ebenso ist es ganz falsch, daß ein Antichristentum Parteisache der Sozialdemokratie wäre. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Thurm (FVp.): In den gewerblichen Fachschulen sollte mehr auf den Flachsbau bei Sorau hingewiesen werden.

Wenke (FVp.): Die Holzschnitzereischule in Warmbrunn macht dem Gewerbe unzulässige Konkurrenz.

Ein **Regierungskommissar**: Auch wir sind dagegen, aber das Kuratorium der Schule will nicht.

Auf eine Anregung des Abgeordneten **Cassel** (FVp.) wird zugesagt, daß der Besserstellung der Berliner Baugewerksschullehrer nähergetreten werden soll. (Abgeordneter Cassel dankt mit einer tiefen Verbeugung.)

Lieneweg (K.) entwickelt nochmals die schon in der allgemeinen Besprechung vorgebrachten altbekannten Handwerkerwünsche und wendet sich nochmals gegen die Durchführung der Bäckereiverordnung.

Wenke (FVp.) spricht gegen die Umwandlung von freien Innungen in Zwangsinnungen und nimmt den Hansabund gegen den Vorwurf der Mittelstandsfeindlichkeit in Schutz. Nur die direkte und geheime Wahl kann das Handwerk vor dem Terrorismus von rechts und links schützen. Wenn Abgeordneter Hammer dagegen auftritt, so kennt er die Stimmung der Handwerker nicht.

Borchardt (SD.): Die Wiederholungen des Abgeordneten Lieneweg gingen wiederum auf die bekannte Forderung hinaus: „Konkurrenz gegen das Handwerk ist bei Zuchthausstrafe verboten!" Er hat sich darüber beschwert, daß die Behörde dagegen eingeschritten ist, daß eine maschinelle Honigbroterzeugung in einem Keller betrieben wurde. Also selbst der geringe Arbeiterschutz der Bäckereiverordnung geht Ihnen schon zu weit und im Interesse des Profitbedürfnisses verlangen Sie, das Dispense von der Bäckereiverordnung auf die ganze Standdauer des Hauses, vielleicht also bis zu hundert Jahren, erteilt werden soll! Herr Lieneweg hat auch Schutz der Arbeitswilligen verlangt, obgleich ein Schutz gegen Mißhandlungen der Arbeitswilligen besteht. Ich erinnere nur an die barbarisch hohen Strafen, die wegen Beleidigung von Arbeitswilligen verhängt werden, so an jene Frau, die ins Gefängnis mußte, weil sie nur der Frau eines Arbeitswilligen Kartoffeln gezeigt hatte. Ihr Verlangen geht dahin, daß im Falle eines Streiks die Streikenden gewaltsam verhindert sein sollen, den Arbeitswilligen mitzuteilen, um was es sich handle. Sie sprechen von Terrorismus, wir alle aber wissen, daß die Konservativen die öffentliche Wahl nur deshalb beibehalten, weil sie ohne Terrorismus keine Wähler hinter sich haben. (Sehr gut! links.) Deshalb war es mir lieb, daß sich Herr Hammer so deutlich zum Terrorismus bekannt hat. Uebrigens will ich Ihnen auch einmal einen Terrorismusfall erzählen. Als in Magdeburg Lohnstreitigkeiten zwischen den Bäckermeistern und den Arbeitern entstanden und einzelne Bäckermeister mit den Arbeitern Vereinbarungen trafen, beschloß die Zwangsinnung, daß solche Sondervereinbarungen bei M 20 Geldstrafe für jeden Tag für jeden Fall verboten sein sollen, damit nur die Innung einen Lohntarif aufstellen könnte. Das ist ein offenbarer Verstoß gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, worin für jede Drohung, mit der die Teilnahme an Lohnvereinbarungen erzwungen werden soll, Gefängnis bis zu drei Monaten festgesetzt wird. Die Richter und Staatsanwälte machen hiervon gegen die Arbeiter stets Gebrauch. Als aber der Terrorismus der Bäckerinnung Magdeburg mit Erfolg geübt wurde, wies der Amtsanwalt eine Strafanzeige deshalb zurück, weil die Beschuldigten in dem besten Glauben gehandelt hätten, daß ihr Beschluß gesetzmäßig und gültig gewesen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sonst gilt immer der Grundsatz: Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe! Der erste Staatsanwalt schloß sich dem Amtsanwalt an und stellte, dem Sinne nach, den pyramidalen Satz auf, daß man sich ein Verbrechen oder Vergehen zuschulden kommen lassen dürfe, wenn man nur glaube, im Recht zu sein. Und das Oberlandesgericht hat die Beschwerde zurückgewiesen, weil sich die Innungsleitung für berechtigt gehalten habe, jedenfalls aber nicht im Entferntesten daran gedacht hätte, daß sie sich durch einen solchen Beschluß strafbar machen könnte. Das ist der bekannte Gedanke der Innungshandwerker, daß alle Gesetze nur für sie, niemals gegen sie angewendet werden dürfen. Weiter heißt es in der Entscheidung: „Es bedarf keiner Ausführung, daß, wenn einzelne Mitglieder der Innung mit den Gesellen die Lohnverhältnisse regeln, womöglich unter Bewilligung höherer als der bisher üblichen Löhne, die auch von den übrigen Mitgliedern beibehalten sind, hierdurch nicht allein der Gemeingeist unter den Innungsmitgliedern gestört, sondern auch die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Meister gefährdet würden, endlich aber auch würde das gedeihliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen in Frage gestellt, deren überwiegende Mehrzahl sich naturgemäß den Meistern zuwenden wird, die höhere Löhne zahlen." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist nicht mehr von Klassenjustiz, von unbewußter Beeinflussung der Richter durch die Ideen ihres sozialen Milieus die Rede, sondern bei diesem Versagen der Behörden in einem Falle, wo sie gegen Arbeiter immer vorzugehen wissen, ist die Rechtslage so klar und deutlich, daß jedermann im preußischen Vaterland genau Bescheid wissen wird, daß man den Arbeitern ihr Recht nicht geben will und daß deshalb die Behörden hier nicht eingegriffen und versagt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. **Maurer** (NL.) wünscht ein energischeres Einschreiten der Regierung gegen die Monopole für Installation und Materialien der Elektrizitätsindustrie.

Handelsminister Dr. **Sydow** gibt zu, daß der Erlaß von 1911 die Bildung dieser Monopole noch nicht in wünschenswerter Weise verhindert hat, und zwar, weil die Kommunen und Kommunalverbände im Abschluß der Verträge ganz selbständig sind. Die Aufsichtsbehörden können nur bei Gewährung von Darlehen oder bei Inanspruchnahme des Enteignungsrechts für Elektrizitätswerke eingreifen. Hierbei sind wir gegen die Entstehung von Monopolen vorgegangen. Eine Einwirkung des Staates, um die Elektrizitätszentralen den Konsumenten gegenüber nicht übermächtig werden zu lassen, wird nur möglich sein unter Einschränkung der Gewerbefreiheit. Die Frage wird erwogen.

Dr. **Liebknecht** (SD.) fordert vom Minister Antwort auf die Rede Borchardts. Die Vorgänge in Magdeburg, Leipzig und an andern Orten haben die Innungen als Kampfesorganisationen gegen die Arbeiter erwiesen. Solche Beschlüsse, wie in Magdeburg, können die Arbeiter auf das Schwerste schädigen.

Minister **Sydow** erklärt, daß zwar die §§ 152/153 der Gewerbeordnung auch für Zwangsinnungen gelten, aber daneben auch § 81 a, und gegen den hat der Magdeburger Beschluß nicht verstoßen. Ich werde ihn also nicht beanstanden. Es handelt sich in Magdeburg um einen Kampf des Zentralverbandes der Bäcker gegen die nicht zur sozialdemokratischen Richtung gehörenden Bäckermeister, und die tariftreuen Gesellen darin zu unterstützen, wird meine Aufgabe sein, soweit es mit dem Recht vereinbar ist. (Beifall.)

Hammer (K.) wendet sich gegen den Abg. Wenke. Ich habe stets gesagt, daß ein großer Teil des Mittelstandes die geheime Wahl will und daß ich das bedauere. Kein Parlament der Welt tritt so für den Mittelstand ein, wie das auf Grund des jetzigen Wahlrechts gewählte preußische Abgeordnetenhaus. Der Freisinn ist handwerkerfeindlich. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Linke angenommen.

Dr. **Liebknecht** (SD., zur Geschäftsordnung): Sie machen wieder einmal Schluß, weil Sie Angst haben vor der Blamage. (Sehr richtig! links.) Jeder Schlußantrag entspringt der Furcht vor einer Blamage. (Sehr richtig! links.) Ich hätte dem Handelsminister nachweisen können, daß sein Vorgehen in keiner Weise irgendeine rechtliche Stütze findet. Diese Erwiderung hätte Ihnen unbequem werden können und daher dieser gewaltsame Schlußantrag. (Zustimmung links.)

Dr. Mugdan (FVp.): Durch diesen konservativen Schlußantrag ist es uns unmöglich gemacht, auf die Angriffe des konservativen Redners zu antworten.

Hammer (K.): Es war kein Angriff, sondern eine Abwehr.

Just (NL.) verlangt, daß die Regierung Maßnahmen gegen weitgehenden sozialdemokratischen Einfluß auf die nichtgewerbsmäßige Arbeitsvermittlung ergreift.

Leinert (SD.): Wir bedauern, daß die Arbeitersekretariate der Gewerkschaften nicht unterstützt werden, die eine außerordentlich segensreiche Tätigkeit entwickeln. Die freien Gewerkschaften sind damit schon vorgegangen, als weder die Regierung noch irgendeine bürgerliche Partei sich dieser Sache annahmen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der „Deutschen Richterzeitung" schilderte kürzlich ein Gerichtsvollzieher, wie arg es auf dem Lande noch mit der Rechtshilfe steht. Aber das gilt auch für die minder bemittelte Bevölkerung der Städte. Professor Bernhard hat in seinem Buch über die „Unerwünschten Folgen unserer Sozialpolitik" von dem verhängnisvollen Wirken der Winkelkonsulenten und Arbeitersekretäre gesprochen, die die Simulation begünstigen und den Leuten die Rentensucht suggerierten. Ich bestreite das mit aller Entschiedenheit. (Sehr richtig! links.) Wir protestieren dagegen, daß von einer anscheinend wissenschaftlichen Seite derartig unbeweisbare Behauptungen über die Arbeitersekretariate in die Welt gesetzt werden. Der Begriff Parität darf nicht überspannt werden. Es ist etwas anderes, wenn dem Arbeitnehmer mitgeteilt wird, daß in einem Betriebe gestreikt wird, als wenn ein Arbeitgeber dem Arbeiter gewissermaßen einen Uriasbrief mitgibt des Inhalts, daß der Arbeiter gestreikt hätte. Das bedeutet für den Arbeiter, daß er keine Arbeit bekommt, daß er mit seiner Familie verhungern muß, während er andererseits seiner Organisation in den Rücken fallen würde. Der Einfluß der Arbeitgeberverbände auf die Arbeitsnachweise wird immer stärker. Dr. Beumer hat offen gefordert, daß die Arbeitsnachweise für die Arbeitgeber Machtmittel gegen die Arbeiterorganisationen sein sollen. Es wäre zu wünschen, daß das Handelsministerium sich diesen Einflüssen entzieht. Auf einer Konferenz der Arbeitgebernachweise in Wiesbaden hat der Generalsekretär dieses Verbandes sich gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter im Produktionsprozeß gewandt und hinzugefügt, das gilt auch vom Arbeitsnachweis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auf dieser Konferenz sprach weiter Dr. Alexander Tille vom „Paritätsmoralismus" und von einem Kampf zwischen Arbeitgebern und Umsturz, der sich um die Arbeitsnachweise dreht. Die Klassenkampferpressung, der Streik, müsse gleich Diebstahl und Raub verfolgt werden. Das nennt er Ethik gegenüber dem von Straßenräubern bedrohten Wanderer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokr.) Und das nicht etwa im Zirkus Busch, wo Herr v. Oldenburg Sozialdemokraten und Streikposten mit Zuhältern gleichzustellen die Kühnheit hatte, sondern auf der Arbeitsnachweiskonferenz.

Das Material über die Kennzeichnung und Registrierung nicht einzustellender, streikender und ausgesperrter Arbeiter wird ja ängstlich geheimgehalten. Aber auf jener Konferenz ist dieses System offen zugegeben worden. Prof. Weber hat dort das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Arbeitgebernachweise als vorhanden und berechtigt erklärt. Nach dem Verlauf jener Konferenz wird dieses Mißtrauen erst recht überall vorhanden sein. Wir protestieren gegen jede Anerkennung der Arbeitgebernachweise durch die Regierung und gegen die Uebertragung ihrer Methoden auf die paritätischen. Nach dem Stellenvermittlungsgesetz kann der Minister den Arbeitgebernachweisen die Führung schwarzer Listen und das System der Spitzelei und der Uriasbriefe verbieten. Tut er es nicht, so fördert er diese Dinge. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Noch bei Vorlage des Stellenvermittelungsgesetzes im Reichstag tat man so, als wollte man von Arbeitgebernachweisen nichts wissen. Wo es gegen die Arbeiter geht, verlangen Sie für Preußen die Führung, aber von einer preußischen Führung in Einigungsverhandlungen usw. ist keine Rede. Niemals führen preußische Staatsbeamte solche Verhandlungen, sondern süddeutsche oder Kommunalbeamte. Das Handelsministerium will eben mit Gewerkschaften überhaupt nicht in Verbindung treten. Das ist seine Sozialpolitik. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber das Wesen der Tarifverträge sind sich heute Gewerkschaften und Unternehmer einig. Sogar der Handwerkskammertag hat gefordert, daß eine Durchführungsinstanz für Tarifverträge geschaffen werde. Der Reichstarif der Maler fordert auch den paritätischen Arbeitsnachweis überall und gemeinsame Arbeit gegen die Schmutzkonkurrenz und Unterstützung derjenigen Arbeiter, die wegen Schmutzkonkurrenz nicht bei bestimmten Unternehmern arbeiten können. Um diese gegenseitige Kompensationen enthaltende Bestimmung hat es heftige Kämpfe gegeben.

In Hannover wurde daraufhin ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet. Unparteiischer Vorsitzender der betr. Konferenz, die diesen Nachweis errichtete, war der Vorsitzende des dortigen Gewerbegerichts, der der Errichtung des Nachweises auch zustimmte. (An dem Tarifvertrag sind auch die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen beteiligt.) Man einigte sich darauf, Nichtverbandsmitglieder um drei Tage zurückzusetzen, sowohl Gehilfen wie Unternehmer. Also Parität auf allen Linien! Und bei Ausbruch eines Streiks dürften auch Nichtorganisierte vermittelt werden. Die Arbeitgeber stimmten diesen Bestimmungen mit größter Freude zu. Der Arbeitsnachweis wirkte außerordentlich gut, wie der Redner zahlenmäßig nachweist. Da störte der Minister das gute Einvernehmen durch eine Verfügung, die verlangt, daß § 2 der Geschäftsordnung gestrichen werden soll. Da nur 5 pZt. Nichtorganisierte seien, sei eine Benachteiligung der Verbändler durch die Aufhebung nicht zu befürchten. Der Minister, der Tarifverträge in keiner Weise fördert, hat nicht das mindeste Recht, in eine solche freie Vereinbarung einzugreifen — ihm war es nur darum zu tun, eine „sozialdemokratische" Organisation in der Beeinflussung des Arbeitsverhältnisses zu stören, wobei er aber vergißt, daß die Arbeitgeber doch dieser Regelung zugestimmt haben! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Erlaß ist übrigens geheimgehalten worden und es wurde nur bekannt, daß er fürchtet, es könnten Arbeiter zum Anschluß an die Organisation gezwungen werden. Und Unternehmer? Davon spricht die tiefstehende soziale Einsicht des Ministers nicht. Er sollte sich doch nicht nur vom Polizeipräsidenten unterrichten lassen, sondern von Herren wie Mag.-Rat v. Schulz, wie Dr. Prenner usw., die das Wesen der mühselig geschaffenen Tarifverträge kennen, während sie die Informatoren des Ministers zu zerstören suchen.

Wenn der Minister Arbeitsnachweise regeln will, dann möge er sich die Terrorismus treibenden Bäcker- und Schlachterinnungen mit ihren privilegierenden, ganz willkürlich verteilten und den Nichtbesitzer arbeitslos durchs ganze Reich hetzenden „Verbandsbücher" vornehmen. Diese Bücher gelten als Legitimation für Meistertreue und dem Arbeiter werden sie abgenommen, der jemals in Differenzen mit dem Unternehmer gekommen ist. Diese bewußte Schädigung gewisser Gehilfen duldet der Minister, aber gegen einverständliche Arbeitsnachweise geht er vor. (Hört! hört! bei den Soz.) Diesen entsetzlichen Terrorismus billigt er!

Der Minister hat vorhin erklärt, er müsse die staatstreuen Bäckermeister in Magdeburg gegen den sozialdemokratischen Gehilfenverband schützen. Das ist die Neutralität des Ministers und der Staatsverwaltung im wirtschaftlichen Kampf: der Minister stellt sich im Kampf um bessere Bedingungen auf die Seite der Bäckermeister! (Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Das kann die furchtbarsten Folgen haben. Jetzt hoffe ich von ihm freilich nicht, daß er gegen den Innungsterrorismus vorgehen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die zarte Pflanze des paritätischen Arbeitsnachweises braucht sorgsame Pflege und Takt von beiden Seiten. Durch das Vorgehen des Ministers, das im Geiste Dallwitzens liegen mag, muß das Vertrauen der Arbeiter verfliegen und kann die Zukunft der Arbeitsnachweise auf das schwerste gefährdet werden. Da wäre es ebensogut, die Arbeitsnachweise unterstünden gleich dem Polizeiminister! (Sehr wahr! bei den Soz.). Der Minister hat in der Budgetkommission erklärt, keinerlei sozialdemokratisch beeinflußte paritätische Arbeitsnachweise zu fördern. Meinte er, der Tarifvertrag der Maler sei unter Mitwirkung von Sozialdemokraten geschlossen, und deshalb sei der Arbeitsnachweis sozialdemokratisch? Warum geht er nicht gegen Arbeitsnachweise vor, die die Macht der Arbeitgeber verstärken wollen?! Glauben Sie denn, je durch derartige Streiche die unzähligen sozialdemokratischen Arbeiter von der Arbeitsvermittlung ausschließen zu können? Das Vorgehen des Ministers ist und bleibt eine bewußte Parteinahme für die Arbeitgebernachweise. Das sei festgestellt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mittwoch, 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung.

Berlin, 25. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Kölsch (NL.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Dr. **Bollert** (NL.) beantragt die Zurückverweisung an die Kommission, da einige Stimmen noch einer Prüfung bedürfen und es sich hier überhaupt nur um sehr wenige Stimmen handelt.

v. Brockhausen (K.) tritt für den Antrag der Kommission ein.

Dr. **Neumann-Hofer** (FVp.) unterstützt den Antrag Bollert; zwei Stimmzettel, die gekennzeichnet sind, haben der Kommission noch gar nicht vorgelegen, zwei andere Stimmen sind kassiert, weil die Wähler zu spät in die Liste eingetragen seien, während sich nachträglich herausgestellt hat, daß die Eintragung rechtzeitig erfolgt sei.

Schwarze-Lippstadt (Z., auf der Tribüne unverständlich) empfiehlt den Antrag der Kommission.

Stadthagen (SD.): In sechs vom Vorredner vorgetragenen Fällen ist eine Prüfung in der Kommission noch nicht erfolgt; deswegen können wir doch jetzt noch kein Votum abgeben, sondern müssen die Wahl an die Kommission zurückverweisen.

Die Diskussion schließt. Der Antrag auf Zurückverweisung der Wahl an die Kommission wird angenommen.

Die Wahl des Abg. Dr. Becker-Hessen (NL.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Schwarze-Lippstadt (Z.) fordert die Gültigkeitserklärung der Wahl.

Dr. **Arendt** (RP.): Der Wahlakt in Sprendlingen muß wegen grober Verstöße gegen das Wahlreglement für ungültig erklärt werden. Kassiert man sämtliche Stimmen dieses Wahlaktes, so würde die Wahl von Dr. Becker gültig sein. Wir sollten bei Wahlprüfungen nicht nach Parteirücksichten verfahren, sondern nach Recht und Billigkeit.

v. Trampczynski (Pole): Wären die Unregelmäßigkeiten in Sprendlingen nicht vorgekommen, so müßte die Wahl nach dem einstimmigen Urteil der Kommission für ungültig erklärt werden. Sie kann doch nun nicht dadurch gültig werden, daß in einem Bezirk Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. (Lebhaftes Sehr richtig!) Gegen diese Logik dürfte kaum anzukommen sein.

Werr (Z.) empfiehlt die Gültigkeit der Wahl; es sei ständige Uebung des Reichstags, Wahlbezirke, in denen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, für das Ergebnis außer Betracht zu lassen.

Dr. **Neumann-Hofer** (FVp.): Es ist merkwürdig, daß gerade Dr. Arendt sich erlaubt, hier für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, der in einem anderen Falle es nicht für einen besonderen Verstoß hielt, wenn ein Polizist in der Wahlzelle steht. (Hört! hört! links.) In der Kommission ist der Ungültigkeitsbeschluß mit neun gegen fünf Stimmen, also mit erheblicher Mehrheit, gefaßt. Es würde ja auch zu unhaltbaren Zuständen führen, wenn große Mehrheiten in Bezirken dadurch ausgeschaltet würden, daß der Wahlvorsteher sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen läßt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wäre geradezu pervers, wenn die Anerkennung, daß der Protest berechtigt ist, dazu führen sollte, dem Dr. Becker einige hundert Stimmen zuzuzählen. (Sehr richtig! links.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Z.) wird die Abstimmung über den Antrag Schwarze-Lippstadt eine namentliche sein.

Stadthagen (SD.): Herr Arendt müßte nach seinen Ausführungen nachher für die Gültigkeit der Wahl von Haupt stimmen. Wir werden ja sehen, ob er da nicht wieder umfällt, weil es sich um einen Sozialdemokraten handelt. Uebrigens müßte nach seiner eigenen Theorie die Wahl Beckers für ungültig erklärt werden, da dann auch in anderen Bezirken, wo Becker die Mehrheit hatte, die Wahl zu kassieren wäre. Diese ganze Kassationstheorie ist aber ein schreiendes Unrecht. (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Deshalb hat dieser Reichstag sie auch aufgegeben. Nach dieser Theorie könnten in Bezirken, deren soziale Struktur als günstig für die Sozialdemokratie bekannt ist, vom Wahlvorsteher mit Absicht Verstöße herbeigeführt werden, um dadurch ungültige Wahlen herbeizuführen. Es muß von Fall zu Fall der wirkliche Wille der Wähler festgestellt werden. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.)

Dr. **Braband** (FVp.) schließt sich dem Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl an; die Kassation ganzer Bezirke müßte zu ganz widersinnigen Ergebnissen führen.

Liszt (NL.) empfiehlt ebenfalls die Ungültigkeitserklärung der Wahl und weist den Vorwurf des Abg. Arendt, die Kommission habe nicht nach Recht und Billigkeit entschieden, zurück. Die Prüfung der Wahlen sollte man einem unabhängigen Gerichtshof übertragen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Dr. **Spahn** (Z.) und **Schwarze**-Lippstadt (Z.) treten nochmals für die Gültigkeit der Wahl ein.

Dr. **Arendt** (RE.) spricht für die Gültigkeit der Wahl und polemisiert gegen den Abgeordneten Neumann-Hofer.

Waldstein (FVp.): Wenn ein Fehler vorliegt, der den ganzen Wahlkreis betrifft, so wird die Wahl ohne weiteres für ungültig erklärt. Dasselbe muß auch geschehen bei Unregelmäßigkeiten in einem Wahlbezirk.

Richard Fischer (SD.): Herr Spahn hat einen Antrag unterschrieben, der die Gültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Dr. Becker verlangt. Dabei hat er uns hier dargelegt, bei den widerspruchsvollen Zeugenaussagen sei es sehr zweifelhaft, ob überhaupt drei Mitglieder des Wahlvorstandes immer anwesend gewesen seien. Ja, wenn darüber ein Zweifel besteht, dann kann man doch nicht die Wahl für gültig erklären, sondern dann müßte die Wahl an die Kommission zurückverwiesen werden zur Feststellung, ob der Wahlvorstand immer richtig besetzt war. Herr Spahn antwortete hier auf einen Zwischenruf, er bedaure, daß gerade ich in dieser Frage umgefallen sei. Das wird er nicht erleben; ich werde bei den Grundsätzen, die ich für richtig halte, bleiben. Aber ich bedaure, daß alle meine Mahnungen in den letzten Jahren an das Zentrum, konsequent zu bleiben, und nicht, wie es geschehen ist, in den wichtigsten Dingen aus parteipolitischen Gründen immer umzufallen, bei Herrn Spahn kein Gehör gefunden haben. Wenn das jetzt besser werden soll, wenn seine Parteigenossen wieder zu ihrer Pflicht zurückkehren, so werden wir uns gewiß darüber freuen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Dr. **David** (SD.): Ohne den formalen Verstoß in Sprendlingen wäre de facto Korell, nicht Becker gewählt. Da kann man doch dem tatsächlich zu Unrecht gewählten Becker nicht das Mandat zuerkennen, weil in Sprendlingen ein formaler Verstoß vorgekommen ist. Das wäre ein schreiendes Unrecht gegen die Mehrheit der Wähler (Lebh. Sehr richtig! links). Wir müßten eigentlich Korell das Mandat zuerkennen; da wir das nicht können, müssen wir die Wähler noch einmal entscheiden lassen. (Lebh. Zustimmung links.)

Nach kurzer Weiterberatung wird die Wahl in namentlicher Abstimmung über den Antrag Schwarze mit 159 gegen 158 Stimmen für gültig erklärt. Die Verkündung des Resultats wird auf der Rechten und dem Zentrum mit lebhaften Beifallsrufen, auf der Linken mit Zischen aufgenommen.

Die Wahl des Abg. Haupt (SD.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Albrecht (SD.) verlangt Gültigkeitserklärung der Wahl.

Reißhaus (SD.): Die Beweiserhebung hat die Richtigkeit der im Wahlprotest erhobenen Behauptung in bezug auf die Wahl in Möckern ergeben; entgegen dem Wahlreglement hat nicht der Wahlvorsteher die Wahlkuverts in die Urne gelegt. Dadurch kam es, daß nur 350 Wahlkuverts in der Urne gefunden wurden, während 352 Wähler abgestimmt haben. Außerdem fanden sich in zwei oder drei Kuverts zwei Stimmzettel. Würde man diese Verstöße sämtlich zu Ungunsten Haupts rechnen, so würde die Wahl Haupts gültig bleiben. Einen Antrag, den ganzen Wahlakt in Möckern zu kassieren, hat die Kommission abgelehnt, aber sie hat beschlossen, die 26 Stimmen, die Haupt mehr erhalten hat als sein Gegenkandidat v. Byern, Haupt abzuziehen. Das ist natürlich ganz dasselbe im Resultat, wie die Kassierung des ganzen Wahlaktes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Rechtsstandpunkt hat mit Recht auch nicht mehr das allermindeste zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hätte v. Byern die Mehrheit der Stimmen erhalten, so möchte ich wohl wissen, ob die Kommission ebenso verfahren wäre. Daß das nicht der Fall ist, sieht man aus der Behandlung des Wahlaktes in Wudicke, wo die Konservativen 138 und Haupt 57 Stimmen erhalten haben. Dort hat, wie der Gegenprotest behauptet, der Amtsdiener auf Veranlassung des Wahlvorstehers, der zugleich Amtsvorsteher war, Stimmzettel verteilt, und zwar sowohl gedruckte wie geschriebene, und je nach dem Stand des Wählers ihm einen gedruckten oder einen geschriebenen gegeben. Dadurch mußten die abhängigen Wähler in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat der Wahlvorsteher dem Amtsdiener aufgegeben, konservative Stimmzettel zu besorgen, als sie knapp wurden. In schöner Einigkeit sehen wir Wahlvorsteher, Beisitzer und Amtsdiener im Wahllokal konservative Wahlagitation treiben, was dem Gesetz durchaus widerspricht. Hier aber zog die Mehrheit der Kommission keine Folgen aus diesem Verstoß, sie sagte vielmehr, aus den Behauptungen eines Gegenprotestes könne man nicht Folgerungen zugunsten des Gewählten ziehen. Das ist eine Verlegenheitsausrede, die vollkommen in der Luft schwebt. Dieser Beschluß ist noch ungerechter, als der im Fall Becker, es ist ein Fehlschluß im allerschlimmsten Sinn des Wortes. Diese Art der Beschlußfassung ist eine Willkür, und alle Parteien haben ein Interesse daran, solche Dinge zu beseitigen. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit des Hauses soviel Gerechtigkeitsgefühl hat, die Wahl unserem Antrag gemäß für gültig zu erklären, oder sie doch mindestens zur erneuten Prüfung in die Kommission zurückzuverweisen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. **Arendt** (RP.): Im Falle Haupt liegen die Dinge ganz anders wie im Falle Becker. In Wudicke sind nicht Verstöße gegen das Wahlreglement, sondern nur Wahlbeeinflussungen vorgekommen. In Möckern dagegen ist gegen das Wahlreglement verstoßen worden. Hier hätte die Wahl kassiert werden müssen; die Kommission hat dem Abg. Haupt die betreffenden Stimmen abgezogen, was auf dasselbe hinauskommt.

Dr. **v. Veit** (K.) bittet ebenfalls im Sinne der Kommission zu beschließen.

Dr. **Neumann-Hofer** (FVp.): Die Behauptung der Wahlbeeinflussung in Wudicke befinden sich in einem Gegenprotest und aus solchen Behauptungen sind bisher nie Folgerungen gezogen worden.

Etwas anders liegt es im Falle Möckern. Dort ist dem Ergebnis nach die Wahl kassiert worden. Nach dem eben gefaßten Beschluß im Falle Becker, der sich im Widerspruch befindet zu der Auffassung der großen Mehrheit der Kommission, sollte die Kommission doch noch einmal in die Lage versetzt werden, diese Frage gründlichst zu prüfen. Ich unterstütze daher den Antrag, die Wahl des Abg. Haupt an die Kommission zurückzuverweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schmidt-Meißen (SD.): Darüber, daß in Möckern Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, war man sich in der Kommission einig. Nur über die Folgen war man verschiedener Meinung. Eine Minderheit war dafür, daß, wenn man die Wirkung der Unregelmäßigkeiten richtig prüfe, man dahin kommen müsse, auch nur 6 Stimmen abzuziehen. Hätte man so beschlossen, so hätte die Wahl Haupts für gültig erklärt werden müssen. In Wudicke soll es sich um einen Gegenprotest handeln. Aber die Protesterheber haben mit keinem Wort Bezug genommen auf den Prozeß. Und tatsächlich werden in diesem sogenannten Gegenprotest unzweifelhafte Wahlbeeinflussungen festgestellt. Aus der Verteilung von konservativen Stimmzetteln durch den Gemeindediener im Auftrage des Wahlvorstehers, der solche konservative Stimmzettel an die übrigen Ortsvorsteher verschickt hatte, geht klar hervor, daß v. Byern der Kandidat der Behörden war. Ich bitte Sie unter diesen Umständen dringend, wenigstens dem Antrag um Zurückverweisung der Wahl an die Kommission zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht auf Gültigkeitserklärung wird zurückgezogen zugunsten eines Antrages auf Zurückverweisung an die Kommission zur nochmaligen Prüfung. Ueber diesen Antrag

Albrecht wird namentlich abgestimmt. Er wird mit 170 gegen 142 Stimmen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

Auf Antrag Bassermann (NL.) soll morgen ein Schwerinstag stattfinden. Auf die Tagesordnung werden gesetzt: Antrag Bassermann auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Submissionswesens und Antrag Normann (K.) auf Schaffung neuer kleiner Garnisonen, sowie einmaliger freier Eisenbahnfahrt im Jahre für die Militärurlauber.

Schluß 7 Uhr.

Verhandlungen des Seeamts.

Sitzung vom 25. Februar.

Vorsitzender: Landrichter Dr. O. Arndt.
Beisitzer: Ingenieur Sievers, die Kapitäne Brockmann, Brorsen und Rauschenplat.
Protokollführer: W. Korn.
Reichskommissar: Kontre-Admiral z. D. Louran.

Ueber Bord gerissen.

Als der zur Cranzer Fischdampfschiffsgesellschaft (Otto Bröhan) in Cranz gehörige Fischdampfer „Neuenfelde“, Kapitän Witt, sich am 8. Februar auf der Fahrt von der Nordsee nach Altona befand, wurde der am 8. Januar 1890 zu Leber in Pommern geborene Matrose Franz Krüger durch eine Sturzsee über Bord gerissen. Wegen des stürmischen Wetters gelang es nicht, den Verunglückten zu retten. Um 12 Uhr mittags hatte man auf 57 Grad 35 Min. N. und 3 Grad 10 Min. O. das Netz eingezogen. Der Wind, der damals SW. war, drehte nach NW. und wurde stürmisch. Bald darauf erfolgte der Unfall, bei dem noch zwei Mann in Gefahr gerieten, über Bord gewaschen zu werden.

Nach Vernehmung mehrerer Zeugen verkündet das Seeamt folgenden Spruch:

„Der Matrose Krüger ist am 8. Februar 1913 in schwerem Wetter durch eine von hinten kommende See über Bord gerissen und ertrunken. Rettungsversuche sind, so weit möglich, gemacht. Ein Verschulden trifft niemanden.“

Kollision „Christiania“ — „Galata“.

Am 13. Februar, um 12 Uhr 40 Minuten, fand in der Nordsee unweit Borkum zwischen dem zur Dampfer-Reederei „Merkur“ in Stettin gehörenden Dampfschiff „Christiania“, Kapitän Martensen, und dem zur Deutschen Levante-Linie in Hamburg gehörigen Dampfer „Galata“, Kapitän Steen, eine Kollision statt, durch die die „Christiania“ zum Sinken gebracht wurde. Fünf Mann der Besatzung werden vermißt. Die „Galata“ erreichte mit den Geretteten ohne fremde Hilfe Hamburg.

Die „Christiania“ befand sich auf der Reise von Huelva nach Stettin. Am 13. Februar, um 8 Uhr 40 Minuten vormittags, als man Terschelling Feuerschiff passiert hatte, trat Nebel ein, so daß man die Fahrt reduzieren und Nebelsignale abgeben mußte. Das Schiff machte bei langsamer Fahrt etwa 3 bis 3½ Knoten Fahrt. Dann hörte man einen bis zwei Strich an Steuerbord voraus Nebelsignale, die man erwiderte. Auch stoppte man sofort die Maschine und nahm eine abwartende Stellung ein. Plötzlich hörte man einen langen und darauf einen kurzen Ton zirka 45 Grad (4 bis 5 Strich) an Steuerbord voraus. Die Maschine, die schon wieder langsam vorausgearbeitet hatte, um das Schiff steuerfähig zu halten, wurde abermals gestoppt. Gleichzeitig gab man einen langen Pfiff ab. Dann tauchte aus dem Nebel, etwa eine halbe Schiffslänge entfernt, in einem rechten Winkel ein Dampfer auf, der mit ziemlich großer Fahrt auf die „Christiania“ zu kam. Auf der „Christiania“ gab man sofort volle Kraft rückwärts und legte das Ruder hart Backbord. Unmittelbar darauf erfolgte der Zusammenstoß mit der „Galata“. Die „Galata“ fuhr der „Christiania“ an Steuerbord zwischen Luke 3 und 4 in die Seite und drang etwa 1½ Meter ein, so daß die „Christiania“ sofort anfing zu sinken. Es gelang noch, ein Boot zu Wasser zu bringen, in das sich ein Teil der Besatzung rettete. Vermißt werden der zweite Maschinist Friedrich Aehringhaus aus Hagen in Westfalen, der zweite Offizier Friedrich Winkler aus Sohrau, der Trimmer Otto Zunk aus Stettin, der Heizer Karl Schmill aus Wismar und der Zimmermann Albert Matz aus Wollin. Die Besatzung der „Christiania“ hat noch angegeben, daß der Kapitän der „Galata“ erklärt habe, sein Schiff habe W. ⅞ S. angelegen, und daß der erste Steuermann der „Galata“ behauptet habe, er habe eben vor der Kollision deutlich gehört, daß sein Kapitän Steuerbordruder kommandiert habe.

Die „Galata“ befand sich nach der Darstellung ihrer Besatzung auf der Reise von Hamburg nach Malta. Unweit Norderney trat Nebel ein. Der Wind war südlich, flau, fast still. Der wahre Kurs war S 67 Grad W. Am 13. Februar um 12 Uhr 40 Minuten vormittags hörte man das Nebelsignal eines Dampfers an Backbord, etwas vorlicher als dwars. Man fuhr langsam, drehte etwas mit Steuerbordruder ab, um gut frei zu kommen, und zeigte dieses Manöver durch Pfeifensignale an. Gleich darauf sah man einen Dampfer aus dem Nebel auftauchen, der von Backbord nach Steuerbord, vielleicht mit Nordkurs, den Kurs der „Galata“ kreuzte. Die Maschine wurde sofort auf rückwärts gestellt und das Ruder mitschiffs gelegt, während die „Christiania“ Fahrt voraus machte. Obgleich die „Galata“ infolge ihres Rückwärtsganges in der Rechtsdrehung blieb und bis ungefähr NNW. abfiel, wanderte die „Christiania“ mit der gleichen Geschwindigkeit vorausgehend aus. Infolge des falschen Rudermanövers und der Fahrt der „Christiania“ erfolgte um 12 Uhr 50 Minuten die Kollision. Es wurden sofort zwei Boote zu Wasser gebracht und nach der Unfallstelle abgeschickt. Es gelang auch, einige Leute, die ins Wasser gesprungen waren, zu retten. Innerhalb sechs Minuten sank die „Christiania“, mit dem Hinterende zuerst. Der erste Offizier der „Christiania“ hat erzählt, man habe auf der „Christiania“ Backbordruder gegeben.

Als Vertreter der Führung der „Galata“ nimmt Rechtsanwalt Dr. Ehlers an der Verhandlung teil, als Rechtsbeistand der Führung der „Christiania“ Rechtsanwalt Dr. Kaemmerer.

Zeuge Kapitän Stern von der „Galata“ fügte der obigen Darstellung noch hinzu: Nach meiner Meinung war es sichtig genug, um eine Seemeile weit sehen zu können. Die „Christiania“ hat wahrscheinlich in einer dichten Nebelschwade gelegen, denn sonst hätten wir sie früher sehen müssen. Ich hatte etwas Steuerbordruder gegeben, um mich etwas von dem noch unsichtbaren Schiffe zu entfernen.

Zeuge Kapitän Martensen von der „Christiania“: Als die „Galata“ in Sicht kam, war die Kollision unvermeidlich. Im letzten Augenblick ließ ich die Maschine langsam vorwärts arbeiten und Backbordruder geben, um zu erreichen, daß die Schiffe sich im spitzen Winkel trafen.

Von den Zeugen der „Christiania“ wurde behauptet, daß die Boote der „Galata“ erst sehr spät zu Wasser gelassen wurden, während die Besatzung der „Galata“ dies bestreitet und sagt, daß die Boote sehr rasch ausgesetzt wurden. Ein Passagier der „Galata“ bestätigt gleichfalls, daß die Boote rasch zu Wasser kamen.

Der Reichskommissar ist der Ansicht, daß die Kollision von der „Galata“ dadurch verschuldet wurde, daß sie trotz des Nebels und obgleich sie die Position des Gegendampfers nicht ausmachen konnte, die Maschine nicht stoppte und dadurch dem Artikel 16 der Seestraßenordnung zuwiderhandelte. Den Führer der „Galata“, Kapitän Steen, treffe der Vorwurf grober Fahrlässigkeit, während die „Christiania“ keinerlei Schuld hat. Er stelle den Antrag, die Akten der Staatsanwaltschaft zu überweisen. Nach dem Ergebnis der Verhandlung dürfe man überzeugt sein, daß die Boote der „Galata“ so rasch wie möglich ausgesetzt wurden.

Nach längerer Beratung eröffnete das Seeamt nochmals die Beweisaufnahme und hielt dem Kapitän Martensen vor, daß nach den angestellten Berechnungen die „Christiania“ noch gar nicht an dem Kollisionsort sein konnte, wenn die Angaben der Besatzung richtig seien, daß die „Christiania“, als sich Nebel einstellte, langsam gefahren sei. Kapitän Martensen behauptete, daß die gemachten Angaben richtig seien und daß sein Schiff eine schnellere Fahrt gemacht habe, weil er mit einem mindestens zwei Meilen starken Strom gefahren sei. An der Hand der Karte wurden neue Berechnungen angestellt und nachgewiesen, daß eine Differenz von mehreren Meilen vorhanden ist. Kapitän Martensen hielt aber trotzdem seine Angaben über die Fahrt seines Schiffes aufrecht.

Das Seeamt verkündet folgenden Spruch:

„Die Kollision zwischen den Dampfern „Christiania“ und „Galata“, bei der fünf Mann von der Besatzung der „Christiania“ ihr Leben verloren haben, hat bei starkem Nebel stattgefunden. Sie ist darauf zurückzuführen, daß der Kapitän der „Galata“, als er zuerst das Nebelsignal der „Christiania“ vorlicher als dwars hörte, entgegen Art. 16 der Seeordnung nicht gestoppt hat und daß er unvorsichtigerweise Steuerbordruder und schließlich Hartsteuerbordruder gegeben hat, ohne die Lage des Gegendampfers ausmachen zu können.

Ein Verschulden der „Christiania“ läßt sich nicht nachweisen.

Die nach der Kollision getroffenen Maßnahmen sind nicht zu beanstanden.“

Arbeiter! Parteigenossen!
Agitiert für das „Hamburger Echo“.

Parteigenossen in Preußen!

Werdet preußische Staatsbürger!

In allernächster Zeit finden die preußischen Landtagswahlen statt. Die Erwerbung der preußischen Staatszugehörigkeit ist die Vorbedingung zur Wahlberechtigung für den preußischen Landtag. Alle Nichtpreußen haben kein Wahlrecht zum Landtag.

Noch immer besteht das elende und infame Dreiklassenwahlrecht. So lange dieses Wahlunrecht noch besteht, muß es voll und ganz ausgenutzt werden! Schon deshalb, um das ungerechte Wahlsystem in krasse Erscheinung treten zu lassen.

Wir fordern daher alle nichtpreußischen, in Schleswig-Holstein und Lauenburg wohnenden Reichsangehörigen auf, unverzüglich um ihre Aufnahme in den preußischen Staatsverband nachzusuchen. Dazu muß man sich zunächst von dem Bundesstaat, dem man angehört, einen Staatsangehörigkeitsausweis verschaffen.

Wir ersuchen die Genossen, an die Gemeindevorsteher oder den Magistrat der Heimatsgemeinde dieserhalb etwa folgendes zu schreiben:

An den Gemeindevorstand

zu (Ort).

Zum Zweck der Aufnahme in den preußischen Staatsverband ersuche ich um Ausfertigung eines Staatsangehörigkeitsausweises. Ich bin am (Datum) 18 . . als Sohn der Eheleute (Name) zu (Ort) geboren. Meinen Militärpaß füge ich hier bei und bitte um dessen Rücksendung.

Name, Beruf,
genaue Wohnungsangabe.

Anstatt des Militärpasses kann auch eine andere Legitimation, Landsturmschein oder Geburtsurkunde, eingesandt werden.

Den Staatsangehörigkeitsausweis bekommt jeder gegen Bezahlung der üblichen geringen Stempelgebühren. Sodann beschaffe man eine Geburtsurkunde und einen polizeilichen Meldeschein als Beweis für die Niederlassung am Orte. Als Geburtsurkunde dient auch das vielfach gebräuchliche Familienstammbuch. Wer vor 1875 geboren ist, muß sich einen „Auszug aus dem Kirchenbuche“ beschaffen.

Der Antrag auf Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist an den Regierungspräsidenten zu richten, und nachdem man alles beisammen hat, schreibt man an diesen:

An den Herrn Regierungspräsidenten

zu (Ort).

Ausweislich des hier beigefügten Meldescheines habe ich mich in (Ort und Straße) niedergelassen. Ich bin . . . . . . Staatsbürger und beantrage, mich in den preußischen Staatsverband aufzunehmen.

Mit dem Ersuchen um Rücksendung lege ich bei:
1. Staatsangehörigkeitsausweis,
2. Geburtsurkunde (Taufschein, Familienstammbuch),
3. Meldeschein,
4. Geburtsurkunden meiner Kinder,
5. Militärpapiere

(Ort), den (Datum) 1913.

Name, Beruf, Wohnung.

Die Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist kostenfrei.

Ein Ausscheiden aus dem bisherigen Staatsverband ist nicht erforderlich, und wenn diese Aufforderung ergehen sollte, so beachte man sie nicht.

Jede nähere Auskunft wird erteilt: Im Parteibureau Altona, Adolfstraße 29, 1. Etage, und im Parteibureau Ottensen, Hoheneſch 3, sowie bei den Vorsitzenden der Ortsvereine der sozialdemokratischen Partei.

Die Ausfertigung der Aufnahmeurkunden kann **unter Umständen monatelang dauern,** deshalb tut Eile not!

Vereine und Versammlungen.

Transportarbeiterverband, Branche Ewerführer und Decksschiffer. Eine gut besuchte Extraversammlung obiger Branche nahm am Dienstag, 18. Februar, bei Horn, Hohe Bleichen, Stellung zu der neuen Form der Arbeitsvermittlung in der Ewerführerei und den Härten, wie sie die Handhabung durch den Hafenbetriebsverein mit dem Ortskrankenkassenwesen und den Paragraphen der Arbeitsvermittlungsbestimmungen mit sich bringt. Zunächst machte die Branchenleitung darauf aufmerksam, daß zirka 400 Bunkerleute sich in einem Abwehrstreik befinden, die Binnenschiffer und die Lagerhausarbeiter ebenfalls in einer Lohnbewegung stehen. Die Ewerführer hätten darauf zu sehen, daß sie keine Streikarbeit verrichten. Bezüglich der neuen Form der Arbeitsvermittlung in der Ewerführerei empfinden sämtliche Redner das Verlangen, von morgens 5½ Uhr bis abends 9 Uhr auf eine eventuelle Vermittlung zu warten, als eine besondere Härte. Da viele Kollegen in den Vororten wohnen, kommen sie dadurch erst abends 11 Uhr nach Hause. Sie erachten eine Wartezeit bis 7 Uhr abends als lange genug. Ebenso könne die Arbeitsvermittlung selbst nach der Reihe geschehen, damit alle einmal Arbeit erhalten und nicht nur gewisse Kollegen, die vielleicht Mitglied einer Privatkrankenkasse sind. Die Versammlung erachtete es als ein Unrecht, daß man denjenigen, die Mitglieder der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte sind, nicht oder nur in Notfällen Arbeit vermittelt. Man setzt diese Leute tunlichst zurück, indem ihre Arbeitskarten mit dem Aufdruck „Ortskasse“ versehen worden. Jeder Vize oder Arbeitgeber sowie Angestellte des Hafenbetriebsvereins weisen dann die Leute zurück. Soll doch sogar ein Angestellter des genannten Vereins zu einem Kollegen gesagt haben, er könne ihm nur raten, aus der Ortskasse auszutreten, wenn er Arbeit erhalten wolle, denn die Mitglieder der Privatkassen würden bevorzugt. Die Hamburg-Amerika-Linie hat bereits sechs Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Ortskasse entlassen. Die Versammlung war der Meinung, daß hier das Reichsversicherungsamt noch ein gewichtiges Wort hinein reden müsse; auch sei der Aufdruck auf den Arbeitskarten nach einem Entscheid des Gewerbegerichts nicht zulässig. Die Zurücksetzung der Ortskassenmitglieder löste noch eine besondere Debatte aus, in der die meisten Redner die Ansicht vertraten, daß diese Maßregelung nur den Zweck haben könne, die Mitglieder aus der Ortskasse hinauszudrängen, um ihnen dadurch den Einfluß, den sie in der Ortskasse haben, aus der Hand zu winden. Dann könne man die Leistungen und Beiträge herabsetzen. Oder der Hafenbetriebsverein beabsichtige, im nächsten Jahre selbst eine Betriebskasse für den Hafen zu errichten, und versuche, hierfür die Kollegen kirre zu machen. Nun werden die Kollegen in vielen Fällen für das eine Jahr in Kassen hineingetrieben, wo sie in Krankheitsfällen nicht so gesichert sind, wie in der Ortskrankenkasse. Die Resolution, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, sich der Ortskrankenkasse anzuschließen, damit eine Maßregelung nach dieser Richtung hin ausgeschlossen sei, und die Arbeitslosen darin zu unterstützen, daß der Arbeitsnachweis nicht länger als bis 7 Uhr abends frequentiert wird, wurde einstimmig angenommen. Daß den Ewerführern dieselbe Existenzunsicherheit droht wie den Schauerleuten bei einer derartig konzentrierten Arbeitsvermittelung, geht aus den statistischen Zahlen des Reichsarbeitsblattes hervor, wonach der Hafenbetriebsverein im Jahre 1911 293 953 Arbeiter vermittelt hat, Schauerleute täglich 4563, im Jahre 1912 täglich über 5000.

Deutscher Transportarbeiterverband, Branche Kohlenarbeiter und Kutscher (Platzarbeiter). Extra-Mitgliederversammlungen am Mittwoch, 19. Februar, bei Horn. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Aussperrung der Kollegen bei der Kohlenhebergesellschaft. H. gab den Situationsbericht. Er schilderte in kurzen Zügen, warum die Kollegen ausgesperrt wurden und warum die Bunkerleute (Handgänge) in den Streik traten. Nachdem mehrere Redner sich hierüber geäußert hatten und verschiedene Anfragen beantwortet waren, beschloß die Versammlung einstimmig, alle Bunkerarbeiten, auch die der kleinen Schlepper zu verweigern und den Bunkerleuten gegenüber Solidarität zu bewahren. Die beiden Punkte: Wahl einer Tarifkommission für Tagelohn und Löschplatztarif sowie Wahlen von Bezirksobleuten für Eimsbüttel, Hammerbrook und Uhlenhorst, wurden bis auf weiteres zurückgesetzt. Unter „interne Angelegenheiten“ wurde, wie fast in jeder Versammlung, darüber Klage geführt, daß es noch Firmen gibt, die unter Tarif bezahlen. So haben bei der Firma Holz die Kollegen 25 ₰ Mittagsgeld erhalten, wo nach Tarif 50 ₰ gezahlt werden muß. Bei der Firma Himstedt soll eine maßlose Treiberei herrschen. Wenn jedoch die Arbeiter hiergegen protestieren, werden sie entlassen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, eine recht rege Agitation zu entfalten für den Verband, Partei und Genossenschaft.

Deutscher Transportarbeiterverband, Branche Kohlenarbeiter und Kutscher (Bunkerleute). Extra-Mitgliederversammlung am Freitag, 14. Februar, abends 8½ Uhr, bei Hüttmann, Poolstraße. Hähnel gab noch einmal den Situationsbericht. Er machte darauf aufmerksam, welche weittragenden Konsequenzen bei einem Streikbeschluß folgen könnten. Er warnte davor, da es nachher schwer hält, wieder in die Betriebe hinein zu kommen, wenn der Streik verloren geht. Sämtliche nachfolgenden Redner erklären sich für den Streik. Sie beschuldigen den Hafen-Betriebsverein des Vertragsbruchs, da derselbe Kontraktarbeiter in der Bunkerarbeit eingestellt hat und sie ihre Zukunft dadurch gefährdet befürchten. Nach längerer Debatte wird dann per Stimmzettel abgestimmt. Es wurden 451 Stimmen abgegeben. Davon waren 416 für und 28 gegen den Streik; 7 Stimmen waren ungültig. Da durch dieses Resultat der Streik beschlossen war, wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ein jeder der Streikleitung Folge zu leisten und Ruhe und Disziplin zu bewahren habe. Das Streikbureau ist bei A. Thumann, Hohlerweg 2. Sämtliche Bunkerarbeiten sind zu verweigern, auch das Bunkern von Schleppdampfern der eigenen Firma. Von den Bunkerarbeitern der Hamburg-Amerika-Linie wird Solidarität verlangt. Hierauf Schluß der sehr stark besuchten Versammlung.

Arbeiter-Stenographen-Verband, Mitgliedschaft Rotenburgsort. Monatsversammlung vom 23. Februar, bei Busse, Stresowstraße 93. Schriftgenosse P. hielt einen Vortrag über die Entwicklung der Schrift, insbesondere der Kurzschrift. Ausgehend von den Anfängen der Kurzschrift bei den Griechen und Römern vor 2000 Jahren, schilderte er den Werdegang der Schrift bis zur heutigen Stenographie. Wohlverdienter Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen. Als nächster Vortrag wurde ein Thema über Heinrich Heine in Aussicht genommen. In den Vorstand wurde gewählt: J. Knabe, Billwärder Neuedeich 265. Nach Erledigung kleiner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Zentralverband der proletarischen Freidenker Deutschlands, Ortsgruppe Wandsbeck. Mitgliederversammlung am 19. Februar im Lokale von A. Hogreve, Dietrichstraße. Lorenz hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Persönlichkeits- oder Religionsunterricht in den Schulen?“ An der sich hieran knüpfenden Diskussion beteiligten sich Gehrhardt, Graßmann, Kölln und Plust. Den Bericht vom Gautag in Hamburg gab Lorenz. Von einer öffentlichen Stellungnahme zu den zur Generalversammlung gestellten Anträgen wurde abgesehen. Die Ortsgruppe sieht von einer Delegation ab. Von den drei uns von anderen Ortsgruppen vorgeschlagenen Kandidaten wurde Genosse Fricke einstimmig als Delegierter gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung um 11 Uhr.

Deutscher Holzarbeiterverband, Sektion der Stellmacher. Mitgliederversammlung am 20. Februar im Gewerkschaftshause. Kleemann hielt einen interessanten Vortrag über Imperialismus und Arbeiterschaft. Redner schildert die Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion sowie die des Imperialismus in eingehender Weise. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion. Von den Teilnehmern am Zeichenkursus war der Antrag gestellt, den Kursus auch im Sommerhalbjahr abzuhalten. Andersen betont in seiner Begründung des Antrages die technischen Vorteile des Kursus. Ein Stillstand im Unterricht ist einem Rückschritt gleich. Redner weist noch einmal auf die Vorteile unseres Kursus gegenüber dem der Wagenbauschule hin. In letzterer kommt der Schüler mit dem Lehrer nur wenig in Berührung, während sich bei uns die Kollegen gegenseitig unterstützen. Der Antrag wurde nach einer lebhaften Diskussion angenommen. Es wurde angeregt, in diesem Jahre unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Kleinbetrieben zu verbessern. Stundenlöhne von 55, 50, ja sogar 45 ₰ sind einer Großstadt wie Hamburg unwürdig. Ebenso ist eine 9½stündige Arbeitszeit für die heutigen Verhältnisse nicht mehr aufrecht zu erhalten. Es wurde beschlossen, eine Extraversammlung abzuhalten, in der über die Frage einer Lohnbewegung verhandelt werden soll. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, tüchtig für diese Extraversammlung zu agitieren, war Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Neueste Nachrichten.

(Privat-Telegramm des „Hamburger Echo“.)

k. **Frankfurt am Main,** 25. Februar. Zum ersten Male wurde heute ein Sozialdemokrat in den Stadtrat gewählt, nämlich Genosse Benno Schmidt.

(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)

Berlin, 25. Februar. In der Budgetkommission des Reichstages wurde bei der Beratung des Etats für das Reichskolonialamt der Antrag des Zentrums, von den für die Zentralverwaltung und dauernd erforderliche Hilfskräfte für Kamerun nachgeforderten Summen M. 11 500 und von der Anzahl der Beamtenstellen 14 abzustreichen, gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen angenommen, trotzdem Unterstaatssekretär Conze und Staatssekretär Dr. Solf für die Bewilligung der geforderten Summen eintraten.

Berlin, 25. Februar. Amtlich. Eastern London meldet: Kabel Zante-Canea und drei Kabel Zante-Patras unterbrochen. Telegramme für Griechenland, mit Ausnahme von Zante-Corfu und Pyrgos, können nur via Malta Zante auf Gefahr des Absenders angenommen werden und unterliegen Verzögerungen.

Potsdam, 25. Februar. Das Luftschiff Hansa ist von seiner Fahrt über Leipzig und Bitterfeld um 5¾ Uhr hier wieder eingetroffen. Die Fahrt hatte sich über eine Strecke von 280 Kilometer ausgedehnt.

Essen a. d. Ruhr, 25. Februar. Auf der Zeche Ludwig wurde der Steiger Oesterling von einem Bergmann Unterstell erschossen. Oesterling versuchte Unterstell zu beruhigen, als dieser in der Waschkaue lärmte, weil der Reviersteiger die Gewährung eines Vorschusses abgelehnt hatte. Der Täter wurde verhaftet.

Hangelar (Siegkreis), 25. Februar. Der Flieger Bruno Werntgen ist heute abend aus 60 Meter Höhe abgestürzt. Er wurde getötet.

Wien, 25. Februar. Der bei der Galizischen Karpathen-Petroleum-Aktiengesellschaft angestellte Fabrikdirektor Banting erschoß heute nachmittag seine Frau und dann sich selbst mit einem Jagdgewehr. Das Motiv der Tat scheint in finanziellen Schwierigkeiten zu liegen.

Budapest, 25. Februar. (Meldung des Ungarisch. Corr.-Bur.) Unterrichtsminister Zichy erklärte den Vertretern der Presse auf die Frage, ob er gestern seine Demission gegeben habe, daß er sich hierüber nicht äußern könne. Jedoch ließ der Minister der Presse folgende Mitteilung zukommen: „Solange die durch den Führer der Opposition gegen den Ministerpräsidenten erhobenen, das ganze Kabinett berührenden schweren Beschuldigungen bei voller Freiheit der Beweise und Gegenbeweise nicht widerlegt sind, bin ich für keinerlei politische oder parlamentarische Betätigung zu haben.“

Budapest, 25. Februar. In der heutigen Sitzung des Magnatenhauses, welcher der Ministerpräsident Lukacs nicht beiwohnte, da er zur Audienz nach Wien gefahren war, interpellierte der Oppositionsführer Graf Tesséwffy wegen der von dem Abgeordneten Desy gegen den Ministerpräsidenten erhobenen Anschuldigungen und ersuchte die Mitglieder des Magnatenhauses Graf Karolyi und Ullmann, welche in die Angelegenheit eingeweiht sind, die Wahrheit mitzuteilen. Graf Karolyi erklärte, er sei bereit, sich vor Gericht oder einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu äußern. Ullmann schloß sich diesen Erklärungen an und fügte hinzu, er halte es für unzulässig, sich zu äußern, während das Apellverfahren schwebe.

London, 25. Februar. Frau Pankhurst erschien heute vor dem Polizeigericht von Epsom. Sie wurde gegen eine Kaution von 700 Lstrl. freigelassen. Die Verhandlung ist auf morgen vertagt worden.

London, 25. Februar. Lloyds Bureau meldet aus Durban, daß der Dampfer „Lothringen“ vom Norddeutschen Lloyd, der sich auf der Fahrt von New Castle in Neu Südwales nach Bremen befindet, am 23. Februar von Durban abfuhr, jedoch infolge Maschinenbeschädigung zurückkehren mußte. Eine Reservewelle wird an Stelle der beschädigten angebracht. Die Reparaturen werden wahrscheinlich fünf Arbeitstage beanspruchen.

Paris, 25. Februar. Die Kammer hat durch Handaufheben einen Zusatz zu dem Finanzgesetz angenommen, der von der Regierung bereits genehmigt ist. Er unterwirft vom 1. Juli dieses Jahres die fremden Reisenden und auswärtigen Handelsvertreter, die ihren Beruf dauernd oder vorübergehend auf französischem Boden ausüben, denselben Bestimmungen und Abgaben, denen die französischen Reisenden im Ausland unterworfen sind. Die Zollverwaltung wird nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und gemäß den Bestimmungen der Zollgesetze von 1892 und 1910 die Abgaben nach der Nationalität der Reisenden und nicht nach der Herkunft der Ware berechnen.

Paris, 25. Februar. Die Kammer hat das dritte provisorische Budgetzwölftel bewilligt.

Paris, 25. Februar. In der Budgetkommission der Deputiertenkammer erklärten der Finanzminister und der Kriegsminister, sie würden am Montag eine Kreditvorlage im Betrage von 500 Millionen Franken einbringen, die dazu bestimmt sind, gewisse für Kriegszwecke erforderliche Arbeiten zu beschleunigen.

Paris, 25. Februar. Dem „Temps“ wird aus Rabat gemeldet, daß von den Franzosen ergebenen Zemurs, die im Marmarawalde Herden hüteten, auf Polizeitruppen, die sie für Angreifer hielten, Schüsse abgegeben wurden. Zwei Mann der Polizeitruppen wurden getötet, einer wurde verwundet.

Paris, 25. Februar. Der französische Flieger Brindejonc, der heute vormittag um 9 Uhr 15 Min. in Villacoublais bei Versailles aufgestiegen war, ist mit Zwischenlandung in Calais um 4 Uhr nachmittags auf dem Flugplatz Hendon bei London eingetroffen. Der Flieger beabsichtigt, noch heute den Rückflug nach Calais anzutreten, um dann von dort nach Brüssel zu fliegen.

Lima, 25. Febr. Das Kabinet ist zurückgetreten.

Briefkasten.

Sprechstunde der Redaktion
ist nur vorm. von 10 bis 12 Uhr und nachm. von 6 bis 8 Uhr.

L. J. 79. Nein.

Langjähriger Abonnent, Erichstraße. Die Kinder der ersten Ehe beerben nur den Vater.

Ein langjähriger Abonnent. Sie müssen sich an die Vormundschaftsbehörde, Poststraße 19, wenden.

W. W. 50. 1. In Hamburg werden Einkommen unter M. 1500 zur Kirchensteuer nicht herangezogen. 2. Ja. Verjährt erst in 30 Jahren.

Rotenburgsort. Medizinische Anfragen beantworten wir grundsätzlich nicht. Wenden Sie sich an einen Arzt.

Mandoline — Guitarre. Bis abends 10 Uhr.

Parteigenosse, Schumannstraße. Jeder Arzt wird das doch feststellen können.

K. K. Die Kündigung ist nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig: sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. — Die Klage können Sie in der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts zu Protokoll geben.

H. B. 98. Schiffbeck. Als Schutzmann in Hamburg werden solche Bewerber eingestellt, die die Unteroffizierscharge in der Armee oder Marine erreicht haben, mindestens 1,67 Meter groß, nicht über 35 Jahre alt, körperlich und geistig gesund sind und eine genügende Schulbildung, sowie eine gute Führung nachweisen. Das Gehalt der Schutzleute beträgt: M. 1950 bis 2800, der Wachtmeister M. 2200 bis 3200, der Oberwachtmeister M. 2600 bis 3500.

W. H. 200. 1. u. 2. Die Antwort finden Sie in Nr. 47. 3. Das ist ein Zeichen für den Lokomotivführer.

Frau H. 90. Wenn Vorstellungen nichts helfen, dann bleibt nichts weiter übrig, als zu kündigen.

A. K. 12. Nein. Astronomisch fängt der Frühling auf der nördlichen Halbkugel der Erde mit dem Augenblick an, in dem die Sonne beim jährlichen Aufsteigen von Süden nach Norden in den Aequator tritt und endigt, wenn die Sonne ihre größte Deklination erreicht hat, dauert also bei uns vom 20. oder 21. März bis zum 21. Juni.

Die beiden Scholeser 152. 1. und 2. Ja.

Kahn 11. Das Blatt führt jetzt den Namen „Die Schiffahrt“ und erscheint noch in demselben Verlage.

2 aus der Sonninstraße. Der Montblanc erhebt sich (den Gipfel auf französischem Gebiet) an der Grenze des französischen Departements Haute-Savoie und der italienischen Provinz Turin.

Charles 53. 1. und 2. Sie können nur dann Entschädigung beanspruchen, wenn der Kontrakt auf eine bestimmte Zeit geschlossen ist. 3. und 4. Der Schaden muß nachgewiesen werden.

Oeffentlicher Wetterdienst.

(Dienststelle Hamburg, Deutsche Seewarte).

Witterungsübersicht vom 25. Februar 1913.

Auf der nördlichen Seite des gestern morgen von Südosteuropa nach der Nordsee reichenden Hochdruckgebiets hatte unser Bezirk teils trübes, teils heiteres, trockenes Wetter mit durchschnittlich wenig veränderter Temperatur bei meist schwachen südwestlichen Winden; die Temperatur stieg auf 4 bis 8 Grad, die Nacht brachte wieder überall Frost, stellenweise bis zu 7 Grad. Heute morgen ist das Wetter ziemlich heiter und bis auf den kälteren Norden Schleswigs die Temperatur gegen gestern wenig verändert bei schwachen südlichen Winden.

Das Hochdruckgebiet hat bei wenig veränderter Lage seines Kernes etwas an Höhe abgenommen und seinen Ausläufer von der Nordsee ostwärts verlagert, während das gestrige Tiefdruckgebiet über Nordosteuropa nach Rußland abgezogen ist. Das ozeanische Tiefdruckgebiet zeigt einen neuen Tiefdruckausläufer südwestlich von Irland.

Auf der Vorderseite des ozeanischen Tiefdruckgebiets ist bei schwachen bis mäßigen Winden aus südlichen Richtungen zeitweise nebliges, zunächst noch teilweise heiteres Wetter mit Temperaturen über dem Gefrierpunkt am Nachmittag zu erwarten.

Aussicht für die Witterung am 26. Februar 1913.

Zeitweise neblig, schwache südliche Winde ohne erhebliche Niederschläge, nachmittags Tauwetter.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 25. Februar, mittags 12 Uhr.

Thermometer (° C.)			Barometer (mm)	Wind	Atmosphäre
Normal	Maximum	Minimum			
+ 6,6	+ 8,0	— 0,5	764,5	SW	schön

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg
am 26. Februar.

Morgens: Flut 4,25. Ebbe 9, 1. | Abends: Flut 4,52. Ebbe 9,30.

Marktbericht.

Hamburg, den 25. Februar 1913.

Schweinemarkt.

Auftrieb: 5700 Stück. Handel rege.

	Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht	Lebendgewicht nach Abzug nebenstehend. Tara
Beste, schwere, reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 pZt.	61 —61½	76 —77
mittelschwere Ware, von 240 bis 260 Pfd., Tara 20 pZt.	61 —61½	76 —77
Mittelware, von 200 bis 240 Pfd., Tara 22 pZt.	59½—60	76½—77
gute, leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 pZt.	59½—60	76 —77
geringere Ware, Tara 24 pZt. . . .	53 —57	70 —75
beste Sauen, Tara 20 pZt. . . .	59 —60	74 —75
geringere Sauen, Tara 22 pZt. . .	54½—57	70 —73

Anläßlich des Osterfestes wird der auf Donnerstag, den 20. März fallende Markt für Rinder und Schafe auf Mittwoch, den 19. März 1913, und der auf Dienstag, den 25. März, fallende Kälbermarkt auf Mittwoch, den 26. März 1913, verlegt.

Kälbermarkt.

Auftrieb 1062 Stück. Herkunft: Hannover 838 Stück, Mecklenburg 79 Stück, Schleswig-Holstein 145 Stück.

	Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht	Schlachtgewicht
Doppellender bis zu 4 Monaten alt	90—102	129—146
feinste Mastkälber 1. Qualität	71— 76	121—127
mittlere „ 2. „	64— 70	115—118
geringe „ 3. „	54— 63	98—110

Handel schlank.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8½ Uhr: **Dritter Wahlkreis, Distrikt Borgfelde, Hamm, Horn,** bei Ritter, Borstelmannsweg 164. — Abends 9 Uhr: **Transportarbeiter,** im Gewerkschaftshause. — **Klempner,** im Gewerkschaftshause.

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8½ Uhr: **Stellmacher,** im Gewerkschaftshause. — **Maurer,** in Risses Säle, Valentinskamp 73/74. — **Steinträger,** im Gewerkschaftshause.

Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr: **Gemeinde- und Staatsarbeiter,** im Gewerkschaftshause. — Abends 8½ Uhr: **Verband freier Krankenkassen,** im Gewerkschaftshause. — **Zimmerer,** bei Horn, Hohe Bleichen 30. — Abends 9 Uhr, **Bauschlosser, Eisenkonstruktion und Baugeschäfte,** bei Rehbehn, Valentinskamp 73/74. — **Feinmechaniker und chirurgische Branche,** im Gewerkschaftshause.

Sonnabend, den 1. März, abends 8½ Uhr, **Drechsler,** bei Baucke, Kohlhöfen 23. — Abends 9 Uhr: **Flußmaschinisten,** bei Aldag, Neimarusstraße. — **Flußdampf- und Motorschiffer,** bei Hagelstein, Schlachterstraße 43.

Krankenkassen:

Mittwoch, den 26. Februar, abends 9 Uhr: **Kranken- und Sterbekasse „Die blühende Hoffnung“, E. H. 44, früher: Kutscherverein,** bei Horn, Hohe Bleichen.

Donnerstag den 27. Februar, abends 8½ Uhr: **Sterbekasse „Brüderschaft am Stadtdeich“,** bei Hannemann, Bankstr. 51/53. — **Kranken- und Sterbekasse „Morgenstern“,** bei Baus, Besenbinderhof.

Wasserstand der Oberelbe.

Aussig	25. Februar	+ 0,00 m	Barby	25. Februar	+ 1,50 m
Dresden . .	25. „	— 1,40 m	Magdeburg .	25. „	+ 1,20 m
Torgau . . .	25. „	+ 0,54 m	Wittebergen .	25. „	+ 2,04 m
Wittenberg .	25. „	+ 1,67 m	Lenzen	25. „	+ 2,26 m

Auktionen.

26. Februar.

9½ Uhr: Elbstraße 9, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ Alterwall 48, Teppiche, Kunstsachen (Emil Mühlenpfordt).
10 „ Rödingsmarkt 82, Herrenstoffe (Adolph L. Elsas).
10 „ Stiftstraße 21, Herrenkonfektion, Zigarren, Mobilien (Gerichtsv.).
10 „ Mittelweg 35, Mobilien usw. (C. F. Albers).
10 „ Rotenbaum-Chaussee 1, Mobilien (Gerichtsv.).
10½ „ Altona, Präsidentenweg 19, Manufaktur-, Wäsche- und Wollwaren (Hermann Prieß).
10½ „ Altona, Gr. Bergstraße 205, Manufakturwaren, Wäsche, Holländ. Waren usw. (Nathan Vogel, Heinrich Glasow).
11 „ Kantstraße 27, Ladeneinrichtung (Siegm. Lion).
11 „ Hellkamp 43, Hausstandswaren (Paul Czimiok).

Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 48.

Mittwoch, den 26. Februar 1913.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Gutachten der Schulsynode zum neuen Unterrichtsgesetz.

In der Plenarversammlung der Schulsynode, die Montag in der Aula des Johanneums stattfand, wurde zunächst die Abstimmung über den Antrag Weihrauch: In besonders wichtigen Fällen sind Urabstimmungen aller synodalberechtigten Lehrer vorzusehen, wiederholt. Der Antrag wurde angenommen. Dann stimmte die Versammlung dem Vorschlage des Ausschusses zu: Die Sitzungen der Schulsynode und ihrer Sektionen sind öffentlich. Damit ist der Abschnitt V des Gutachtens, der über die künftige Gestaltung der Schulsynode handelt, erledigt.

Die Beratung wendete sich nun den ehrenamtlichen Schulverwaltungsbehörden zu. Der Synodalausschuß hatte beantragt:

Für jede Schule und für jeden Schulbezirk sind ehrenamtliche lokale Verwaltungskörper einzurichten: für jede Schule ein Schulvorstand, für jeden Schulbezirk eine Schulkommission. Die Verwaltungsorgane unterstehen der Aufsicht der Oberschulbehörde. Sie gehen aus der freien, nach den Grundsätzen des Proportionalwahlsystems geregelten Wahl der Eltern und Lehrer hervor, und zwar wählen Eltern und Lehrer ihre Vertreter gesondert. Namentlich darf das weibliche Geschlecht von dem Wahlrecht nicht ausgeschlossen sein. Die Gewählten verwalten ihr Amt drei Jahre.

Der **Schulvorstand** besteht aus drei Lehrern (Lehrerinnen), einschließlich des Schulleiters, und sechs Vertretern der Eltern. Der Schulvorstand an minderklassigen (ein- bis dreiklassigen) Schulen besteht aus sämtlichen festangestellten Lehrern und doppelt so viel Eltern, als die Schule Klassen hat. Der Schulvorstand hat alle Angelegenheiten der äußeren Schulverwaltung zu erledigen. Er hat ferner alle innerhalb des Schulbereichs neben der Schule bestehenden, auf das körperliche, geistige und sittliche Wohl der Jugend gerichteten Bestrebungen in Verbindung mit der Schule und ihren Einrichtungen zu organisieren und zu fördern, insbesondere a) die auf das körperliche Wohl gerichteten Fürsorgebestrebungen (Ferienwohlfahrt, Schulspeisung, Schulwanderungen und freie Wanderungen, Jugendspiele auf Spielplätzen und in den Räumen der Schule, Bäder usw.); b) die Verwaltung der mit der Schule verbundenen Hilfseinrichtungen (Kindergarten, Kinderhort, Lese- und Arbeitszimmer, Büchersammlung u. a. m.); c) der Schulvorstand hat das Interesse für die Erziehung in dem Schuldistrikt zu beleben durch Organisierung einer Elterngemeinschaft, durch Elternabende, durch gemeinschaftliche Veranstaltungen von Lehrern, Eltern und Schülern; d) ferner soll er der schulentlassenen Jugend ein Berater, Führer und Förderer sein und das Gemeinschaftsleben der Schüler auch über die Schulzeit hinaus hegen und pflegen.

Die **Schulkommission** besteht aus fünf Lehrern und zehn Vertretern der Eltern. Die Mitglieder müssen den Schulvorständen des Bezirks angehören oder angehört haben. An den Sitzungen der Schulkommission nimmt ein Vertreter der Oberschulbehörde mit vollem Stimmrecht teil. Die Tätigkeit der Schulkommission erstreckt sich auf folgendes: a) Sie erwerben sich eine genaue Kenntnis des Schulwesens des Bezirks; in Gemeinschaft mit den Schulvorständen beraten sie die Fragen des Schulwesens und sorgen für die Abstellung von Mißständen; b) sie verhängen Ordnungsstrafen für die Eltern, die die Pflichten, die Schulgesetz und Schulordnung ihnen auferlegen, nicht erfüllen; c) sie ordnen nach den Vorschlägen der Schulvorstände die weitere soziale Fürsorge für die Jugend, insbesondere die Unterbringung der Schüler in Hilfs- und Wohltätigkeitsanstalten; d) sie beantragen den Bau von Schulen, die Errichtung öffentlicher Spielplätze u. a. m. Die ausführenden Behörden haben dabei die von den Schulkommissionen übereinstimmend ausgesprochenen Forderungen nach Möglichkeit zu berücksichtigen; e) sie erleichtern den Schulen ihres Bezirks auf alle mögliche Weise die Ausflüge, Besichtigungen usw.; f) die gemeinsamen Konferenzen der Schulkommissionen haben das Recht, bei staatlichen Behörden und den gesetzgebenden Körperschaften Anträge zu stellen, die sich auf das Leben der Jugend beziehen, insbesondere auf die gewerbliche Beschäftigung der Schulkinder, auf die Arbeits- und Fortbildungsunterrichtszeit der schulentlassenen Jugend, auf die Regelung der Vormundschafts- und Waisenpflegeangelegenheiten, auf die gerichtliche Behandlung jugendlicher Gesetzesübertreter und den Strafvollzug an denselben; g) die Schulkommissionen bilden für den einzelnen Schulbezirk, der von der gemeinsamen Konferenz aller Schulkommissionen eingesetzte Zentralausschuß für das ganze Staatsgebiet das Organ aller Jugendpflegebestrebungen. (Theater- und Konzertaufführungen für die schulentlassene Jugend; Unterhaltungs- und Leseabende in den einzelnen Stadtteilen; Spiele und Wanderungen; Besichtigungen und Führungen; Vorträge und Vortragszyklen.)

Diese Anträge wurden durch H. Schumann in einer großzügigen Rede begründet. Es handelt sich um die Beseitigung der Bureaukratie und ihre Ersetzung durch eine demokratische Schulverwaltung. Die Schädlichkeit der ersteren wird kaum noch bestritten. Der Kulturwert der Demokratie im allgemeinen erfreut sich steigender Schätzung. Lehrerverein und Schulsynode haben bereits mehrfach ausgesprochen, daß sie in einer demokratischen Schulverwaltung das Fundament der neuen Schule erblicken. Aber die Lehrerschaft will keine sprunghafte Aenderung des Bestehenden, sondern eine allmähliche, organische Entwicklung. Ihre Vorschläge knüpfen deshalb an das bestehende Schulgesetz an, und fordern die demokratischen Verwaltungsorgane nur unter stärkster und vorsichtigster Einschränkung und Aufsicht von oben. Sehr wirksam wird jede etwaige Absicht einer demokratischen Ausartung zudem zurückgedrängt durch die innere Beschränkung, die im Wesen der Erziehung liegt. Immer wird das Interesse am Kinde im Vordergrunde stehen, von diesem Punkte aus werden sich alle Bestrebungen der Eltern orientieren. Bis jetzt haben die Eltern ja nur reden und wünschen dürfen; sobald sie zur selbstverantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden, wird sich erst recht zeigen, daß sie sich durchweg und rein sachlich von der Sorge für die Bildung ihrer Kinder leiten lassen. Der Glaube an die Erziehung ist überall im Volke im wachsen. Dieser Glaube will aktiv werden! Haus und Schule müssen zu einheitlichem Wirken zusammengefaßt werden. Eine umfassende Organisation muß geschaffen werden, das liegt im ureigensten Interesse der Schule. Die Anträge des Ausschusses stellen einen bescheidenen Anfang vor, aus dem sich die demokratische Schulverwaltung unter günstigen Umständen mit der Zeit entwickeln könne. — Alexander Krohn hielt eine lange, ebenso pathetische wie krause Rede, in der er die Elterngemeinschaften als sozialdemokratische Gründungen verdächtigte und dem „Hamburger Echo" wegen des „ungebührlich großen Raumes", den es den Schulfragen widme, sonderbare Vorwürfe machte. Er verlangte die Streichung der Elterngemeinschaften aus dem Gutachten. Nachdem diese von Ballerstaedt, Koester, v. Borstel und Schumann sehr warm aus ihrer Erfahrung heraus verteidigt und als notwendig erwiesen worden waren, wurde der Streichungsantrag Krohn gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Anträge des Ausschusses gelangten zur Annahme.

Nun folgte: Die Schulaufsicht und die Schulleitung.

Die Schulaufsichtsbeamten der Oberschulbehörde haben die Gesetzlichkeit der Schularbeit im öffentlichen Schulwesen zu überwachen. Die Berufung zum Schulaufsichtsbeamten für eine bestimmte Art von Schulen setzt eine mindestens zehnjährige Lehrtätigkeit an solchen Schulen voraus. Die unterste Schulaufsichtsinstanz ist der Schulinspektor. Der Schulinspektor hat seine Revisionsberichte, soweit sie allgemeiner Natur sind, dem Kollegium der inspizierten Schulen in einer Konferenz vorzulegen, soweit sie sich auf einzelne Lehrer oder Lehrerinnen beziehen, den Beteiligten schriftlich zu übermitteln. Sowohl die Kollegien wie die einzelnen Lehrpersonen haben das Recht, Richtigstellungen, Ergänzungen oder Erklärungen hinzuzufügen.

Für die geschäftliche Leitung einer jeden Schule wird ein Schulleiter bestellt, der sein Amt als Ehrenamt verwaltet und seinen Mitarbeitern nebengeordnet ist. Er wird vom Kollegium für drei Jahre erwählt. Jeder festangestellte Lehrer kann zum Schulleiter gewählt werden. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch die Oberschulbehörde. Die Fragen des inneren Schulbetriebes (Lehrplan, Schulzucht usw.) unterliegen der Beschlußfassung durch die Lehrerkonferenz. Auch die Einführung der Lehrbücher ist Angelegenheit der einzelnen Lehrerkollegien; doch sind die Bücher aus einem von Behörde und Schulsynode aufgestellten Grundstock auszuwählen. Die Befugnisse und Obliegenheiten der Inspektoren, Schulleiter und Lehrer werden durch besondere Dienstvorschriften geregelt. Bei allen von der Behörde zu erlassenden Dienstvorschriften und Verfügungen ist auf die durch das Wesen des pädagogischen Amtes bedingte Selbständigkeit weitestgehende Rücksicht zu nehmen, insbesondere darf die freie Entwicklung der Methode nicht gehindert werden.

Als das Charakteristische hob Ballerstaedt aus diesen, darauf ohne weitere Debatte angenommenen Vorschlägen die konsequente Durchführung der pädagogischen Freiheit des Lehrers hervor. Während im industriellen Großbetrieb die entscheidende Kapazität in der Oberleitung liegt, kommt im Schulwesen alles auf den Arbeiter in der untersten Instanz, auf den Lehrer in der Klasse an. Dafür, daß dieser alle Anforderungen seines Berufes erfüllt, hat einerseits die Sorgfalt der Auswahl und der Ausbildung der Lehrerpersönlichkeiten, anderseits die Fernhaltung alles dessen, was seine Berufsfreudigkeit gefährdet, zu sorgen. Durch bureaukratische Vorgesetzte wird im letzten Grunde nichts erreicht. Darum soll nach den obigen Anträgen der Schulinspektor nicht Vorgesetzter, sondern nur Schulaufsichtsbeamter sein, der über die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen in der Schule wacht. Von den Verwaltungsgeschäften soll er ganz entlastet werden; dagegen soll er seine Hauptaufgabe in der lebendigen Anregung der Lehrer finden, in der in seiner Person sich ständig vollziehenden Durchdringung von pädagogischer Theorie und Praxis. — Der Rektor in der heutigen Form wird nach den Vorschlägen des Ausschusses abgeschafft. Ein vom Kollegium auf Zeit gewählter, selbst eine Klasse führender, kollegialischer Schulleiter tritt an seine Stelle.

In bezug auf die Schulpflichtigkeit wird beantragt: Den Eltern, Vormündern oder Pflegeeltern liegt die Verpflichtung ob, dafür zu sorgen, daß ihre Kinder, Mündel oder Pflegebefohlenen mindestens den Unterricht der Volksschüler erhalten. Die Schulpflichtigkeit erstreckt sich vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Jahre. In die öffentlichen Schulen werden die Kinder vor dem vollendeten sechsten Jahre nicht aufgenommen, dagegen ist der Schulbesuch über das vierzehnte Jahr hinaus gestattet. Die Entlassung derjenigen Schüler, welche das schulpflichtige Alter vollendet haben, erfolgt ausschließlich mit Ende März. Es bleibt den Eltern, Vormündern oder Pflegeeltern unbenommen, ihren Kindern, Mündeln oder Pflegebefohlenen allein oder in Verbindung mit andern Kindern durch häuslichen Unterricht die erforderliche Bildung geben zu lassen, doch haben sie der Schulbehörde alljährlich den Nachweis zu liefern, daß die Ausbildung der betreffenden Kinder mindestens derjenigen der Volksschüler entspricht.

Kinder, die wegen Kränklichkeit oder Schwäche des Körpers die Schule zu besuchen verhindert sind, können von Erfüllung der Bestimmungen über die Schulpflichtigkeit entbunden werden. Es ist eine ärztliche Bescheinigung beizubringen. Kinder, die infolge schwacher Befähigung oder eines Gebrechens in der Volksschule nicht genügend gefördert werden können, müssen eine ihrem Zustande angepaßte Sonderschule (Hilfsschule, Schwerhörigen-, Stotterer- usw. Schule) besuchen. Ueber die Einschulung in die entsprechende Schule entscheidet eine von der Oberschulbehörde eingesetzte Kommission. Für diese Kinder kann die Schulpflicht bis auf den auf Vollendung des sechzehnten Lebensjahres folgenden Schluß des Schuljahres verlängert werden, wenn sie das Ziel der Schule nicht erreicht haben. Bildungsunfähige Kinder sind vom Unterricht auszuschließen.

Kinder, die ihre Mitschüler sittlich gefährden, müssen unter Umständen sofort aus der Volksschule entfernt und besonderen Anstalten überwiesen werden können. Der Entscheid über die vorläufige Entfernung aus der Volksschule steht dem Schulvorstand zu. Bis zur Fällung dieses Entscheides kann das betreffende Kind auf Beschluß des Kollegiums vom Schulbesuch dispensiert werden. Die endgültige Erledigung eines solchen Falles erfolgt durch die Behörde für Jugendfürsorge.

Der letzte Satz ist nach dem Vorschlage Puls', den der Vorsitzende sich zu eigen machte, verbessert. Die Bestimmung über die Dauer der Schulpflicht (unverändert wie jetzt) hatte Grünewald zu verteidigen gegen Bloh, der die Verlängerung der obligatorischen Schulzeit bis zum fünfzehnten Jahre und außerdem ein Pflichtjahr für alle fünfjährigen Kinder im Kindergarten verlangte. Namentlich der erstere Antrag hat theoretisch-pädagogisch sehr viel für sich. Aber aus wirtschaftlichen Bedenken und im Hinblick auf die Fortbildungsschule lehnte die Synode nach längerer Debatte in später Stunde die Anträge Bloh ab und entschied sich für die des Ausschusses. — Der letzte Abschnitt des Gutachtens, der sich speziell mit der künftigen Gestaltung des Religionsunterrichts befaßt, konnte wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit nicht mehr verabschiedet werden.

Tages-Bericht.

Dienstag, 25. Februar.

Hamburg.

Der alte Nagel gestorben.

Im hohen Alter von 94 Jahren ist am Montag Genosse Wilhelm Gerhard Nagel, „der alte Nagel", wie er kurzweg genannt wurde, gestorben. Er gehörte zu den Veteranen der Arbeiterbewegung und in den sechziger Jahren, als in Hamburg die moderne proletarische Bewegung sich zeigte, spielte er eine nicht unbedeutende Rolle. In der kleinen Druckerei, die er damals besaß, wurden Propagandaschriften, aber auch die nicht wenigen Streitschriften gedruckt, in denen sich die verschiedenen Richtungen bekämpften. Nagel mußte späterhin sein eigenes Geschäft aufgeben und arbeitete dann als Schriftsetzer in verschiedenen hiesigen Druckereien, bis er dauernde Stellung in der Druckerei der sozialdemokratischen Partei, jetzt Auer & Co., erhielt. Jahrzehntelang hat er bei uns gearbeitet und erst seit einigen Jahren, als sich die Altersschwäche bei dem Neunzigjährigen doch bemerkbar machte, blieb er dem Setzkasten fern. Nun ruht er aus von einem arbeitsreichen Leben. Mit ihm ist wieder einer dahingegangen, der in sich ein Stück Parteigeschichte verkörperte und in unsere Generation hineinragte wie ein Denkmal der Vorzeit. Wenn der alte Nagel gelegentlich von seinen Erlebnissen erzählte und dabei längst geschichtlich gewordene Namen erwähnte, als ob deren Träger mit in der Tafelrunde säßen, hatte er Auge und Ohr der Jüngeren, denen er ein lebendiges Bild der Anfänge der Arbeiterbewegung entwarf. Aus allen den Wirren und Stürmen, aus all dem Streit und Zank, die er miterlebt und mitgemacht hatte, brachte er die gefertigte sozialdemokratische Ueberzeugung hinüber in die neue Zeit. Wohl das älteste Mitglied der sozialdemokratischen Partei, ist er nun geschieden. Keiner von den Großen, keiner von denen, die die leuchtende Fackel entzündeten; aber ein braver Soldat, der in Reih und Glied stand und seine Pflicht tat, immer und allezeit. Und am Grabe des Alten steht die Jugend, dankend und ehrfurchtsvoll!

Ein französischer Bürgermeister gegen den Krieg.

Die Friedensgesellschaft veranstaltete am Montag eine öffentliche Versammlung, in der ein französischer Bürgermeister, Herr Professor Emile Riquiez, über „Krieg und Frieden" sprach. Die für Deutschland wohl ziemlich ungewöhnliche Gelegenheit, einen für den Weltfrieden Propaganda machenden Bürgermeister kennen zu lernen, hatte eine große Zahl von Hörern nach dem weißen Saale des Curiohauses gelockt. Die sympathischen und überzeugenden Ausführungen des Redners lassen sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: In allen Ländern gibt es Tierschutzvereine; sehr viel wichtiger wäre der Menschenschutz; denn im 19. Jahrhundert sind etwa 15 Millionen junger blühender Männer durch die Kriegsgeißel dahingerafft. Die Greuel eines zukünftigen europäischen Krieges, hervorgerufen durch Wunder der Technik, wie z. B. Gewehrmaschinen, die 600 Schüsse in der Minute abgeben, sind unbeschreiblich entsetzlich und würden die Kultur auf Jahre zurückschrauben. Darum sollte alles daran gesetzt werden, einen Krieg zu verhüten. Franzosen und Deutsche sollten sich nicht nur kennen und beurteilen lernen nach den Hetzartikeln gewissenloser Zeitungen. Das französische Volk will keinen Krieg und hofft, daß es keinen mehr geben wird. Es seufzt ebenso unter der Last des bewaffneten Friedens wie das deutsche. Mit dem ewigen Wettrüsten stürzen sich fast alle Völker blindlings ins Verderben. Mit wahrem Patriotismus hat der Rüstungswahnsinn nichts gemeinsam. Es gibt kein patriotischeres Volk als die Schweizer, und doch unterhalten sie nur ein Milizheer. Nicht Soldaten, Paraden, Rüsthäuser, Mitrailleusen und Kanonen machen die wahre Größe eines Landes aus, sondern diese besteht in dem Wert des Unterrichts und der Erziehung, in der Macht des Handels, in Gewerbe, Handwerk, Kunst, in der sittlichen Kraft seiner Bewohner und der Zahl der Dichter und Denker. Die Helden der Arbeit, die tief unten im Schachte wirken, sind viel höher einzuschätzen als die sogenannten Kriegshelden. Wer den Frieden will, bereite den Frieden. Der Balkankrieg hat aufs neue bewiesen, daß die am Marke des Volkes zehrenden Rüstungen den Frieden gar nicht sichern, sondern den Wunsch nach ihrer Verwendung erhöhen. Aus dem Balkankrieg ergibt sich aber auch ein erhöhter Abscheu vor dem Krieg. Kein Mann des Volkes will den Krieg, und die französischen Friedensfreunde entbieten ihren deutschen Gesinnungsgenossen herzliche und brüderliche Grüße. Ueber 100 000 französische Lehrer und Lehrerinnen sind Gegner des Krieges. Es ist nicht wahr, wenn das „Hamburger Fremdenblatt" am Sonntag schreibt, der Gedanke an die neuen deutschen Wehrvorlagen läßt die Franzosen keine Nacht mehr ruhig schlafen. Wenn Frankreich und Deutschland keinen Krieg mehr wollen, ist es dann nicht ein Wahnsinn, ungeheure Summen für Rüstungen auszugeben? Alle Konfliktsfragen sollten einem internationalen Schiedsgericht vorgelegt werden. In Frankreich erscheint diese Forderung als die ernsthafteste soziale Aufgabe. Alle gegenteiligen Ansichten gehen aus von einigen mißliebigen, chauvinistischen Schreiern. Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften und herzlichen Beifall. Er rezitierte im Anschluß an den Vortrag eine von ihm gedichtete Ode an Schiller in französischer Sprache. Die anschließende Diskussion nahm zeitweilig einen recht stürmischen Verlauf, besonders als ein alldeutscher Schreier, Herr Mumme, in geradezu aufreizender Weise sich gegen den Redner und die Versammlung benahm. Im übrigen stimmten die meisten Diskussionsredner mit dem Vortragenden überein. Nur ein Herr Radlof machte recht krause Ausführungen gegen die deutsche Sozialdemokratie, die „ein geradezu gefährliches Organ der Friedensbewegung" sei. (!) Gegen wenige Stimmen wurde zum Schluß folgende Resolution angenommen:

„Die von 450 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Hamburg-Altona, fordert die Anbahnung einer Entente cordiale mit Frankreich. Sie ist der festen Ueberzeugung, daß trotz der gewissenlosen Hetzereien der chauvinistischen Presse in Deutschland und in Frankreich eine Verständigung zwischen den beiden Völkern möglich ist, daß aber der Wetteifer in der Vergeudung des Nationalvermögens für Rüstungszwecke nicht der richtige Weg zur Sicherung des Friedens ist. Anstatt durch diesen falschen Weg fortgesetzt Mißtrauen, Kriegsfurcht und feindselige Gesinnung zu erzeugen, sollten die Regierungen sich über eine Einschränkung der Rüstungen verständigen und im Interesse der Menschlichkeit und der Kultur freundschaftlich zusammenwirken.

Vom Streikbrecheragenten Knoth.

Das Landgericht Hamburg hat am 21. Oktober v. J. den Stellenvermittler Ludwig Knoth wegen Betrugs in drei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte betrieb das Gewerbe eines Stellenvermittlers und zwar bestand seine Haupttätigkeit darin, daß er bei ausgebrochenem Streik Arbeitswillige beschaffte, wofür er eine bestimmte Provision, meist M. 8—10 für den Mann, erhielt. So sandte er auch Ende des Jahres 1910 der Schuhfabrik Dorndorf in Breslau, bei der damals ein Streik ausgebrochen war, 37 Mann zu mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß alle Leute gelernte Schuhmacher seien. In Wirklichkeit aber waren nur zwei unter ihnen gelernte Schuhmacher, während die übrigen 35 nicht zu gebrauchen waren und deshalb wieder fortgeschickt werden mußten. Der Angeklagte aber hatte bereits seine Provision liquidiert und erhalten. Ebenso verfuhr der Angeklagte bei der Beschaffung von Arbeitskräften für eine Stoffabrik in Thüringen sowie für eine Wagenfabrik in Stolp. In dem einen Falle erhielt er M. 600, in dem anderen M. 1000 Provision für zum größten Teil unbrauchbare Arbeiter. In seiner gegen das Urteil eingelegten Revision bemängelte der Angeklagte, daß das Urteil sich nicht über die Zubilligung der mildernden Umstände auslasse. Zudem lasse es nicht die Bildung der Gesamtstrafe erkennen. Das Reichsgericht verwarf indessen heute die Revision als unbegründet.

Der Vollstreckung der Strafe hat sich Knoth bekanntlich durch die Flucht entzogen. Die Staatsanwaltschaft hat einen Steckbrief hinter ihm erlassen. Auffällig ist, daß man ihn nicht in Haft behielt, da er außer der über ihn verhängten, jetzt rechtskräftig gewordenen Strafe noch wegen mehrerer anderer Betrugsfälle Bestrafung zu gewärtigen hatte. Streikenden Arbeitern, die wegen Streikvergehens verurteilt sind, pflegt man die Flucht nicht so leicht zu machen.

Im Submissionswege ist übertragen worden: Lieferung des Jahresbedarfs an Zinkweiß, Bleiweiß, Bleimennige, Asphaltlack für die Gaswerke an Bathel u. Meßstorff, J. D. Flügger. Herstellung eines zerlegbaren und transportablen Baubureaus für die Wasserbauinspektion Cuxhaven an Geerdts u. Hass, Cuxhaven.

Allgemeines Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Mittwoch, den 26. Februar. Soweit nicht besonders bemerkt, finden die Vorlesungen im Vorlesungsgebäude statt. Oeffentliche Vorlesungen. Philosophie. Hauptpastor Professor D. Dr. Hunzinger: Hauptprobleme der Religionsphilosophie. Letzter Vortrag. Die religiöse Lage der Gegenwart. 8 bis 9 Uhr abends, Hörsaal A. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Literatur und Sprachwissenschaften. Professor Dr. Borchling: Die skandinavische Literatur des 19. Jahrhunderts bis 1870. Die dramatischen Anfänge Ibsens und Björnsons. 8 bis 9 Uhr abends, Hörsaal C. Einlaßkarten nicht erforderlich. Dr. Wagner: L'Inferno di Dante. Letzter Vortrag. In italienischer Sprache. 7 bis 8 Uhr abends, Hörsaal C. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Kunstwissenschaft. Dr. Ing. Ranck: Künstlerische Probleme des Städtebaues. Mit Lichtbildern. 8 bis 9 Uhr abends, Hörsaal B. Einlaßkarten nicht erforderlich.

Technisches Vorlesungswesen. Schul- und Museumsgebäude, Steintorplatz. Mittwoch, 26. Februar. Cohn: Differentialgleichungen und ihre Anwendung in der Technik. Von 8 bis 9½ Uhr. Marine-Chefingenieur a. D. Slauck: Bordelektrotechnik. Von 6 bis 7½ Uhr. Ingenieur Richter: Die autogene Metallbearbeitung (Vorlesung). Von 8 bis 9½ Uhr. Hempel: Perspektivische Konstruktionsverfahren und Darstellungsweisen unter besonderer Anwendung auf Außen- und Innenarchitektur. Von 6½ bis 8½ Uhr. Harris: Technisches Englisch, I. Von 8 bis 9½ Uhr. Dr.-Ing. Achof: Untersuchungsverfahren im Maschinenbau. Von 8 bis 9½ Uhr.

Noch gut abgelaufen ist ein aufregender Vorfall, der sich Sonntag abend in der Langereihe abspielte. Ein Schlachterbursche war unter einen Straßenbahnwagen geraten und wurde eine größere

Theater und Musik.

Singakademie.

Die Singakademie und ihr Leiter Professor Barth haben sich in ihrem dritten diesjährigen Konzert an ein Werk gewagt, das nicht zu ihrem Arbeitsgebiet gehört, für dessen Wahl und Ausführung ihnen aber, wenn es derartiges gäbe, eine öffentliche Auszeichnung gebührte. Es handelt sich darum, auf einen in Hamburg und wohl an vielen andern Orten auch nahezu gänzlich vergessenen deutschen Meister mit allem Nachdruck wieder hinzuweisen. Der Name Peter Cornelius ist von den Programmen der Konzerte verschwunden; daß seinen Liedern in der Hausmusik ihr Platz eingeräumt wird, ist kaum anzunehmen. Seine erste Oper „Der Barbier von Bagdad" ist 1858 zuerst durch den großherzigen Liszt in Weimar aufgeführt worden, mit totalem Mißerfolg. Der Widerstand, der sich zu einem Theaterskandal auswuchs, richtete sich allerdings mehr gegen die neudeutsche Schule und ihr derzeitiges Haupt Franz Liszt als gegen Cornelius. Doch für diesen hatte er die fatale Folge, daß sein Werk vergessen wurde und erst viel später auf den Bühnen erschien. Immer ohne nachhaltige Wirkung; die Bearbeitungen von Felix Mottl und Hermann Levi haben das Ergebnis kaum verbessern können. Das Hamburger Stadttheater brachte den Barbier dreimal, zuletzt vor acht Jahren; es werden sich aber des Werkes nur wenige erinnern. Ueber die seltsame Geschichte der Oper und die Bedeutung der Bearbeitungen, deren Darstellung hier zu weit führen würde, kann man sich bequem unterrichten aus der kleinen aber netten Cornelius-Biographie von Edgar Istel, die bei Reclam zu haben ist. Wir halten uns, da wir das Original nicht kennen, an die Bearbeitung von Felix Mottl, die der heutigen Aufführung durch die Singakademie zugrunde lag. Da die Theater versagen, haben einige Chorvereine die Oper in den Konzertsaal verpflanzt, nunmehr auch die Singakademie, die damit dem Namen Cornelius zu neuem Glanze verholfen hat, über dessen Dauer man sich wohl kühnen Hoffnungen nicht hingeben wird. War doch die Hauptprobe am Sonntag recht mäßig besucht und nur das Konzert am Montag gut. Die Oper von Cornelius hat eben alle Eigenschaften, die von einer guten, ja vortrefflichen Musik zu verlangen sind; es mangelt ihr nur an der einen, man kann kein Geld damit verdienen, und so wird sie wie so manches andere edle Kunstgut bei dem scharfen Konkurrenzkampf unserer Tage unbarmherzig ausgelesen. Die Zahl derjenigen, die ihre Schönheit zu würdigen wissen, langt nicht, um die Kosten wiederholter Aufführungen zu decken; staatliche oder sonstige Fonds, die bestimmt sind, notleidende Kunstwerte zu retten, gibt es aber nicht, und es besteht zurzeit keine Hoffnung auf die Begründung solcher.

Der Barbier von Bagdad ist eine komische Oper in zwei Aufzügen, deren vortreffliche Dichtung gleichfalls vom Komponisten herrührt. Sie ist oft neben die Wagnersche Meistersingerdichtung gestellt worden und verdient diesen ehrenvollen Platz durch ihre meisterhafte Behandlung des Technischen und durch den warmen, vornehmen Ton, der sie durchzieht. Die Geschichte des Total-Universal-Genies Abul Hassan Ali Eba Bekar aus 1001 Nacht ist mit einem so sicheren Blick für das Feinkomische musikdramatisch bearbeitet, daß eine gute Aufführung ungetrübtes Vergnügen bereitet, dazu mit einer Klarheit und Durchsichtigkeit ausgeführt, die Erstaunen erregt. Die Musik zu den köstlichen Szenen der Oper ist durchaus ursprünglich, sprühend von Geist, Witz und Leben, an geeigneten Partien von inniger Empfindung und blühender Melodik, die bei Wiederholung nur gewinnt. Die technische Mache ist sehr gut, ganz moderner Art, kontrapunktisch einigemal meisterhaft in Anwendung und Durchführung. Wagners Grundsätze sind zu einer Zeit auf das Gebiet des Komischen übertragen, als die Meistersinger noch in weiter Ferne lagen. Die Klugheit des Komponisten beweist der Umstand, daß er auf Geschlossenheit der Form und häufige Anwendung des Zwiegesangs nicht zu verzichten brauchte. Die Aufgabe, dramatische und musikalische Forderungen zugleich zu erfüllen, ist musterhaft gelöst. Cornelius konnte dabei seiner Neigung, sich lyrisch zu entfalten, völlig ungezwungen nachgeben. So ist ein Werk entstanden, das sicher von größter historischer Bedeutung in der Komposition der heiteren Bühnenstücke geworden wäre, wenn man es nur aufgeführt hätte.

Der Barbier von Bagdad erfuhr heute durch die Singakademie im Bunde mit einer Reihe von teils trefflichen Solisten in der Musikhalle eine Aufführung. Eine Oper im Konzertsaal! Mit Verzicht auf die szenischen Vorgänge natürlich! Und doch von größter Wirkung. Ein seltener Vorgang, doch nicht ohne Beispiele. Für Mozarts „Idomeneo" und Mehuls „Joseph" hat man ähnliches vorgeschlagen und auch versucht. Des großen Händels zahlreiche Oratorien sind meist verkappte Opern, die im Konzertsaal gegeben werden. Auch das umgekehrte Verfahren ist schon beliebt worden. Berlioz Fausts Verdammung und Liszts Legende von der Heiligen Elisabeth sind mit Erfolg vom Konzert ins Theater eingezogen. Beim Barbier von Bagdad ist die Aufführung in einem kleineren Theater gewiß vorzuziehen, wenn es gelingt, die bedeutenden Chorpartien gut herauszuarbeiten. Daran aber mag es oft hapern, sind doch allein drei gleichzeitig wirkende Männerchöre erforderlich neben einem Frauenchor. Für unsern Lehrergesangverein, der ja um neue Aufgaben immer sehr verlegen ist, wäre hier ein lohnendes Arbeitsfeld, vielleicht in Gemeinschaft mit dem Lehrerinnenchor. Die Singakademie brachte eine recht lobenswerte Aufführung zustande, doch ist ihr Männerchor etwas schwach besetzt und auch nicht beweglich und wohlklingend genug. Daß alles exakt ging, versteht sich ja bei Barths Leitung von selbst. Von den sechs Solisten gebührt der Preis dem Vertreter der Titelrolle, Herrn Thomas Denys, der mit seiner Behandlung des Komischen überraschte. Mit den italienischen Opern-Rouladen, die er immer weiter ausspinnt, während den halb rasierten Nureddin die Verzweiflung packt, verblüffte er geradezu. Mit großer Zungenfertigkeit zählte er die Verdienste dieses grundgelehrten Barbiers auf: Bin Akademiker, Doktor und Chemiker, Mathematiker und Arithmetiker, bin auch Grammatiker sowie Aesthetiker und so noch anderthalb Seiten weiter. Mit schöner, weicher und biegsamer Stimme sang Herr Globerger den liebeskranken Nureddin. Sehr glücklich gelangen ihm die lyrischen Partien, am besten doch vielleicht das Schmeicheln, als er den endlosen Schwätzer zum Beginn der Arbeit zu bewegen sucht. Ausgezeichnet war das kanonische Duett mit Bostana (Frl. Lißmann), eine Perle der Partitur. Die wichtige Partie der Margiana, der Geliebten Nureddins, hatte Frau Neugebauer-Karoth übernommen, die besonders das große Liebesduell zu erfreulichster Geltung brachte. Herr Roland Hell gab den Kadi mit Sicherheit, etwas trocken im Gesang, Herr Eduard Mayer den Kalifen und im Verein mit zwei ungenannten Herren die Gebetrufe der Muezzin mit großer Wirkung, man erlebt da recht eindringlich ein Stück Orient. Das Orchester spielte seinen interessanten Part, vorab die hinreißend schöne Ouvertüre, mit Hingabe, wenn auch kleine Unstimmigkeiten bei der Begleitung der Solisten nichts Seltenes waren. Die Aufnahme des Werkes war demonstrativ ausgezeichnet; am Montag wurden an Herrn Professor Barths Adresse soviel Kundgebungen gerichtet, wie bei einer Strauß-Premiere im Stadttheater. Die Musikalischen unter den Hörern werden nun aber keinen brennenderen Wunsch haben, als eine erneute Aufführung der Oper zu erleben. Darum ergeht an alle, die es angeht, die dringende Mahnung: „Vergeßt den Barbier nicht!"

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Heiterer Abend im Gewerkschaftshause.

Wenn in den Ernst des Lebens die Freude so ihr Leuchten sprüht und einem wie lachender Sonnenschein so den grauen Alltag verschönt, wie am Montag abend im Gewerkschaftshause, dann ist es kein Wunder, wenn man dankerfüllt derer gedenkt, die sich so gern in den Dienst der Tochter aus Elysium gestellt haben. Herr Alfred Möller, seine Gattin, Frau Thea Möller-Herms, und Frl. Lola Gröger, die sich vollständig umsonst zur Verfügung stellten, sowie Herr Fritz Wischer, Kiel, ein lieber Bekannter und Meister der plattdeutschen Sprache, waren schier unerschöpflich in ihren Darbietungen. Herr Wischer ließ Klaus Groth, Hinrich Fehrs, Fritz Reuter, Heinrich Seidel, Felix Stillfried, J. F. Ahrens, M. Goetze und Alb. Schwarz in bunter Folge zu Wort kommen, und entfesselte solche Lachstürme, wie sie wohl selten den Saal durchbraust haben. Seine feine Charakterisierungskunst feierte wahre Triumphe. Jubelnden Beifall fand auch ein von ihm selbst stammender Scherz: „Warüm de Nachtwächter Detlev Bock nicht mehr tuten deiht". Frl. Gröger sang dann aus Mignon: „Kennst du das Land", so innig und mit so wunderbar klangvoller Stimme, daß ihr alles voll Andacht lauschte und sie mit einem Beifall überschüttete, der sie veranlaßte, noch ein Ständchen von Brahms zu singen. Mit Frau Thea Möller-Herms sang sie dann noch einige Duette, die gleichfalls sehr ansprachen. Frau Möller-Herms erntete dann noch durch einige Lieder und Gedichte heiteren Inhalts reichen Beifall. Auch Herr Alfred Möller zog mit jubelndem Erfolge alle Register seiner Kunst. Sehr fein begann er mit Gustav Falke, dem Presber, Trojan, Max Möller, Hirschberg-Jura und andere folgten, bis die vorgerückte Stunde Einhalt gebot. Den Hörern freilich schien es nicht zu viel werden zu können. Immer und immer wieder rief ihr Beifall die Künstler vor die Rampe.

pn.

Deutscher Hilfsschultag in Bonn.

Am 25.—27. März findet in Bonn der neunte Verbandstag der Hilfsschulen Deutschlands statt. Vorträge aus den Gebieten der Hilfsschulpraxis und der Wissenschaft werden vielfache und wertvolle Anregungen geben und befruchtend und fördernd auf die Hilfsschularbeit einwirken. Einige Vortragsthemen der Tagesordnung, die auch die Allgemeinheit interessieren, sind: Ueber Erkrankungen im Kindesalter, die zum Schwachsinn führen können. Redner: Prof. Dr. Fr. Schultze, Bonn. Die Formen des erworbenen Schwachsinns vom psychiatrischen Standpunkt. Redner: Oberarzt Dr. Lückerath, Bonn. Soziale Fürsorge für die aus der Hilfsschule Entlassenen. Redner: Stadtschulinspektor Henze, Frankfurt a. M. Ist für Schulneulinge im allgemeinen und Hilfsschüler im besonderen Fraktur oder Antiqua zunächst geeignet? Redner: Fr. Soennecken, Bonn. Was soll mit den Kindern geschehen, die sich in der Hilfsschule als nicht genügend bildungsfähig erweisen? Redner: Rektor Schenk, Breslau.

Das Interesse für die geistig Schwachen erwacht immer mehr. Staat und Gemeinde, Pädagogen, Aerzte und Juristen suchen in gemeinsamer Arbeit das Wohl der Schwachbefähigten zu fördern. Neue Hilfsschulen werden gegründet. Selbst in ländlichen Gemeinden beschäftigt man sich schon mit der Frage, wie den schwachbegabten Kindern am besten zu helfen ist. An manchen Orten sind schon besondere Fortbildungsschulen für Hilfsschüler errichtet. Hamburg hinkt hier allerdings, wie auch in anderen Angelegenheiten seines Hilfsschulwesens (siehe die herrlichen Paläste unserer Hilfsschulen) wieder hinterher. Und gerade die nachschulpflichtige Unterweisung unserer Hilfsschüler in besonderen Abteilungen, nicht mit den Schülern der Gewerbeschule zusammen, ist unbedingt notwendig.

Erfolge sind auch schon in der Fürsorge für die Schwachbefähigten in Beziehung auf den Militärdienst und die Rechtspflege zu verzeichnen.

Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, daß die soziale Pflicht immer weitere Kreise zur Teilnahme an diesem edlen Werk wahrer Menschlichkeit zwingt, um diesen Unglücklichen zu helfen. Denn auch die geistesschwachen Kinder müssen zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft gemacht werden. Darum hoffen wir von den Bonner Tagen eine reiche Förderung für die Entwicklung des Hilfsschulwesens.

Verein Hamburgischer Musikfreunde. Wagner-Abend ist die Devise des volkstümlichen Konzertes am Mittwoch, 26. Februar, in der Musikhalle. Das Programm enthält Bruchstücke aus Parsifal, Rheingold, Walküre und Götterdämmerung. Auf alle Eintrittskarten erfolgt ein Zuschlag von 15 ₰. Nächstes volkstümliches Konzert am Sonntag, 2. März.

Strecke mit fortgeschleift, ehe es dem Führer gelang, den Wagen zum Stehen zu bringen. Zum Glück hatte der Schlachterbursche die Geistesgegenwart besessen, sich so an den Wagen anzuklammern, daß er mit einigen Hautabschürfungen davon kam.

Warnung vor Auswanderung nach Albanien. Die Polizeibehörde, Abteilung für auswärtige Angelegenheiten, Inspektion D., erläßt folgende Warnung: Landleute, die von irgend welcher Seite aus zur Auswanderung nach Albanien angeworben sind, werden dringend ermahnt, sich, bevor sie hierfür irgend welche Aufwendungen machen, an die Zentralauskunftstelle für Auswanderer, Berlin, am Karlsbad, zu wenden.

Der Leichenfund in der Marthastraße.

Das Verbrechen an der in einem Koffer als Leiche aufgefundenen Verkäuferin Martha Pickel ist jetzt weiter aufgeklärt. Am Boden des Holzkoffers fand man verschiedene Klebezettel, aus denen hervorging, daß das Gepäckstück durch eine hiesige Speditionsfirma transportiert und früher einmal von Hamburg nach Charlottenburg bei Berlin expediert worden war. Die Polizei zog bei dem Spediteur Erkundigungen ein und erfuhr durch Auffindung eines Duplikatfrachtbriefes, daß der Holzkoffer an einen in Berlin wohnenden Mann namens Masuhr gesandt wurde und daß die Absenderin eine in Altona wohnende Frau war. Zur späten Abendstunde wurde diese Frau aufgesucht. Von ihr erfuhr man, daß der gesuchte Masuhr ihr Zimmerherr gewesen ist und eine Schwester Masuhrs bei der in der Marthastraße 56 wohnenden Frau Bode wohnte. Der nächste Weg war also zur Wohnung der Frau Bode. In dem Heim dieser Frau traf man nicht nur die Schwester Masuhrs, sondern Masuhr selbst an. Die Beamten begannen sofort mit der getrennten Vernehmung der drei Personen. Die Wohnungsinhaberin, die am 16. Oktober 1864 zu Berlin geborene Kartenlegerin, Wahrsagerin und Krankenbehandlerin Bode, geborene Gertler, lebte schon seit längerer Zeit mit dem am 13. März 1878 zu Tilsit geborenen früheren Buchdruck-Maschinenmeister, jetzigen Kaufmann Hugo Alexander Masuhr zusammen. Beide übten ihre Praxis als „Krankenbehandler" gemeinsam aus. Sie inserierten nicht nur in hiesigen bürgerlichen Blättern, sondern ließen auch in auswärtigen Kapitalistenzeitungen Annoncen über ihre umfangreiche Tätigkeit erscheinen. Während die Beamten in der Wohnung der Krankenbehandler und Zukunftspropheten waren, erschienen mehrere Kunden, die kurz verhört wurden. Die Schwester Masuhrs erklärte den Koffer, in dem die Pickel als Leiche aufgefunden wurde, sofort als das Eigentum Masuhrs und gab mit Bestimmtheit an, daß sich der Koffer noch am Sonnabend in der Wohnung befunden habe. Demgegenüber sagten die Bode und der Kaufmann Masuhr aus, daß der Koffer seit langer Zeit auf dem Boden gestanden habe und ihnen dort gestohlen sein müsse. Sowohl die Bode als auch Masuhr wurden wegen dringenden Verdachts, das Verbrechen an der Pickel ausgeführt zu haben, verhaftet. Die Schwester Masuhrs scheint an der ganzen Sache unbeteiligt gewesen zu sein. Am Dienstag erfolgte die Konfrontierung der Bode mit der in der Totenkammer des Hafenkrankenhauses aufgebahrten Leiche. Die B. blieb völlig ruhig und leugnete, irgendwie schuldig zu sein. Sie bestreitet ebenso wie Masuhr, der der Leiche bisher noch nicht gegenübergestellt worden ist, die Pickel gekannt zu haben. Nach längerem Verhör wurden beide Verdächtigen in Untersuchungshaft abgeführt.

Wochenbericht über die medizinische Statistik des hamburgischen Staates. A. Stadt. In der Woche vom 2. bis zum 8. Februar 1913 wurden hier 438 lebendgeborene (Zunahme gegen die Vorwoche 8), 20 totgeborene (Zun. 3), darunter 390 eheliche (Zun. 2) Kinder angemeldet. — Es erkrankten in der Woche vom 9. bis zum 15. Februar 1913: an Kindbettfieber 4 (Abn. 0), an Scharlach 45 (Zun. 7), an Masern und Röteln 50 (Abn. 14), an Diphtherie und Krupp 107 (Zun. 16), an Keuchhusten 9 (Abn. 0), an Typhus 2 (Abn. 0), an Magen- und Darmkatarrh und Brechdurchfall 0 (Abn. 8), darunter Kinder unter 1 Jahr 0 (Abn. 8), an Genickstarre 0 Personen. — Es starben in der Woche vom 9. bis zum 15. Februar 1913: 262 (Zun. 4) Personen, darunter im ersten Lebensjahre 50 (Zun. 4), auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet, in der Berichtswoche 13,5, in den Jahren 1902—1911: 15,3. Todesursachen waren: an Kindbettfieber 2 (Zun. 1), an Scharlach 4 (Zun. 2), an Masern und Röteln 6 (Zun. 3), an Diphtherie u. Krupp 11 (Zun. 2), an Keuchhusten 1 (Abn. 0), an Typhus 0 (Abn. 0), an Tuberkulose 42 (Zun. 13), an Krankheiten der Atmungsorgane 30 (Abn. 9), an Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 8 (Abn. 2), darunter Kinder unter einem Jahr 8 (Abn. 2), an allen übrigen Krankheiten 139 (Abn. 7), an gewaltsamem Tod 19 (Zun. 1) Personen. — B. Landgebiet. Es wurden in der Woche vom 2. bis zum 8. Februar 1913 22 lebendgeborene und 2 totgeborene, darunter 23 eheliche Kinder angemeldet.

Selbstmord aus Liebesgram. Ein in der Asylstraße wohnendes 23 Jahre altes Dienstmädchen vergiftete sich mit Lysol. Die Lebensmüde starb gleich nach der Einlieferung im Hafenkrankenhaus. Das junge Mädchen hat die That aus Liebesgram vollführt. Es hatte sich mit seinem Bräutigam erzürnt.

Zum tödlichen Straßenbahnunfall am Grindelallee, über den wir kürzlich berichteten, erfahren wir, daß der beim Aufspringen auf den Straßenbahnzug tödlich verunglückte junge Mann, der 25 Jahre alte Friseur Otto Möbius vom Schlump 22 ist.

Geborgene Leiche. Am Dienstag morgen zog man die Leiche des seit dem 10. d. M. vermißten Dienstmädchens Merten aus dem Osterbeckkanal. Die Leiche wurde an derselben Stelle geborgen, wo man nach ihrem Verschwinden auch ihren Hut und die Handtasche fand.

Brandstiftung. In der Nacht zum Mittwoch kam am Borstelmannsweg 9 ein größeres Feuer zum Ausbruch, das, wie die bisherige Untersuchung ergeben hat, auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Es brannten fünf kleine Wagenschuppen mit zehn Geschäftsfuhrwerken. Die beiden Feuerwehrzüge 5 und 6 rückten an, doch gelang es dem 5. Zug, das Feuer in die Gewalt zu bekommen, so daß der 6. Zug nicht erst in Tätigkeit zu treten brauchte. Mit vier Rohren überschütteten die Mannschaften die brennenden Waggenschuppen, konnten jedoch nicht verhindern, daß die Schuppen sowohl, als auch die Wagen bis auf die Eisenteile verbrannten. Mehrere Hühner wurden gleichfalls ein Raub der Flammen. Nach za. zweistündiger Arbeit hatte man den Brand völlig erstickt. Ueber die Brandlegung hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet.

Der Scheunenbrand am Bauerberg, Ecke der Pagenfelder- und Hornerlandstraße, wo, wie wir am Dienstag mitteilten, die Scheune des Landmanns von Dratteln eingeäschert wurde, beschäftigte die Mannschaft des fünften Löschzuges bis um 11½ Uhr. Mit der niedergebrannten Scheune wurden zirka 20 000 Kilo Heu vernichtet.

Goldwarenraub. Am Dienstag morgen in den frühesten Stunden zertrümmerten Diebe die Ladenscheibe eines Uhren- und Goldwarenhändlers in der Lübeckerstraße 31. Die Täter eigneten sich drei goldene Damenuhren mit den Nummern 11027, 271413, sowie 116124, ferner eine silberne Herrenuhr mit der Nr. 437999, ein goldenes Gliederarmband und zwei Paar goldene Ohrringe an. Unerkannt entkamen die Diebe mit ihrem Raub.

Altona und Umgegend.

Der nationalliberale Landtagskandidat.

Die Nationalliberalen haben am Montag den Senator Marlow als Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt. Aus „Gründen der Selbsterhaltung und unter Würdigung der im Kreise bestehenden politischen Verhältnisse" haben sie nicht auf eine eigene Kandidatur verzichten können. Deshalb ist zwischen den nationalliberalen und freikonservativen Kreisleitungen im Kreise Altona und Süderdithmarschen vor drei Wochen folgendes Abkommen getroffen worden: Der in Altona aufzustellende nationalliberale Kandidat erhält die Unterstützung der im Patriotischen Verein organisierten Rechtsparteien, wenn die freikonservative Kandidatur des jetzigen Abgeordneten, Hofbesitzer Peters, in Süderdithmarschen von den dortigen Nationalliberalen unterstützt wird. Herr Marlow ist sicherlich der passende Mann für eine solche Politik. Er bedauerte in seiner Kandidatenrede, daß die Junker und die Schlotbarone, die sich doch wirtschaftlich so nahe stünden, sich in den letzten Jahren entfremdet, ja bekämpft haben. Er wird an seinem Teile bestrebt sein, diese Volksfeinde unter einen Hut zu bringen. Sicherlich wird keiner der Kontrahenten zu beklagen haben, daß vorläufig eine Einigung auf Marlow zustande gebracht worden ist. Das zeigt schon das Programm des Herrn, das wir mit seinen eigenen Worten wiedergeben: 1. Ich werde stets eintreten für die notwendige gerechte Reform des preußischen Wahlrechts, insbesondere für die Einführung der geheimen und direkten Stimmenabgabe bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause. 2. Ich bin ein Gegner der Einführung des Reichstagswahlrechts. 3. Ich bin Gegner der Großblockpolitik im Reiche und in Preußen. 4. Ich werde stets eintreten für eine stetige, ruhige, aber kraftvolle Nordmarkpolitik im Sinne der bisherigen Haltung der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses. Diese reaktionären Grundsätze faßt er dann zusammen in den Posaunenstoß: Kampf gegen die Sozialdemokratie unter allen Umständen bis zum letzten Atemzuge! Bei diesem Kampf wird die Sozialdemokratie nicht fehlen und man kann sicher sein, daß den schmalbrüstigen Nationalliberalen sehr bald der Atem dabei ausgeht.

Solide Geschäftspraxis. Für die Ausführung eines gemauerten Sieles in der Pinneberger Chaussee, sowie in der Herzog Friedrichstraße und in der Düppelstraße forbern A. Heimann, Altona M. 90 822, Wasserversorgungs- und Tiefbaugesellschaft, Hamburg M. 71 346,50, Tiedemann u. Wendland, Hamburg M. 81 602, van Heese, Hamburg M. 71 667, Bernbom u. Hoffmann, Altona M. 85 584, Carl Töpper, Altona M. 74 194, Wilh. Haß, Hamburg M. 71 515, Tiefbaugesellschaft Otto Lüttwitz, Berlin M. 74 305, Habermann u. Guckes, A.-G., Kiel M. 84 792,25, Betonbau A.-G. Rautenberg u. Co., Hamburg M. 101 723, Kaphengst u. Passenick, Hamburg M. 64 955,50. Das ergibt zwischen der niedrigsten und der höchsten Forderung eine Differenz von rund M. 37 000. Wer wird nun um diese Summe geprellt: die Stadt, der schlecht rechnende Geschäftsmann oder die Arbeiter?

Ueber den Lunapark hat der Direktor der Gesellschaft, Herr Smidt, im Bürgerverein von 1848 einen Vortrag gehalten, in dem er mitteilte, daß bereits seit drei Jahren in Hamburg versucht worden sei, einen Lunapark zu gründen; es habe sich aber als unmöglich erwiesen, weil in Hamburg kein passendes Terrain zu finden gewesen sei oder doch nur so teures, daß eine Rentabilität von vornherein völlig ausgeschlossen gewesen wäre. Man habe daher das Augenmerk auf Altona geworfen und hier bei der Stadtverwaltung das liberalste Entgegenkommen gefunden. Ein geradezu ideales Terrain, größer als das irgend eines anderen gleichen Parkes, eine Fläche von 100 000 Quadratmetern, sei beim Diebsteich erworben. Er werde eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges sein und für Altona unzweifelhaft von hoher Bedeutung werden. Es werde augenblicklich angestrengt auf dem Terrain gearbeitet, und bestimmt am 25. April werde der Park eröffnet werden; der Eintrittspreis werde sehr niedrig bemessen. Der Redner schilderte dann eingehend die einzelnen Abteilungen, eine große Rennbahn, eine bayerische Bierhalle von 1650 Quadratmetern Fläche, ein Hauptrestaurant, ein Palais de danse, ein Wellenschwimmbad und eine sehr große Ausstellungshalle. Alle Baulichkeiten werden massiv ausgeführt. Die Finanzlage des Unternehmens sei durchaus gesund. Das Wellenbad werde wohl bald ein Familienbad werden. Große Erwartungen knüpfen sich an die Ausstellungshalle, die 7000 Quadratmeter groß werden wird. Es sei in Hamburg und Altona kein derartiges Institut vorhanden, weshalb die Halle für Ausstellungen, Kongresse, Verbandstage und große Versammlungen wohl stark in Anspruch genommen werde; für dieses Jahr sei bereits eine große Ausstellung geplant.

Ueberfahren wurde am Montag an der Ecke der Papen- und der 1. Bornstraße eine taubstumme Frau von einem Automobil. Sie erlitt außer einer Fleischwunde innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden.

Vorsicht beim Aufspringen auf die Straßenbahn! Am Rainweg sprang am Montag ein Arbeiter auf einen Straßenbahnwagen, der sich in voller Fahrt befand. Er wurde umgerissen und über den rechten Fuß gefahren. Er konnte von Glück reden, da ihm nur zwei Zehen gequetscht wurden.

Aus den Altonaer Gerichten.

Eine Stunde Anschauungsunterricht. Auf einer Tragbahre, in Decken gehüllt, wurde heute ein Invalide D. vor die erste Strafkammer geschleppt. Der Mann ist in Hamburg verhaftet und hat im Gefängnis vor wenigen Tagen einen Schlaganfall erlitten. Was mochte der Mann verbrochen haben, daß man so wenig Rücksicht auf seinen Zustand nahm? Nun, er hatte einem Gastwirt vorgeschwindelt, ein Vertreter des Kriminalbeamten Behrens und beauftragt zu sein, das Lokal zu kontrollieren. Durch einige Kniffe war es ihm dann gelungen, den Gastwirt zur Auszahlung von M. 63 zu veranlassen. Das war die ganze Sache. Aber der Mann hat schon früher Schwindeleien gemacht, wahrscheinlich weil er, der kranke Krüppel, in der Not keinen Ausweg fand. Der Staatsanwalt erkannte sofort in D. den schweren Verbrecher, vor dem die Menschheit gesichert werden müsse, und er beantragte ein Jahr Zuchthaus, M. 300 Geldstrafe und drei Jahre Ehrverlust. Das Gericht kam immerhin noch zu einer Strafe von neun Monaten Gefängnis. Warum war der Mann auch nur ein armer Krüppel und kein Fürst? Warum hatte er nur ein paar Mark erschwindelt und keinen Meineid geschworen?

Stellingen-Langenfelde. Zur Vertreterwahl. Der Bürger- und der Grundeigentümerverein haben in einer von ganzen 15 Mann besuchten Versammlung den Kaufmann Först, Högenstraße, als Kandidaten der III. Abteilung gewählt, und zwar mit 8 gegen 5 Stimmen.

Nienstedten. Eine Gemeindewählerversammlung fand am 23. Februar im Lokale des Herrn Geißler, Nienstedten, statt. Der Genosse Jacobsen-Lokstedt sprach über die bevorstehende Gemeindevertreterwahl; er zeigte in drastischen Worten, wie notwendig es ist, daß die Sozialdemokratie in den Gemeindeparlamenten vertreten sei. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Dann wurde von unserem Gemeindevertreter E. Klooß der Bericht über seine Tätigkeit in den verflossenen sechs Jahren gegeben und seine Stellungnahme zu den einzelnen Fragen in der Kommunalpolitik erläutert. Seine Wähler waren vollständig mit diesem Bericht zufrieden. Als Kandidat wurde wieder unser bisheriger Gemeindevertreter E. Klooß aufgestellt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Genossen auf, sich recht zahlreich an der Wahl am 3. März zu beteiligen.

Lokstedt. Sitzung der Gemeindevertretung. Zu Punkt 1, Erweiterung des Elektrizitätswerkes, beschließt die Vertretung, eine Maschine mit 200 Pferdekräften und zwei Dynamos aufzustellen. Das Werk ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Das Richtigste wäre wohl ein vollständiger Neubau. Doch geht das nicht an, da noch zu viel andere Arbeiten auszuführen sind. Zur Deckung der Kosten der Neuanschaffung, M. 55 000, soll das Sparkassenguthaben des Werkes, M. 27 400, verwendet werden. Der Rest wird durch eine Anleihe aufgebracht. Der Pächter zahlt an die Gemeinde vom 1. April 1914 ab 60 pZt. der Einnahme. Uebersteigt die Einnahme M. 80 000, zahlt er 65 pZt. Ist die neue Maschine aufgestellt, muß den ganzen Tag Strom geliefert werden. — Als Schiedsmannstellvertreter wird Theodor Frauenstein gewählt. — Der Gewerbeinspektor verlangt eine Wohnung für den Gasmeister in der Gasanstalt. Der Bau wird vorläufig zurückgestellt, doch soll der Gasmeister mit der Gasanstalt telephonisch verbunden werden. — Die Errichtung einer Fortbildungsschule wird beschlossen. Der Besuch ist obligatorisch. Auf Antrag Jacobsen wird Schulgeldfreiheit bewilligt. Eine Kommission, bestehend aus Daus, Flentje, Siemers, Steen sowie Rektor Wehmer, soll das Weitere veranlassen. — Dem Antrage des Oberbrandmeisters zu Niendorf, betreffend Verpflegungsgelder der Feuerwehrleute, wird zugestimmt. — Für Benutzung der Turnhalle durch die Schulkinder werden dem Turnverein M. 500 bewilligt. — Unter Sonstiges wird beschlossen, den Rathausplatz etwas herzurichten. Ferner erklärt Jacobsen, auf Notizen in Hamburger Blättern bezugnehmend, daß die Vertretung die Lehrer lieber in der Schule sieht, als bei der Viehzählung.

Wandsbeck und Umgegend.

Ein Frauenbildungsabend findet am Donnerstag, 27. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Genossen Hogreve statt. Das Erscheinen aller Parteigenossinnen wird bestimmt erwartet.

Die Stadtverordneten hielten am Montag abend im Rathause eine öffentliche Sitzung ab, die nur schwach besucht war. — Am 25. April läuft die Amtszeit des Stadtrates Grytzell ab. Am 7. April soll die Stadtratswahl vorgenommen werden. In die Präsentationskommission wurden die beiden Bürgerworthalter Sprössel und Dr. Lübbe und außerdem die Stadtverordneten Hansburg, Köpke, Rambow und Flachsbarth gewählt. In die Wahlkommission wurden die Stadtverordneten M. Meyer und Lock und Hausburg als Stellvertreter entsandt. — Zu Schiedsmännern wurden die Herren Lock und Schwen wiedergewählt. — Eine Eingabe der Messerableser des Gas- und Elektrizitätswerkes, sie in die Angestelltenversicherung aufzunehmen, da sie von der Stadt auf keine Pension rechnen und Ersparnisse bei ihrem Gehalt nicht machen könnten, wurde zur Kenntnis genommen.

Ein Falschmünzer verhaftet. Seit längerer Zeit wurden hier falsche Zwei- und Dreimarkstücke in Umlauf gesetzt. Auf Grund der Beschreibung, die Geschädigte von dem Täter gaben, konnte er am Dienstag in der Morewoodstraße verhaftet werden. Ein falsches Dreimarkstück wurde noch bei ihm gefunden. Der Verhaftete verweigerte jede Auskunft über seine Person; es wurde jedoch festgestellt, daß er der Zimmermann N. aus Hamburg ist. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung in Hamburg wurden alle Werkzeuge zur Herstellung der falschen Münzen vorgefunden. In N. scheint man auch einen der Brotbeuteldiebe gefaßt zu haben; denn man fand in seiner Wohnung nicht weniger als 25 Brotbeutel.

Die Säuglingsfürsorgestelle hält ihre nächste Sprechstunde am Mittwoch, 26. Februar, morgens 10 Uhr, in der Volksküche, Bleicherstraße 1, ab.

Bramfeld. Die bevorstehende Gemeindevertreterwahl brachte in der letzten Woche eine so lebhafte Bewegung unter der Einwohnerschaft hervor, wie das bei keiner der vorhergegangenen Wahlen der Fall war. Das ist eine natürliche Folge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und der jetzt aus ganz anderen Elementen zusammengesetzten Bevölkerung. Das Mandat der zweiten Wählerklasse, das hauptsächlich für die Kreise der Handwerker und Gewerbetreibenden in Betracht kommt, ist besonders hart umstritten. In den beiden kommunalen Vereinen spielte deshalb die Kandidatenfrage eine große Rolle. Der Bürgerverein sowohl als auch der Kommunalverein stellten jeder eine eigene Kandidatur auf. Eine von beiden Vereinen gewählte gemeinsame Wahlkommission einigte sich jedoch auf den vom Kommunalverein aufgestellten Kandidaten, den Gärtnereibesitzer W. Witt, und der Bürgerverein zog in seiner letzten Versammlung die Kandidatur des Herrn Lüdemann als Vertreter des Gewerbestandes zurück. Damit waren aber die Handwerker und Gewerbetreibenden nicht einverstanden, weil sie befürchten mußten, daß ein Gärtnereibesitzer nicht imstande sein würde, ihre Interessen und ebenso die allgemeinen Gemeindeinteressen genügend zu vertreten. Die lebhafte Protestbewegung, die alsbald einsetzte, führte zur Einberufung der öffentlichen Wählerversammlung am 21. d. M., in der über die Aufstellung eines eigenen Kandidaten der Handwerker und Gewerbetreibenden Beschluß gefaßt werden sollte. In lebhafter Debatte erklärten sämtliche Redner, daß sie nur einem Kandidaten ihre Stimme geben könnten, der sich verpflichte, energisch für die Einführung der Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert einzutreten. Da Herr Witt in der letzten Kommunalvereins-Versammlung den Standpunkt vertreten habe, daß diese Steuer jetzt noch verfrüht sei, und da man wisse, daß die Hellbrooker Gärtner nur dafür zu haben seien, wenn sie selbst davon verschont bleiben, so sei es nicht möglich, diesen Kandidaten als geeigneten Vertreter anzuerkennen. In längeren Ausführungen hielt uns er Genosse H. v. Elm der Versammlung vor Augen, daß die Handwerker und Gewerbetreibenden doppelt durch Steuern belastet seien. Neben der Einkommensteuer müßten sie schon bei einem Einkommen von M. 1500 an Gewerbesteuer mit einem Zuschlag von 300 pZt. zahlen. Demgegenüber sei die Belastung der Großgrundbesitzer verhältnismäßig als sehr gering zu bezeichnen. Die Gewerbetreibenden hätten insgesamt etwa M. 4000 aufzubringen, während die Besteuerung von Grund und Boden jetzt der Gemeinde nur etwa M. 6000 einbringe. Das sei in Anbetracht des ungeheuer gestiegenen Wertes der großen bäuerlichen Grundstücke ein augenfälliges Mißverhältnis in der Verteilung der Gemeindelasten. Der Redner trat energisch für die Besteuerung nach dem gemeinen Wert und die Herabsetzung der Gewerbesteuer ein. Genosse G. Schley legte die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen vor: 1. Besteuerung nach dem gemeinen Wert, 2. Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers, 3. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Er verlangte, daß der zu wählende Kandidat sich auf diese drei Forderungen verpflichten müssen. — v. Elm erläuterte sodann die Form der Besteuerung nach dem gemeinen Wert. Die Steuer sei in drei Stufen zu erheben; je nach der Ausnutzungsmöglichkeit der Grundstücke: 1. Stufe 2 Promille, 2. Stufe 1 Promille, 3. Stufe ½ Promille. Alle drei Jahre sei die Besteuerung neu zu regeln. Der Redner schätzte das Ergebnis der Steuer auf etwa M. 10 000. Aus diesem Mehrertrag könnten die Kosten der unentgeltlichen Lieferung der Lehrmittel, die etwa M. 4000 betragen, bestritten werden. Dann erklärte v. Elm, daß die Arbeiterschaft gewillt sei, den in dieser Versammlung aufgestellten Kandidaten nach besten Kräften zu unterstützen, wenn er sich ehrenwörtlich verpflichte, für die drei genannten Forderungen in der Gemeindevertretung einzutreten. In der weiteren Debatte erkannten sämmtliche Redner und ebenfalls die vorgeschlagenen Kandidaten alle drei Forderungen als berechtigt an und traten für deren Durchführung ein. Dann erfolgte die Wahl, aus der Herr Lüdemann mit großer Mehrheit hervorging. Der Gewählte verpflichtete sich auf Ehrenwort, im Falle er als Gemeindevertreter gewählt werden sollte, für die drei Forderungen einzutreten.

t. **Poppenbüttel.** In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde über den Voranschlag zum Gemeinde-Etat pro 1913/14 verhandelt. Die Vertretung setzte die Einnahmen und Ausgaben auf M. 28 780 fest. Die Steuerzuschläge blieben in derselben Höhe wie im Vorjahre und betragen für die Einkommensteuer 110 pZt. und für die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer je 160 pZt. Dann lag ein Antrag des Vorstandes des Frauenvereins in Bergstedt vor, in dem um eine Zuwendung von M. 100 zur Unterstützung des Vereins ersucht wurde. Da jedoch bereits Verhandlungen über die Gründung eines eigenen Frauenvereins für Poppenbüttel schweben, so konnte das Gesuch nicht genehmigt werden. Der Gemeindevorsteher Langhein teilte mit, daß es sich aus bestimmten Gründen als notwendig herausgestellt habe, dem Nachtwächter die Stellung zu kündigen. Die Entlassung soll zum 1. Mai erfolgen. Die Vertretung beschloß, den Nachtwächter an diesem Termin zu entlassen und die Ausschreibung des Postens in der bisher üblichen Weise erfolgen zu lassen. Ferner lag ein Antrag des Bürgervereins vor, den Weg „Schulberg" in guten Zustand zu setzen. Es wurde beschlossen, zur besseren Entwässerung ein Siel zu legen und den Fußsteig durch Aufschüttung von Grand auszubessern. Die vollständige Kanalisation soll erst später beim Ausbau der Straße erfolgen. Da mehrere Gesuche um pachtweise Ueberlassung der Mergelgruben bei der Armenkate eingegangen waren, beschloß die Vertretung, die Gruben unter gewissen Bedingungen zu verpachten. Die Ausarbeitung der Pachtbedingungen wurde den Herren Langhein, F. Rehders und W. Rehders übertragen.

Hamburger Landgebiet.

k. **Bergedorf.** Eine rasende Fahrt. Die Pferde eines vor der Wassermühle in der Holstenstraße haltenden leichten Lastwagens wurden durch die Hupensignale eines vorüberfahrenden Autos scheu und rasten mit dem Wagen durch die Hauptstraße. Am Markt wurde der Wagen mit solcher Wucht gegen den Kantstein geschleudert, daß eines der Räder zertrümmert wurde, dann ging die tolle Jagd weiter durch die Großestraße über Mohnhof und durch die ganze Brunnenstraße. Erst in der Nähe der Holtenklinke konnten die scheuen Tiere zum Halten gebracht werden. Ein in den nahen Sandgruben beschäftigter Arbeiter schob einen Blockwagen quer über die Straße. Durch dieses Hindernis wurden Pferde und Wagen in eine Hecke gedrängt, wo das Spannwerk zum halten kam. Zur großen Freude des Fuhrwerksbesitzers hatten die Pferde keinen Schaden erlitten. Auch von den Passanten wurde niemand verletzt.

Lübeck.

Die Lübecker Bürgerschaft verhandelte am Montag nochmals über die Nachbewilligung von M. 32 000 für das Stadttheater. Der Senat wollte ein Verantwortlichkeitsgesetz einbringen, um einseitig über die Staatsgelder verfügen zu können. Ein großer Teil der Bürgerschaft ist aber inzwischen zur Einsicht gekommen, daß man dadurch auf das Finanzrecht verzichtet, weshalb die Angelegenheit der Gesamtabstimmung nochmals vertagt wurde. Für den Erweiterungsbau des Staatsarchivs soll ein Nachbarhaus in der Königstraße angekauft werden. Diese Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen. Dann wurden einige kleine Senatsvorlagen angenommen, um endlich die Warenhaus- und Konsumvereinssteuer zu beraten, die die hiesige Bevölkerung seit Wochen in Aufregung hielt. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Stelling gegen die Vorlage, die gerade jetzt der minderbemittelten und besitzlosen Bevölkerung neue Lasten aufbürde. Nach fünfstündiger Verhandlung wurde dann gegen 11 Uhr nachts die Steuer, wie wir schon telegraphisch berichtet haben, mit 54 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Der Senat wird also genötigt sein, dafür das Einkommensteuergesetz endlich ernsthaft zu reformieren, um die traurige Finanzlage zu heben.

Bremen.

Schrecklicher Unglücksfall. Auf dem früheren Bahnhofsareal hinter der Schlachthofstraße ereignete sich Montag nachmittag gegen 3 Uhr ein schwerer Unglücksfall. Die Firma Holzmann ist mit dem Abfahren der dort befindlichen Sandberge beschäftigt. Der Bagger läuft auf Eisenschienen, an denen Holzschwellen befestigt sind. Kommt der Bagger beim Vorwärtsbewegen an das Ende des Geleises, werden durch ein eigenes Triebwerk die durchfahrenen Stücke des Geleises — etwa 1 Meter lange Schienen — durch Ketten herbeigeschafft und von Arbeitern wieder vor dem Bagger befestigt. Beim Befestigen neuer Schienenstücke gab plötzlich das unter dem Bagger befindliche Erdreich nach. Der Bagger legte sich zur Seite und schlug um. Der Baggermeister und der Löffelführer des Baggers vermochten sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Ein bei der Maschine beschäftigter Heizer erlitt Verbrühungen an den Beinen. Er wurde im Krankenwagen in das Diakonissenhaus gebracht. Vermißt werden der in Ritterhude wohnende 36jährige verheiratete Schachtmeister Ludwig Pierszhalski und der 22jährige Arbeiter Franz Schrowski, ebenfalls in Ritterhude wohnhaft. Beide liegen zweifellos unter dem Bagger. Um die Verschütteten zutage zu fördern, ist es notwendig, den Bagger abzumontieren. Bis Montag abend gelang es nur, von einem der Vermißten ein Bein freizulegen.

Am Dienstag ist bei Tagesanbruch an der Unfallstelle sofort wieder mit den Aufräumungsarbeiten begonnen worden. Das Abmontieren des großen Trockenbaggers, unter dem die beiden verunglückten Leute in den Sandmassen begraben liegen, wird einige Tage in Anspruch nehmen, und es wird auch vielleicht heute und morgen noch nicht möglich sein, die Leichen zu bergen. Der verunglückte Schachtmeister Pierszhalski war ein in seinem Fache sehr erfahrener Mann, so daß der Unglücksfall einigermaßen rätselhaft erscheint. Der mit ums Leben gekommene jüngere Arbeiter Schrowski bewohnte in Ritterhude bei seinem Schachtmeister ein Logis. Die bisherigen Feststellungen bezüglich der Ursachen des Unglücksfalles haben als wahrscheinlich ergeben, daß eine unterirdische Wasseransammlung an jener Stelle das Erdreich unter der Last des Baggers plötzlich hat weichen lassen.

Im Prozeß Sonnemann ist die Urteilsbegründung kurz dahin zusammenzufassen: Das Gericht folgte den Deduktionen des Staatsanwalts, daß die „Arbeiterjugend" ein sozialdemokratisches Blatt und die freie Jugendbewegung eine sozialdemokratische sei. Deren Entstehungsgeschichte spreche dafür. Der Staatsanwalt bezog sich auf den Ausspruch Singers auf dem Parteitag in Mannheim: Wir müssen unsere Jugend revolutionieren. Nach der Urteilsbegründung darf ein Beamter eine sozialdemokratische Tätigkeit nicht entfalten. Damit, daß der Angeklagte das tat, habe er die Achtung verletzt, die zu bewahren der Beamte die Pflicht habe. „Er hat dazu beigetragen, den bürgerlichen Staat, in dessen Diensten er steht, in seinen Grundfesten zu erschüttern, den Staat, dem er den Diensteid geleistet hat, von dem er Gehalt und Ruhegehalt, von dem seine Hinterbliebenen Pension beziehen." Deshalb habe auf Dienstentlassung erkannt werden müssen. Auf die Dauer von einem Jahre erhält der Angeschuldigte die Hälfte des gesetzlichen Ruhegehaltes, das sind M. 1200. (Die Angaben im Telegramm waren in dieser Hinsicht leider ungenau, was auf einen Hörfehler beruhte.)

Erfolgreicher Flug. Dienstag nachmittag 2 Uhr 15 Minuten traf ein Rumpler-Flugzeug der Militärstation Straßburg mit Oberleutnant Tonnevert als Führer und Leutnant Warsow als Begleiter über der Stadt ein. Die Flieger waren 12 Uhr 15 Minuten in Wandsbeck aufgestiegen. Nach kurzer Zwischenlandung zwecks Orientierung auf dem Werder erfolgte die Landung auf dem Neuen Langerfelde glatt. Die Flieger, die mit heftigen Gegenwinden zu kämpfen hatten, bleiben heute in Bremen. Die Weiterfahrt erfolgt wahrscheinlich morgen. Ueber Zeit und Ziel war noch nichts zu erfahren.

Auswärtiges.

Eingestelltes Meineidsverfahren.

Gegen den Vorsitzenden der Kreisorganisation Lippes, den Genossen Eggen in Detmold, hatte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet. Auf Beschluß des Landgerichts ist das Verfahren jetzt eingestellt, da sich der Verdacht nicht bestätigt hat. Der Meineid sollte vor dem Schöffengericht in einer Verhandlung gegen einen früheren Genossen geleistet worden sein, der aus der Partei ausgeschieden ist, weil er sich der Untreue schuldig gemacht hatte. Ein anderes früheres Mitglied, das sich inzwischen den Christlichen verschrieben hat, hatte dann den Denunzianten gespielt und die Staatsanwaltschaft veranlaßt, die Untersuchung gegen Eggen einzuleiten. Der Meineid wurde in einer Aussage erblickt, die an sich ganz nebensächlich war und für die eben, wenn sie falsch gewesen wäre, keinerlei Motive hätten gefunden werden können. Um so bezeichnender ist die dennoch erfolgte Denunziation.

Die Gefahren der Arbeit.

Das Landgericht Kleve hat am 24. Oktober v. J. den Kranführer August Schleicher wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte in dem Eisenwerk „Friedrich-Alfred-Hütte" zu Hochemmerich eines Tages aushilfsweise den elektrischen Lastenkran zu bedienen. Als er gerade wieder einige Eisenpakete mittels der Traverse in einen Eisenbahnwagen verladen hatte und den Kran zurückdrehte, stieß die Traverse mit solcher Wucht an die Hauptträger an, daß die Seile, an denen die Traverse lag, rissen. Der unter dem Laufkran stehende Meister W. und der Obermeister R. wurden von der herabstürzenden Traverse verletzt, und zwar W. so gefährlich, daß er nach einer Stunde seinen Verletzungen erlag. Dem Angeklagten ist zur Last gelegt worden, durch seine Fahrlässigkeit das Unglück verschuldet zu haben. Und zwar hat das Gericht die Fahrlässigkeit des Angeklagten darin gesehen, daß er den Kran statt mit 2 bis 3, mit 4 bis 5 Kontakten rückwärts bewegte und den Strom nicht rechtzeitig ausschaltete. In seiner Revision behauptete der Angeklagte, der Vorderrichter habe den Begriff der Fahrlässigkeit verkannt. Denn er, der Angeklagte, habe den elektrischen Strom rechtzeitig ausgeschaltet. Das Unglück sei vielmehr lediglich dadurch erfolgt, daß der Kran nach Ausschaltung des Stromes noch etwa einen Meter nachgelaufen sei, hiermit aber habe er, da er nur aushilfsweise tätig war, nicht rechnen können. Der Reichsanwalt vertrat gleichfalls die Ansicht, daß die Feststellungen bezüglich der Fahrlässigkeit nicht ausreichten. Denn indem das Urteil selbst sage, der Angeklagte habe den Strom ausgeschaltet, als die Traverse höchstens noch 40 Zentimeter vor den Hauptträgern war, und daß anderseits die Traverse 30 bis 40 Zentimeter nachlaufe, sei die Kausalität zwischen dem Verhalten des Angeklagten und dem Unglück nicht erwiesen. Der Reichsanwalt beantragte deshalb am 24. Februar, das Urteil aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzuverweisen. Das Reichsgericht hielt indessen das Urteil für bedenkenfrei und erkannte auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Ein Fall „Schönebeck-Allenstein" in der Schweiz.

Vor vier Jahren schlich sich in Allenstein (Ostpreußen) Hauptmann v. Goeben in das Haus seiner Geliebten, erschoß deren Gatten, den Major v. Schönebeck, und ging seelenruhig wieder nach Hause. Als er später verhaftet wurde, machte er im Gefängnis „Harakiri", um „die Ehre der Uniform zu wahren". Sein gemütvolles Liebchen aber, das den Schuß mit angehört, und sich dann ruhig zum Schlafen wieder niedergelegt hatte, kam nach Ablauf ihres „Trauer"jahres zuerst vor die Geschworenen und dann (Juli 1910) in ein Sanatorium.

In Bern geht eine elegante Pariserin, Madame Cerisier, am Arme ihes Gatten und in Begleitung ihres gemeinsamen Hausfreundes Delacoeur und dessen Mutter aus dem Theater nach Hause. Plötzlich ein dumpfer Schuß — und im nächsten Augenblicke sinkt Monsieur Cerisier tot zu Boden, mitten auf der Straße! Der Hausfreund läuft ein paar Schritte fort, um den Mörder zu verfolgen, kehrt aber bald zurück und begleitet Madame Cerisier nach Hause, „weil ihr fror", wie er sagt. Die Leiche des Gatten blieb, da es Nacht war und jene Gegend ziemlich menschenleer, im Blute auf der Straße liegen. Nachdem dann Herr Delacoeur die frierende Madame, die nun Witwe geworden ist, ins warme Boudoir gebracht, kommt er zur Leiche zurück und leistet den sich inzwischen angesammelten Neugierigen Gesellschaft. — Von dem Mörder fehlt jede Spur. Niemand hat bemerkt, wie er sich leise an die vier Personen herangeschlichen, niemand (außer dem Hausfreund), wie er sich wieder entfernt hat . . . . . .

Bei der Untersuchung stellt sich heraus, daß die Stelle am Hinterkopf, wo die Kugel eingedrungen, starke Verbrennungsspuren zeigt. Es wird also klar, daß der Mörder dem Opfer den Revolver sozusagen „aufgesetzt" und dann abgedrückt hat. Daher auch das gute Zielen, denn die Kugel drang zur Stirn wieder heraus. Dazu kommt, daß sich die Verwunderung über die Gemütstiefe der „frierenden" Madame auch auf den Untersuchungsrichter überträgt — und wenige Stunden später sitzt das Täubchen samt ihrem Galan in getrennten Schlafzimmern im Gefängnis . . . .

Da es sich auch in diesem Falle um Angehörige der „besseren" Berner Gesellschaft handelt — beide Herren sind Direktoren französischer Bahnunternehmungen in Bern —, so hat die gutgesinnte bürgerliche Presse das Moralisieren über die Verderbheit und moralische Verkommenheit der — unteren Volksklassen für einige Tage eingestellt, hütet sich auch einige Zeit, in die Sonne zu gehen, damit die Butter auf ihrem Haupte nicht schmilzt. Nachher, wenn auch diese Mordtat im Strudel der Ereignisse untergegangen ist, kann man ja das mit forciertem Eifer wieder nachholen. . . . . .

Ein „echter" Deutscher, wie er leibt und lebt!

Im Kreise Ilfeld, jenem am Südrande des Harzes gelegenen versprengten hannoverschen Landesteil, macht die Sozialdemokratie besonders erfreuliche Fortschritte. So wurden bei der jüngsten Reichstagswahl insgesamt 1786 Stimmen abgegeben, während es die Gegner insgesamt nur auf 1150 Stimmen brachten. Die Mehrheit der Bevölkerung ist hier also zweifellos sozialdemokratisch gesonnen. Mit dieser Tatsache haben die Geschäftsleute und Wirte nun einmal zu rechnen, und so haben während der Wahlbewegung eine Anzahl Wirte ihre Lokale auch unserer Partei zur Verfügung gestellt, u. a. auch der Wirt Ferdinand Böhme in Niedersachswerfen. Erklärlicherweise lenkte Herr Böhme dadurch die besondere Aufmerksamkeit der Behörde auf sich. Zunächst wurde ihm angekündigt, daß er sein Lokal durch eine Brandmauer zu sichern habe. Als nun im Böhmeschen Lokale ein Vergnügen stattfand, ohne daß die Brandmauer aufgeführt war, erhielt B. ein Strafmandat von M. 50, und als dann im November der Arbeiterturnverein ein Vergnügen zu veranstalten beabsichtigte, wurde dem Wirt ein Strafmandat von M. 100 angedroht, falls bis dahin die Brandmauer noch nicht errichtet sei. Diese behördlichen Maßnahmen sind um so auffälliger, als früher in diesem Saale der Kriegerverein und andere patriotische Vereine stets ihre Festlichkeiten abgehalten haben, ohne daß von der Behörde das Fehlen einer Brandmauer übel vermerkt worden wäre. Jetzt hat nun Herr Böhme eingelenkt, wie folgendes Inserat zeigt, das er in den Zeitungen veröffentlicht:

Bekanntmachung.

Hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß ich mein Lokal nie wieder zu sozialdemokratischen Versammlungen und dergleichen zur Verfügung stelle und erkläre meine Wirtschaft als echten „Deutschen Hof".

Ferd. Böhme, Gastwirt, Niedersachswerfen.

Ob nun die Brandmauer gebaut wird? Und ob die echten Deutschen Herrn B. genügend unterstützen werden? Die Arbeiterschaft wird sicherlich ihr gut Teil dazu beitragen, daß Herr Böhme nicht in Verlegenheit kommt, seinen „echten Deutschen Hof" desinfizieren zu müssen.

Weihnachtsfeier mit Burenhüten.

g. Die immer noch strittige Frage, was sind Schulfeiern — und, sind Eltern dazu verpflichtet, ihre Kinder zu solchen Schulfeiern zu schicken, beschäftigte wieder einmal das Hallesche Schöffengericht. In dem Dorfe Dölau, wo die Jungdeutschlandbündelei von oben herab sehr protegiert wird, wurde zum Sonnabend, 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr, eine offizielle Schul-Weihnachtsfeier veranstaltet. Da die Feier nicht in der Schule, sondern in einem Gasthof, der den Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, abgehalten wurde, und die Schüler aufgefordert waren, sich mit ihren Burenhüten zu putzen, hielten die Genossen R. und Sch. ihre Kinder von der Feier absichtlich zurück. Sie meinten, man könne Eltern nicht zwingen, ihre Kinder in Gasthöfe zu Weihnachtsfeiern zu schicken. Das seien nicht Schulfeiern im Sinne des Gesetzes. Aber in Preußen ist eben auch das Unglaublichste möglich. Rektor und Amtsvorsteher beriefen sich auf eine Kabinettsordre von 1835 und Reg.-Polizei-Verordnung von 1896 und sandten den Vätern Strafmandate von je M. 2 wegen „Schulversäumnis". Das Schöffengericht bestätigte die Strafen, weil es die Weihnachtsfeier im weitesten Sinne als Schulunterricht ansah.

Nach 35 Jahren — „lästiger Ausländer".

Vom Amtsvorsteher in Rasberg bei Zeitz wurde dieser Tage der fast 60jährige Böttchergeselle Ferdinand Brunhölzl als lästiger Ausländer ausgewiesen. Mit einem Zwangspaß über Görlitz nach seiner Heimat Engelmannsbrunn in Niederösterreich versehen, hat der Ausgewiesene Rasberg und Zeitz verlassen müssen. Brunhölzl ist 35 Jahre lang dem preußisch-deutschen Unternehmertum als Ausbeutungsobjekt lieb und wert gewesen. Nach seinen eigenen Angaben hat er früher oft mit der Polizei zu tun gehabt, aber nie hat sich irgend ein Polizeigewaltiger bewogen gefühlt, den arbeitsfähigen kräftigen Mann als lästig über die Grenze zu weisen. Jetzt soll ein leidiger Familienzwist die Ursache sein, daß ein fast sechzigjähriger immer noch fleißiger Arbeiter aus seiner Arbeit gerissen und über die Grenze gejagt wird. Seinen Papieren nach ist ihm als Arbeiter nichts vorzuwerfen. Noch ist der Mann nicht ganz mittellos, er kann außerhalb Preußens auf die Marschroute via Görlitz pfeifen. Wer bürgt aber dafür, daß der alte Mann nicht nach Monaten schon mittellos auf der Landstraße herumirrt und als „Arbeitsscheuer"

untergeht, nachdem er ein Menschenalter hindurch fleißig und arbeitssam gewesen ist? Dann waschen patentierte Staatsstützen und sittlich fromm „ertüchtigte" Patrioten ihre Hände in Unschuld.

Der Leichenwagen als Mittel für den Terror.

Zu welchen Mitteln der Patriotismus greift, wenn es gilt, Seelen zu fangen und Kriegervereinsmitglieder zu werben, dafür zeugt folgende Bekanntmachung aus dem Dorfe Steine bei Breslau:

„Alle Männer, welche nicht zwei Jahre nach ihrer Militärzeit dem Soldatenverein beigetreten sind, erhalten im Falle ihres Todes keinen Leichenwagen!"

Da der Leichenwagen des Dorfes Eigentum des Militärvereins ist, wird man in Zukunft die schwarzen Seelen noch nach dem Tode herauskennen, die sich weigerten, dem „Soldatenverein" beizutreten! Etwas ähnliches sollte nur von den Sozialdemokraten verübt werden — das Geschrei wollten wir hören!

Schwere Anklagen gegen Schiffahrtsgesellschaften

wurden am 24. Februar in der französischen Kammer erhoben. Die „Köln. Ztg." berichtet darüber aus Paris: In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer stand die Interpellation über den Untergang des Dampfers St. Augustin zur Tagesordnung, der, wie erinnerlich, im Dezember 1912 in der Nähe der algerischen Küste erfolgte. Der Parteisozialist Bouisson legte in seinen mit vielen Beispielen erläuterten Ausführungen die in der französischen Handelsmarine, namentlich in den Marseiller Schiffahrtsgesellschaften herrschenden schreienden Mißstände dar. Jener Dampfer sank in der Nacht, nachdem sämtliche Reisende und die Besatzung mit Mühe und Not in den nicht gebrauchsfähigen Rettungsbooten untergebracht waren. Sie wurden später von einem vorüberfahrenden englischen Dampfer aufgenommen. Aus einer von den Reisenden unterzeichneten und von der Besatzung dieses Dampfers bestätigten Erklärung geht hervor, daß der Untergang des 33 Jahre alten Dampfers lediglich den unter dem Einfluß des Rostes gänzlich brüchig gewordenen Schiffskörpers zuzuschreiben sei. Der Redner belegte dies im einzelnen mit Beispielen und Zahlen und stellt fest, daß die drei Marseiller Gesellschaften, und zwar die Compagnie Transatlantique, die Compagnie Touache und die Compagnie Generale des Transports heute noch für ihren Dienst eine ganze Anzahl ganz alter, durchaus nicht mehr seetüchtiger Schiffe in Verwendung hätten. Er führte dann aus, daß vollständig veraltete Dampfer von den Prüfungsbeamten, die, entgegen der gesetzlichen Vorschrift, zum großen Teil in abhängigem Verhältnis zu jenen Schiffahrtsgesellschaften stehen, für seetüchtig erklärt würden und rügte, daß an Stelle der mit der neuesten Technik vertrauten Ingenieure in diesen Prüfungskommissionen meist alte, auf Seglern gelernte Kapitäne ernannt seien. Eine Grundursache sämtlicher Mißstände sei einmal in der ungenügenden Anzahl von Prüfungsbeamten zu suchen, die in Arbeitsüberlastung nur oberflächlich, in den meisten Fällen überhaupt nicht prüften; sodann aber namentlich in den zu weitgehenden Freiheiten der Gesellschaften, dies es nur auf große Gewinne abgesehen hätten. Auch die Rettungsvorrichtungen seien vollständig ungenügend und entsprächen in keiner Weise den Anforderungen. Der Abgeordnete Broussais erklärte das im Jahre 1907 beschlossene Gesetz für vollkommen unzureichend, da es keine genügende Sicherheit für die Ueberwachung der Vorschriften für die Schiffahrtsgesellschaften biete.

Von der Südpolexpedition Mawson.

Ein drahtloses Telegramm der antarktischen Expedition Mawson aus Adelensland meldet über Sydney, daß der englische Leutnant Rinnes und der Schweizer Arzt Mertz gestorben sind. Mawson und sechs andere waren nicht rechtzeitig zur Küste zurückgekehrt, um das Schiff „Aurora" zu erreichen, das auf die Rückkehr der Forscher von ihrer Schlittenexpedition wartete. Mawson und seine Begleiter werden nun wahrscheinlich auf Adelensland überwintert haben.

Ergänzend wird hierzu noch gemeldet: Der Generalgouverneur in Melbourne erhielt ein drahtloses Telegramm von dem Südpolarforscher Mawson, das den Tod des Leutnants Rinnes und des Dr. Mertz von der Expedition bestätigt und hinzufügt, daß die Schlittenexpedition von großem Erfolg gewesen sei. Man habe östlich und westlich von der Commonwealth-Bucht neue Gebiete in weiter Ausdehnung erforscht und wichtige Einzelheiten auf zahlreichen Stationen ganz nahe beim magnetischen Pol festgestellt. Es sei wahrscheinlich, daß Mawson selbst und sechs Mitglieder der Expedition noch für ein weiteres Jahr nicht zurückkehren könnten.

Schreckenstat eines Betrogenen. Aus Ludwigshafen (Rheinpfalz) wird unterm 24. Februar berichtet. Eine schreckliche Bestrafung des Ehebruchs vollführte gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr ein Fabrikarbeiter im nördlichen Stadtteil. Der 37 Jahre alte Fabrikarbeiter Johann Walceskini traf um diese Zeit seine 27 Jahre alte Ehefrau Anna mit ihrem Schwager, dem Fabrikarbeiter Maroni Domoniko, auf dem Küchenboden liegend in einer heillen Situation. Er nahm einen Eichenprügel und schlug auf die beiden Ahnungslosen ein. Beide wurden ins städtische Krankenhaus verbracht, wo sie alsbald verstarben. Der Ehemann hatte beiden den Schädel eingeschlagen. Die Frau war schon ein Jahr mit ihrem Schwager von der Familie fort, kam auf Ersuchen ihres Mannes wieder zurück. Sie setzte jedoch das Verhältnis mit ihrem Schwager fort und lud ihn gestern, in dem Glauben, ihr Mann habe Nachtschicht, zu sich ein. Der Mann ahnte jedoch etwas. Er blieb zu Hause, versteckte sich unterm Bett und erwischte sie dann bei der Tat. Die Familie hat 4 Kinder im Alter von 2 bis 9 Jahren.

Sträflicher Leichtsinn einer Militärbehörde. Der Mörder Hermann Schwarz, der am 30. August v. J. in Hub bei Romanshorn am Bodensee von seiner Wohnung aus mit seinem Dienstgewehr sieben Menschen erschoß, war nach seiner Verhaftung in die kantonale Irrenanstalt bei Münsterlingen zur Beobachtung seines Geisteszustandes verbracht worden. Das jetzt vorliegende irrenärztliche Gutachten lautet auf vollständige Unzurechnungsfähigkeit und fordert die lebenslängliche Unterbringung des Kranken in einer Irrenanstalt! Bei der seinerzeit erfolgten Verhaftung hatte Schwarz Revolver und Dienstgewehr noch bei sich; in seinen Taschen fand man noch 140 scharfe Revolver- und 96 scharfe Gewehrpatronen. Schwarz konnte damals erst festgenommen werden, nachdem er selbst durch mehrere Schüsse verwundet worden war. Schwarz war kurz vor dem schrecklichen Vorkommnis vom Militär wegen Unzurechnungsfähigkeit entlassen, trotzdem aber im Besitz aller Waffen gelassen worden!

Ein hübsches Eisenbahnidyll erzählt die „Voss. Ztg." aus Bregenz: Heutzutage ist doch alles möglich, und irren soll bekanntlich menschlich sein, was sich aber dieser Tage der Vorarlberger Eisenbahnbureaukratismus leistete, reicht beinahe ins Aschgraue. Ein Kaufmann kam am 8. Februar über Bregenz in der nächsten Station Lauterach an und gab dort seine mit diesem Tage endende Fahrkarte ab. Kaum aber hatte er den Bahnhof verlassen, als Bahnbedienstete ihn zurückriefen und ihm bedeuteten, er hätte die Bahn betrogen und müsse Strafe bezahlen, seine Fahrkarte hätte schon am 8. Februar ihre Gültigkeit verloren, und heute sei der Neunte! Der Kaufmann dachte vorerst an einen Scherz, willigte aber in die Rückkehr ein. Der Stationsvorstand machte ihm nun die gleichen Vorwürfe und verlangte energisch die Zahlung der vorgeschriebenen Strafe, denn heute sei der Neunte! Der Kaufmann versichert hoch und teuer, daß der Achte sei, doch der Bahnvorstand beharrte beim Neunten und drohte sogar mit Gendarmerie. Nun wußte der Kaufmann fast sich nicht mehr, in wessen Gehirn es eigentlich spukte. Schließlich betonte er nochmals, es sei ganz bestimmt der 8. Februar, man solle ihn freilassen. Als der Vorstand ihm nun mit einer Anzeige drohte, eilte der Kaufmann in sein Bureau und verständigte sofort telephonisch das Bahnbetriebsamt in Bregenz, was ihm passiert sei, und ersuchte, man möge dem Vorstand in Lauterach amtlich bekanntgeben daß heute der 8. Februar sei. Das Bregenzer Bahnamt gab die Richtigkeit des Datums unumwunden zu, bemerkte aber, daß es dem gestellten Ersuchen nicht willfahren könne, weil derlei Sachen die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck angingen. Lächelnd rief der Kaufmann nochmals zurück, ob man denn wirklich haben wolle, daß er die Staatsbahndirektion Innsbruck um Intervention angehe und verlange, daß diese der Station Lauterach mitteilen möge, daß der 8. Februar sei. Da gab das Bregenzer Bahnamt endlich nach und verständigte telegraphisch den „zeitgemäßen" Vorstand in Lauterach, daß der 8. Februar sei. Was weiter geschah, weiß man nicht.

Ein Wildererdrama. Bei Deutschenthal überraschte am Sonntag ein Flurschütze den Bergmann Treiber und dessen beide Söhne beim Wildern. In angeblicher Notwehr erschoß der Flurschütze den Vater und verwundete beide Söhne. Er selbst wurde leicht verwundet. Die beiden Söhne des Treiber wurden verhaftet.

Göttliche Weltordnung? Aus Köln wird gemeldet: Der seit einigen Tagen in Westdeutschland vorherrschende scharfe Frost kostete zahlreichen Personen das Leben. U. a. wurden am Oberrhein sowie im Hunsrück auf den Chausseen verschiedene Handwerksburschen erfroren aufgefunden.

Protestversammlung Pariser Schutzleute. Der Polizei-Unteroffizier Rigail wurde vom Disziplinarrat der Polizeipräfektur mit einer fünftägigen Gehaltsentziehung bestraft, weil er in einem Blatte die Willkür der Polizeiverwaltung tadelte. Eine von mehr als 2000 Schutzleuten besuchte Versammlung beschloß, sich mit Rigail solidarisch zu erklären. Gleichzeitig wurde eine Sammlung eingeleitet, um Rigail für die Gehaltsentziehung zu entschädigen.

Hafeneinweihung in Buenos Aires. In Buenos Aires sind die neuen Hafenanlagen von Mar la Plata dem Verkehr übergeben worden. Durch die Benutzung dieses Hafens wird die Reise von Europa nach Buenos Aires um 10 Stunden verkürzt.

Vermischte Nachrichten. Der Lagerverwalter Robert Coßmann in Berlin erschoß Montag abend seine Frau aus Eifersucht und versuchte dann, sich selber zu erschießen. Als es ihm nicht gelang, öffnete er die Gashähne und erhängte sich außerdem. — In einem Kinotheater in Teteghem bei Dünkirchen entzündete sich am 24. Februar ein Film. Es entstand eine Panik. Zahlreiche Kinder und Frauen wurden im Gedränge zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Zwanzig Personen erlitten erhebliche Verletzungen. — Die amerikanische Regierung hat gegen die Firma Adolph Kastor Brüder einen Prozeß auf Erstattung rückständiger Zölle in Höhe von 484 000 Dollars angestrengt. Es wird behauptet, daß sich die Firma in der Zeit vom 7. Januar 1909 bis 17. April 1911 bei der Einfuhr von Messerschmiedewaren aus Deutschland Unregelmäßigkeiten habe zu schulden kommen lassen.

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die Redaktion dem Publikum nicht verantwortlich.)

Todes-Anzeige.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief am Montag, 24. Febr., morgens 5½ Uhr, unser lieber Vater, Großvater u. Urgroßvater,

der Buchdrucker-Veteran

Wilhelm Gerhard Nagel

im 94. Lebensjahre.

Tief betrauert von seinen Kindern

Carl Nagel u. Frau, geb. Roese,
Louis Nagel u. Frau, geb. Schinkel,
Franz Nagel u. Frau, geb. Hausherr,
Walter u. Frau, geb. Nagel,
Johanna Aschenfarb, geb. Nagel,
August Nagel,
sowie von seinen Enkeln, Enkelkindern, Verwandten u. Bekannten.

Hamburg, 24. Febr. 1913.

Beerdigung: Freitag, 28. Febr., vorm. 11½ Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause nach dem Ohlsdorfer Friedhof.

Etwaige Kranzspenden werden nach Hrn. **C. Nagel**, Emilienstr. 48, 2. Et., erbeten.

Todes-Anzeige.

Im Alter von 94 Jahren verschied unser langjähriger Mitarbeiter, der Invalide

Wilhelm Nagel.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, 11½ Uhr vorm., vom Eppendorfer Krankenhause aus statt.

Das Personal der Firma Auer & Co.

Sozialdemokratischer Verein für den 2. Hamburger Wahlkreis.

Distrikt 2. Bezirk 10.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser alter Genosse

Wilhelm Gerhard Nagel

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Freitag, 28. Februar, vorm. 11½ Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause nach Ohlsdorf.

Der Bezirksführer.

Todes-Anzeige.

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am Sonntag mittag mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater

Max Jakoby

im Alter von 49 Jahren.

Tief betrauert von seiner Gattin **Clausine Jakoby**, geb. **Hohnberg**, **und seinen Kindern.**

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Milcherstraße 16, Groß-Flottbeck, nach dem dortigen Friedhof.

Am 24. Febr. entschlief nach kurzem Krankenlager mein guter Mann, Vater und Großvater **August Schnoor** im 55. Lebensjahre.

Tief betrauert von
M. Schnoor, geb. **Bock.**
Fr. Schnoor, Frau und Kindern

Beerdigung: Donnerstag, 27. Febr., nachmittags 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater

Otto Peik

am Sonnabend abend 10¾ Uhr plötzlich und unerwartet gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Am Bahndamm 16, IV., Veddel, aus statt.

Um stilles Beileid bittet

H. Peik.

Sozialdemokrat. Verein für den 3. Hamburger Wahlkreis.

Todes-Anzeigen.

Distrikt Veddel.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Otto Peik

plötzlich u. unerwartet gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: **Heute**, Mittwoch, 26. Februar, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, **Am Bahndamm 16**, 2. Etage, aus.

Distrikt Eimsbüttel. Bezirk 30.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Genosse, der Maurer

A. Schnoor

im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Donnerstag, den 27. Februar, nachm. 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus nach Ohlsdorf.

Um rege Beteiligung an beiden Beerdigungen ersuchen

Die Distriktsleitungen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Geschäftsstelle Hamburg.

Todes-Anzeigen.

Sektion Kranführer.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege

Otto Peik

am Sonnabend 22. Februar, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause, Bahndamm 16, aus statt.

Die Kollegen versammeln sich mittags 1 Uhr bei H. Aldag, Reimarusstraße 6.

Sektion Werften.

Die Beerdigung unseres, bei der Explosion in der Gasanstalt von Blohm & Voß verunglückten und am 18. Februar infolge seiner Verletzungen verstorbenen Kollegen

Gerhard Flecken

findet am Freitag, 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Hafenkrankenhause aus statt.

Die Kollegen versammeln sich mittags 1 Uhr bei H. Aldag, Reimarusstraße 6.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Gerhard Flecken

seinen schweren Verletzungen anläßlich der Explosion eines Apparats in der Gasanstalt der Werft von Blohm u. Voß am 18. Febr. erlegen ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, 28. Februar, nachm. 2 Uhr, vom Hafenkrankenhause aus statt.

Die Arbeitskollegen der Gasanstalt von Blohm u. Voß.

Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter

Frau Wendt,

geb. **Reckmann,**

im Alter von 76 Jahren sanft entschlafen ist.

Die Kinder.

Beerdigung: Mittwoch, 2 Uhr nachm., von der Leichenhalle, Oberaltenallee 60.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Hamburg.

Sektion Maurer.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen hierdurch die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

August Schnoor

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 27. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause nach dem Ohlsdorfer Friedhofe statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Allen Verwandten u. Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, Schwiegersohn und Bruder

August Niese

im Alter von 38 Jahren am 24. d. M. nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Tief betrauert von seiner Frau
Franziska Niese,
Pflegesohn Adolf,
A. Ahlers und Frau,
Mathilde Niese,
Carl Niese und Frau,
P. Eismann und Frau, geb. Niese,
J. Niese und Frau.

Beerdigung: Donnerstag, 27. d. M., nachm. 3 Uhr, v. d. Leichenhalle Weidenstr.

Plötzlich und unerwartet starb infolge eines Unglücksfalles unser lieber Bruder und Schwager

Albert Lohmeier

im 46. Lebensjahre. Tief betrauert von **den Hinterbliebenen.**

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Groß-Flottbecker Friedhofes.

Sozialdemokratischer Verein von Gross-Flottbeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Brauer

Max Jakoby

nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Groß-Flottbeck, Milcherstr. 16, nach dem Groß-Flottbecker Friedhofe.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß meine liebe, unvergeßliche Frau und herzensgute Mutter **Elisabeth Reuss,** geb. **Spethmann,** nach längerem, schwerem Leiden im 67. Lebensjahre heute morgen um 9 Uhr sanft entschlafen ist. Tief betrauert von ihrem schwergebeugten Gatten, Kindern, Schwiegersöhnen und Enkeln.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, 27. Februar, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle vor dem Holstentore nach Ohlsdorf.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Carl Möller

sage ich allen Freunden u. Bekannten, insbesondere seinen Landsleuten sowie dem Deutschen Tabakarbeiterverbande meinen innigsten Dank.

Seine tiefbetrübte Frau

Johanna Möller
nebst Schwiegereltern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die reichen Kranzspenden anläßlich der Beerdigung unseres Vaters und Großvaters

Wilhelm Poll

sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor **Heyer** für seine trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Die Hinterbliebenen.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes

Gustav

sagen wir allen Verwandten und Bekannten nebst allen seinen Freunden, sowie dem Sportklub „Lorbeer" und dem Verband der Glaser unseren herzlichsten Dank.

G. Kirchhof und Frau.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters und Großvaters

Wilhelm Schwank

sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, besonders dem Rotenburgsorter Männergesangverein für die erhebende Feier, den Parteigenossen von Rotenburgsort, sowie Herrn P. Beck für die würdige Aufmachung unseren innigsten Dank.

Frau Schwank, Kinder u. Enkel.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Sozialdemokratischen Arbeiter-Ortsverein Eidelstedt, meinen herzlichen Dank.

H. Jakobsen und die Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.

Frau Dohm und Kinder.

Für die innige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Henny Behrens,** geb. **Steffens,** sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten u. den Arbeitskollegen der Firma Dr. Traun & Söhne, Werkstelle Kuhlmann, meinen herzlichsten Dank. **Carl Behrens.**

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer Hochzeit sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie der Liedertafel „Einigkeit" von 1896 und dem Trommler- u. Pfeiferkorps unseren herzlichsten Dank.

Bramfeld. **H. Schilling u. Frau.**

Spezialarzt Dr. Walter.

Große Bleichen 70, v. 11 bis 1 Uhr.
Steindamm 19, nachm. 5—8 Uhr.
Geschlechtsleiden
Behandlung mit Ehrlich 606.
Ohne Berufsstörung.

Nach Uebersee

Pakete, Gepäck, Umzugsgut, Stückgüter.
Vertreter an allen Hauptplätzen.
Verpackung in und aus d. Hause.
Assekuranz und Zollabfertigung.

Grell's Paketfahrt

ABC-Str. 44/45. Fspr. Gr. I, 2767—2768.

Tätowierungen werden ohne Berufsstörung schmerzlos beseitigt von 12 bis 2 Uhr. **Lindenstraße 62, I.,** bei **Möller.**

Vertiko u. Ausziehtisch bill. zu verk. **Böckmannstr. 59, p., St. Georg.**

Versetzt gewesene

Nähmaschinen

aller Systeme spottbillig.
A. M. Polack & Co., Hütten 85/89.

Singer-Nähmasch. m. fünfjährig. Garant. M. 25, Reparaturen v. M. 1 an. Hinrichsen, Heitmannstr. 4.

Hochf. Nähmasch. m. Garantiesch. M. 30. Lindenstr. 12, Lad.

Singer-Nähmasch., f. neu. M. 20, zu verk. Schulterblatt 35, I.

Sing.-Nähm. M. 30 u. 2 Wandbild. abreisehalb. fof. z. vk. Bahrenfeld, Gasstr. 24, I. l.

Gebraucht. Herrenrad M. 23, Damenrad, Wanderer. M. 38. Wandsb. Chaussee 140.

Echt silb. Handtasche, 14 kar. goldene Herren-Uhr, gr. echt. Skunkskragen spottbillig. Meyer, Elbstr. 4, Ecke Schlachterstr.

9 neue Daunenbetten billig, Oberbett, Unterbett, Kissen M. 15. Sander, Osterstr. 71, Hochpt.

Mod. rote Plüschgarnit. M. 30, brt. Bettstelle m. neu. Matr. u. K. M. 14, Waschtisch m. Spiegel u. Garnit. M. 4, rund. Tisch bill. Ad. Böhme, Marthastr. 38, III. l. Zu besehen abends nach 7 Uhr.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)

eignet sich nicht nur zum Waschen, sondern wird auch vorteilhaft verwendet beim Putzen, Scheuern und Abseifen. Es ist daher im Haushalt

unentbehrlich

G. Birk & Co. m. b. H., München.

Wir empfehlen:

Georg Büchner's Dramatische Werke.

Herausgegeben und mit Erläuterungen versehen von

Rudolf Franz.

232 Seiten broschiert. Preis 1 Mark.

Im nächsten Jahre feiert die Literaturgeschichte den hundertjährigen Geburtstag des genialen, uns zu früh entrissenen dramatischen Dichters. Da kommt eine billige Ausgabe zur rechten Zeit. Die deutschen Bühnen — zuerst Bremen — werden das Andenken des Dichters durch Aufführung von Dantons Tod ehren. Dazu werden die Erläuterungen von R. Franz willkommen sein.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Auer & Co.

Hamburg 36, Fehlandstrasse Nr. 11.

Bestellungen nehmen **sämtliche Filialleiter** und **Kolporteure** des „Hamburger Echo" entgegen.

Sozialdemokratische Flugschriften

Heft 1: Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung
Heft 2: Volksbildung, Wissenschaft, Kunst- und Sozialdemokratie
Heft 3: Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen
Heft 4: Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie u. Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt u. Landwirtschaft
Heft 5: Die Sozialdemokratie und das Heer
Heft 6: Lebensmittelwucher und Warenteuerung
Heft 7: Beamtenschaft u. Sozialdemokratie
Heft 8: Die indirekten Steuern und Zölle. Wer sie zahlt und wem sie nützen
Heft 9: Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?
Heft 10: Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin
Heft 11: Die Landbevölkerung u. d. Sozialdemokratie
Heft 12: Imperialismus od. Sozialismus
Heft 13: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht
Heft 14: Die Greuel des Krieges
Heft 15: Krieg dem Kriege

Preis für jedes Heft 10 Pfennig

Buchhandlung Auer & Co.

Hamburg 36, Fehlandstraße 11

Bestellungen nehmen sämtliche Filialleiter u. Kolporteure des „Hamburger Echo" entgegen

Arbeitsmarkt

Feinzeug plätten erlern. j. Mädch., **Frauen in kurzer Zeit. Meyer's Plättschule, Wexstr. 23, I.**

Weißnäherin für Arbeitsstube. Königstr. 1, I., Altona.

Tüchtige **Tagschneider** für Maß-Aenderungen gesucht. **Peek & Cloppenburg** Graskeller.

Tücht. Rockschneider sucht C. Graage, Grindelberg 7 b.

Tücht. Rockschneider außer dem Hause gesucht. Hugo Wortmann, Spitalerstraße 12.

Schneider kann hellen Platz erhalten. Langereihe 84, Haus 4, II.

Gesucht Hosen- u. Westenschneider auf Werkstätte. Steindamm 58, I.

Schneider kann hell. Fensterpl. erhalt. J. Steck, Albertstraße 4, IV.

Tüchtige **Großstück-Schneider** für Maß gesucht. **Peek & Cloppenburg** Graskeller.

Gesucht ein Rockschneider. Wex-Passage 28.

Ein Hosenschneider außer dem Hause ges. S. Spitzer, Jungfernstieg 2, I.

Filialleiter.

Ges. ein tüchtiger Geschäftsführer in einer Schlachterei. Selbiger muß Kaution stellen können. Offerten unter **C. U. L.** an die Exp. d. Bl.

Wer Diener werden will, besuche einen Monat **Streckers Dienerschule, Brennerstraße 3.**

Gesucht ein Schmiede-Lehrling. H. Wübs, Schmiedemeister, Winzeldorf bei Bönningstedt.

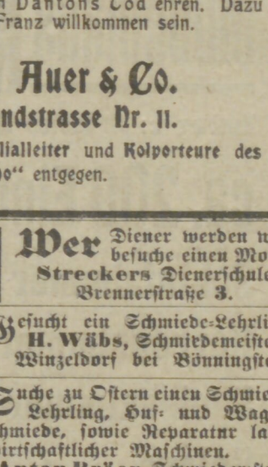
Suche zu Ostern einen Schmiede-Lehrling, Huf- und Wagenschmiede, sowie Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen. Anton Bröer, Schmiedemstr., Neuzen per Lentföhrden.

Gesucht ein Schlosserlehrling. Eidelstedterweg 36.

Färbereifiliale, 40 p. Zt. Verd., verb. mit Feinwäscherei, billig zu verk. Nebenverdienst der Frau. **Robinsonstraße 14.**

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Stuttgart, E. G. m. b. H.

Raucht



Vertreter: Otto Uhlenhaut, Hamburg, Ekhofstrasse 9.

Derselbe gibt Ausk. üb. Lieferungen.

Zigarren en gros-Lager, reellste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer, alle Façons in jed. Preislage u. Packung. **Heinr. Krohn,** Valentinskamp 99, Eingang im Torweg.

Roh-Tabak-Lager.

Emil Bente, Kl. Bergstr. 47, Alt.

Tabakstengel werden gekauft, Zentner M. 20, abholen M. 19. F. Ebke, Schulterblatt 24, Hs. 1, p.

Malton-Weine aus Malz

Äusserst extractreich u. bekömmlich.

Aerztlich empfohlen!

Diese nur von uns seit 1895 hergestellten absolut reinen Gärungsproducte aus Malz besitzen hohen Nährwert, kräftigen den Körper, stärken die Nerven und das Blut, geben neue Kraft und neuen Mut!

Deutsche Malton-Ges. Helbing & Co. Wandsbek

Konkurs-Vermeidung.

In **Zahlungsschwierigkeiten** befindliche **Geschäftsinhaber** erhalten **kostenlos Rat und Auskunft. Aussergerichtl. Vergleiche** werden **mit Erfolg unter strengst. Diskretion vermittelt. Nötige Kapitalien** können eventuell beschafft werden.

Wagner & Co.,

Kaiser Wilhelm-Strasse 85, I.

Telephon Gr. I. 4186. u. 9-1 5-6.

Gutgeh. Zig.-Geich. ges. Off. m. Preis-Ang. an Fr. Schroeder, Glucktr. 77.

Hochelegantes Federbett M. 14, Daunendecke, auch einzeln, indische Teppiche M. 18. Fischer, Reeperbahn 65, II.

Barkhof-Theater

Mönckebergstrasse.

Voranzeige

St. Pauli-Tivoli

(Peters & Muus) Spielbudenplatz.

Der erste interessante

Treff

Eine Liebesgeschichte

deutsche Sensations-Schlager

Bube

aus Berlin W. W., in 3 Akten.

Hauptdarsteller:

Bankdirektor X . . . . . **Der berühmte Hofschauspieler, Herr Walter Schmidthässler**
Dolly, seine Gattin . . **gespielt von einer Dame der Berliner Gesellschaft**
Leo Diatello, Kunstschütze . . . . . Herr Schröder
Francesco, dessen Bruder . . . . . „ Farberg

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Hamburg-Altona.

Theater Blumenburg

Hoheluftchaussee.

Weitere Anzeigen folgen.

Theater Hansen

Altona. Schulterblatt.

Liedertafel „Fackel" v. 1897.
Klublokal b. Schüler, Marienstr. 53.
Gewinnliste.

Nr.	Gew.	Nr.	Gew.	Nr.	Gew.
58	6	621	4	1094	23
88	14	651	12	1180	1
229	25	751	26	1260	21
271	13	780	30	1264	5
301	15	797	17	1305	8
365	16	813	18	1316	29
381	9	887	2	1323	3
475	10	906	7	1361	27
552	28	996	20	1366	11
583	22	1037	24	1473	19

NB. Gewinne, welche bis z. 1. März, abends 8 Uhr, nicht abgeholt sind, verfallen d. Verein.

Färberei
DEPENDORF
Bedeutend ermässigte Preise!
Reinigen von
wollenen Hemdblusen v. M. 1.00 an
wollenen Blusen . . v. M. 1.25 an
seidenen Blusen o. F. v. M. 1.25 an
Erstklassige Ausführung!

Bitte lesen, dann ausschneiden!
Moderner Hausstand
Schlafz. und Wohnz. mit Küche, komplett, M. 395
bedeutend feiner . . . . . M. 575
mit Speisezimmer . . . . . „ 675
bessere Wohnungseinrichtung, jetzt nur M. 750, 950, 1250, 1600.
Mitzlaff, Hohe Bleichen 8, Langereihe 83, part.

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert
mit nachfolgendem Ball
am **Sonnabend, 1. März 1913,** im **„Englischen Garten"**, Altona, Grosse Freiheit 83, arrangiert vom Gesang- und Musiklehrer **C. J. Hansen,** unter freundlicher Mitwirkung des beliebten Opernsängers Herrn **Heinrich Bötel,** sowie Männer-, Damen- und gemischter Chöre und einer 25 Mann starken Schüler-Kapelle.
Zirka 200 Mitwirkende.
Saalöffnung 7½ Uhr. Preis der Karte 30 ₰.
Flügel von Hofpianoforte-Fabrik **F. L. Neumann,** Hamburg.

Tanz-Lehr-Institut H. Bärthel
St. Pauli, Talstrasse 45. Privathaus.

Am **Sonntag, 2. März,** nachmittags 4 Uhr, beginnt ein neuer
TANZ-KURSUS
Abt. I: Sonntags 4—6, Mittwochs 9—11 Uhr.
Abt. II: Dienstags 9—11, Freitags 9—11 Uhr.
Honorar: Herren M. 6, Damen M. 3.
Einzelunterricht: Walzer und Polka in 2 bis 3 Stunden, sämtliche Rundtänze in 5 bis 6 Stunden zu jeder gewünschten Zeit.

Möbelhaus Kasdorff & Kannatz

Hamburg ::: **Grösstes Möbelhaus Norddeutschlands** ::: Hohe Bleichen 5/7

ca. 200 Einrichtungen in vielen Holz- und Stilarten am Lager.

Schlafzimmer	360,–, 420,–, 535,–, 650,–, 775,–, 850,–, 980,–	in eiche, nussbaum, mahagoni, birke etc.
Herrenzimmer	440,–, 625,–, 750,–, 950,–, 1175,–, 1300,–	in eiche, viele Farben.
Speisezimmer	220,–, 365,–, 445,–, 570,–, 700,–, 890,–, 1050,–	in eiche und nussbaum.
Salons	490,–, 750,–, 900,–, 1125,–, 1450,–, 1680,–	in vielen Holz- und Stilarten.
Küchen	75,–, 90,–, 120,–, 140,–, 175,–, 225,–	lasiert und jede Farbe lackiert.

Stets Gelegenheitskäufe zu ausserordentlich billigen Preisen.

Ausstellung in 5 Etagen. Besichtigung ohne Kaufzwang.
Weitgehendste Garantie. Prima Referenzen.

Sagebiels Etablissement.
Heute, Mittwoch, abends Punkt 9 Uhr:
Grosser Herausforderungs-Ringkampf
Heinrich Eberle
Meisterschaftsringer von Deutschland
gegen
Fred Markussen
Weltmeister, Schleswig-Holstein
bis zur absoluten Entscheidung.
Vorverkauf bei **Käse,** Alsterarkaden, **Wichers,** Steindamm 17, **Café Hammonia,** Reeperbahn, **Sagebiels Etablissement,** täglich von 10 bis 5 Uhr.
Eintrittspreise: M. 6, 5, 4, 2⁵⁰ und 1
und die gesetzliche Billettsteuer.
Des grossen Andranges an der Abendkasse wegen wird empfohlen, die Eintrittskarten schon im Vorverkauf zu entnehmen.

Deutsches Schauspielhaus.
Mittwoch, den 26. Februar 1913:
Belinde,
ein Liebesstück in fünf Aufzügen von Herbert Eulenberg.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¾ Uhr.
Donnerstag, 8 Uhr: Vorletztes Auftreten von Frau Franziska Ellmenreich. **Die Braut von Messina.**
Freitag, 8 Uhr: **Der gute Ruf.**
Sonnabend, 7 Uhr: Hebbel-Zyklus. **Gyges und sein Ring.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu ermässigten Preisen: **Unter dem Schwert 1813.** — Abends 8 Uhr: Letztes Auftreten von Frau Franziska Ellmenreich. **Maria Stuart.**
Montag, 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Neues Theater.
Täglich, abends 8¼ Uhr:
Gastspiel Lene Land.
Vorzugs- u. Vereinskarten gültig.
Eine kitzlige Geschichte.
Lene Land in ihren Schlagern.

Bach-Theater
Heute, Mittwoch, 5 und 8 Uhr:
Der Andere
mit **Bassermann.**

Mecklenbg. Mettwurst Selbstbereitet, wie allerfeinste Landmettwurst
Ia. Schweinefleisch. Das Beste, was herzustellen ist!
bei 9 Pfund à M. 1,60, bei 5 Pfund à M. 1,70 franko Nachnahme, z. Probe zirka ½ Pfund gegen 80 ₰ i. Marken.
F. Behncke, Delik.-Hdlg., Schwerin i. M. 23.

Skatklub „Altenburg". Heute, Mittwoch: Großer Preisskat. W. Schnell, Brennerstr. 53.

Verein Hamburgischer Musikfreunde
Mittwoch, den 26. Febr., abends 8½ Uhr, Musikhalle, grosser Saal:
Volkstümliches Konzert.
Richard Wagner-Abend.
Dirigent: **José Eibenschütz.**
Im Programm u. a.: **Parsifal:** Vorspiel, Karfreitagszauber, Klingsors Zaubergarten. **Rheingold:** Einzug der Götter. **Walküre:** Wotans Abschied.
Eintrittskarten z. d. bekannten Preisen im Bureau des Gewerkschaftskartells, in den einzelnen Gewerkschaftsbureaus und den Verkaufsstellen der „Produktion".
Auf alle Eintrittskarten erfolgt ein Zuschlag von 15 Pfg.
Nächstes volkst. Konzert: Sonntag, 2. März.

Schiller-Theater.
Mittwoch, 26. Februar, abends 8 Uhr:
Separat-Vorstellung.
Die Schiffbrüchigen,
Theaterstück in 3 Akten von Brieux.
Donnerstag: Benefiz **Eugen Moebius.** Gastspiel **Käthe Franck-Witt** und **Maria Moebius-Kuhn.**
„Heimat".
Freitag: **Komtesse Guckerl.**

Theater.
Mittwoch, den 26. Februar:
Stadt-Theater. Lohengrin. Opernpreise. Anfang 7 Uhr.
Thalia-Theater. Frauen, Schauspiel in 4 Aufz. von Franz Adam Beyerlein. Anfang 8 Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Minna von Barnhelm. Kleine Preise. Anfang 7½ Uhr.
Operetten-Theater. Täglich, abends 8 Uhr: **Große Rosinen,** große Posse mit Gesang und Tanz. Sonntag, 2. März, nachm. 3½ Uhr: Einheitspreise 60 ₰, M. 1,10, M. 1,65. **1000 Mark Belohnung.**
Hamb. Operetten-Theater. Heute u. folgende Tage, abds. 8 Uhr: **Der kleine König** von Gunmerich Kalman.
Sonntag, 2. März, nachm. 3½ Uhr, bei kleinen Preisen: **Der lila Domino** von Charles Cuvillier. — Abends 8 Uhr: **Der kleine König.**
Carl Schultze-Theater. Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr: **Puppchen.**
Sonntag, 2. März, nachm. 3½ Uhr, kleine Preise: **Miss Dudelsack.**
Ernst Drucker-Theater. Anfang 8½ Uhr: **Große Revüe! Unser Hamburg einst und jetzt!** Volksposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Fr. Mielck.

Donnerstag, den 27. Februar:
Stadt-Theater. Oberon. Mittlere Opernpreise. Anfang 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Primrose. Anfang 8 Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Kammermusik. Schauspielpreise. Anfang 7½ Uhr.

Flora. Haskel.

Alberte Toulouse.
Byers u. Hermann.
Deta Waldau
und die neuen Attraktionen.
Anf. 7½, Sonntags 5 Uhr.
Sonntags, Dienstags, Freitags:
BALL.

Hansa-Theater
Letzte Woche:
Grete
Wiesenthal
und die grossen
Februar-Attraktionen.
Anfang 8 Uhr. Ende 10⁴⁰ Uhr.

Loebel's „Gemischter"
Bitterlikör.
Ausschank in den meisten Wirtschaften

Piano, fast neu, durch Zufall billig zu verk. Hammerbrookstr. 31, Hpt. r.

Grammophon nur M. 15,50, 20 Musikst., groß. Tricht., noch neu. Wexpassage 15, part.

Gewinnliste
des
Kaninchenzuchtvereins für Hamburg und Umgegend.

Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis	Nr.	Preis
30	99	540	147	896	39	1502	67	1896	37	2517	157
46	57	45	101	913	51	12	10	1918	123	47	21
72	96	52	50	20	121	23	17	59	114	74	65
89	126	59	144	21	105	44	103	2024	34	98	149
98	11	70	112	27	150	1601	107	54	76	2615	28
116	136	98	104	35	47	3	18	99	122	32	4
64	31	602	100	62	84	12	146	2120	125	51	87
70	44	12	56	94	143	55	134	24	148	73	79
95	102	14	23	1024	135	61	62	83	90	76	46
203	55	18	81	28	111	69	130	85	32	88	64
66	30	23	43	29	109	81	12	94	95	89	133
317	25	91	42	32	22	1701	92	2224	59	92	14
50	86	98	8	36	142	18	20	67	54	97	13
424	33	732	49	56	69	28	29	2303	129	2703	131
34	118	35	7	1117	58	39	91	15	38	34	75
37	53	45	15	27	140	49	70	37	3	53	68
66	74	76	115	97	106	61	83	89	24	58	113
94	52	84	110	1202	124	77	16	2407	117	67	1
99	120	88	127	68	89	84	141	16	61	77	119
501	116	93	9	93	72	87	77	43	85	82	45
11	5	817	63	1321	93	1801	19	67	139	2810	94
22	97	53	60	49	108	14	2	73	73	86	145
24	66	56	78	99	82	24	128	77	48	2910	41
31	80	64	36	1451	40	84	71	82	88	70	26
39	27	67	6	92	132	89	35	96	98	78	138

Ohne Gewähr.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 48.

Mittwoch, den 26. Februar 1913.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Die Reform der Kruppschen Werkpensionskasse.

Das Verfahren der Kruppschen Fabrikleitung beim Ausscheiden von Arbeitern aus ihren verschiedenen Betrieben den Ausscheidenden die Rückerstattung der nach den Geschäftsregeln zwangsweise eingezahlten Pensionsbeiträge bei allen ihren Werkpensionskassen zu verweigern, hat seit Jahren nicht nur den allgemeinen Unwillen der aus dem Betriebe ausscheidenden Arbeiter hervorgerufen, sondern es ist auch von verschiedenen Gewerbegerichten, von ordentlichen Gerichten, sowie in juristischen Rechtsgutachten für unzulässig und als ein Verstoß gegen die guten Sitten erklärt worden. Aber man hat dieses Verfahren damit beschönigen wollen, daß man auf das wohltätige Wirken dieser Pensionskassen hinwies. Wie es mit dem wohltätigen Wirken dieser Kassen beschaffen ist, kann man aus einem Auszuge der letzten Abrechnung der Werkpensionskasse der Friedrich Alfred Krupp-Hütte in Rheinhausen ersehen, den die „Westdeutsche Post" mitteilt. Der Mitgliederbestand dieser Kasse war am 1. Januar 1911 5696, die Zahl der im Jahre 1911 neu eingetretenen Mitglieder 6961, Summa 12 657; der Abgang durch Tod war 27, der Abgang aus andern Gründen 6578, Summa 6605; es blieb also Bestand am 31. Dezember 1911 6052. Trotz der so laut gepriesenen Wohlfahrtseinrichtungen der Kruppschen Werke sind also in diesem Jahre aus dieser Hütte mehr Arbeiter wieder ausgetreten, als beschäftigt waren. Also Kruppsche Werke auch Taubenschläge! Dabei hatten die Kruppschen Werkpensionskassen Ende 1911 bei zirka 35 000 Mitgliedern ein Vermögen von rund 24,4 Millionen Mark. Die Einnahme der Rheinhausener Kasse betrug im Jahre 1911: Eintrittsgelder ℳ 33 272,04, Strafen ℳ 13 436,10, Beiträge der Mitglieder ℳ 89 864,54, nicht abgehobene Löhne ℳ 2250,36, Beiträge der Firma ℳ 44811,81, Summa ℳ 183 653,85; davon ab Ausgaben: Pensionen an Witwen, Waisen und Pensionäre ℳ 35 000,95, andere Ausgaben ℳ 40,20, Summa ℳ 35 041,15, bleibt Bestand am 31. Dezember 1911 von ℳ 148 612,70.

Aehnlich lauten die Abrechnungen der andern Kruppschen Werkpensionskassen. Bei ziemlich allen können von den Eintrittsgeldern — ℳ 6 pro Person — allein fast alle Leistungen dieser Pensionskasse bestritten werden; das Uebrige legt die Firma in ihren Betrieben oder sonst zinstragend an. Kann man sich da wundern, daß die Arbeiter der Kruppschen Fabriken von dieser Art Wohlfahrtseinrichtungen nicht entzückt waren und ihnen möglichst bald wieder den Rücken zukehrten? Nur das Reichsgericht hat entgegen diesem allgemeinen Urteil der Beteiligten in einer Entscheidung vom 24. Oktober 1911 sich eine abweichende Ansicht zu eigen gemacht. Doch die öffentliche Meinung hat sich durch diese Entscheidung des Reichsgerichts nicht in ihrem Urteil darüber beirren lassen. Die gesamte sozialpolitische Literatur, das Aufsichtsamt für Privatversicherungen, der Verbandstag deutscher Gewerbegerichte und die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, sie alle ließen sich durch die Entscheidung des Reichsgerichts vom 24. Oktober 1911 nicht irre machen, so daß sich schließlich die Verwaltung der Kruppschen Werkpensionskassen sagen mußte, daß sie diesem allgemeinen Wiederspruch gegenüber ihr bisheriges Verfahren nicht länger beibehalten könne, sonst mußte sie befürchten, daß durch ein gesetzgeberisches Eingreifen doch eine Beseitigung dieser bedenklichen Pensionskassenverwaltung herbeigeführt werde.

Deshalb zog sie es vor, bei Gelegenheit der Einführung der neuen Alters- und Angestelltenversicherung ihre Pensionskassenverwaltung lieber selber zu reformieren, namentlich eine Abgangsvergütung einzuführen. Doch auch bei dieser freiwilligen Reform ihrer Werkspensionskasse behielt es die Leitung im Auge, daß die austretenden Arbeiter die ihnen zurückzuzahlenden Beiträge möglichst wenig in die Hände bekommen, um sie, wie man sagt, bei ihrer Unerfahrenheit vor Verlusten zu schützen, in Wirklichkeit, um sie von frühem Austritt abzuhalten. Man legte den Vorständen der Alterspensionskasse einen neuen Satzungsentwurf vor, welcher die durch die Hinterbliebenenversicherung und Angestelltenversicherung verlangten Aenderungen berücksichtigt. Dieser Entwurf sieht davon ab, die nach § 1321 der Reichsversicherungsordnung mögliche volle Anrechnung der staatlichen Bezüge eintreten zu lassen; nur die bisher schon bestehende Anrechnung der halben Invalidenrente und der halben Hinterbliebenenbezüge der Kasse wurde auf die Pensionsbezüge festgelegt, was übrigens schon seit dem Inkrafttreten des betreffenden Buches der Reichsversicherungsordnung geschah. Dann wurde die Wartezeit zur Erlangung des Pensionsanspruches gekürzt. Sie betrug bisher 20 Jahre und war nur bei besonders schwerer Arbeit auf 15 Jahre bemessen. Sie wurde jetzt, um Streitigkeiten zu vermeiden, den Wünschen der Arbeiter entsprechend, allgemein auf 15 Jahre festgesetzt. Nach dieser fünfzehnjährigen Dienstzeit soll die Mindestpension 30 pZt. des Durchschnittsverdienstes betragen und in den folgenden fünf Dienstjahren jährlich um 2 pZt. und dann jährlich um 1½ pZt. steigen. Nach den alten Satzungen durften die gesamten Pensionsbezüge aus den Pensionskassen und aus den staatlichen Invaliden- und Unfallversicherungen 75 pZt. des in Betracht kommenden Jahresverdienstes nicht übersteigen. In Zukunft darf nach dem Entwurfe die Pension allein bis 75 pZt., die gesamten Bezüge aber bis 80 pZt. des in Betracht kommenden Jahresverdienstes betragen.

Gegen diese Aenderungen wird wohl allgemein seitens der Arbeiter nichts eingewendet werden. Auch gegen eine von der Firma gewünschte Erhöhung der Beiträge zur Deckung der durch die Vorschläge des Entwurfes bedingten Mehrausgaben, die sich bei den Beiträgen der Arbeiter und der Firma von 2½ pZt. auf 3 pZt. des Lohnes bis zu ℳ 2000 dadurch steigert.

Was die Beitragserstattung oder Abgangsvergütung betrifft, so sollen eine solche zu beanspruchen alle berechtigt sein, die bei ihrem Ausscheiden einer Kruppschen Werkpensionskasse mindestens fünf Jahre angehört haben. Diese Abgangsvergütung soll beim Beginn des zweiten Kalendervierteljahres nach dem Tage des Ausscheidens in der ganzen Höhe der Beiträge gewährt werden, die das Mitglied seit Ablauf der ersten drei Jahre seiner Beschäftigung entrichtet hat. — Aber nun kommt die Verklausulierung, mit der die Arbeiter gar nicht einverstanden sein können. „Damit diese Abgangsvergütung nicht geradezu einen Anreiz zur vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bilde", wird sie in bar nur ausgezahlt, wenn ein Mitglied wegen andauernder Krankheit entlassen wird oder vor Erlangung einer Pension stirbt oder in eine Kruppsche Beamtenpensionskasse aufrückt. In allen übrigen Fällen wird der Betrag für das betreffende Mitglied als eine einmalige Prämie einer Lebensversicherung der Vereinsversicherungsbank für Deutschland A.-G. Düsseldorf überwiesen oder auf Antrag zur Begründung einer freiwilligen Zusatzversicherung nach §§ 1472 bis 1482 der Reichsversicherungsordnung verwendet. Die Versicherungssumme der Lebensversicherung soll beim Tode oder bei Erreichung des 60. Lebensjahres bar ausgezahlt werden. Bezieht der Betreffende vor Erlangung des 60. Lebensjahres eine Rente aus einer reichsgesetzlichen Versicherung, so soll ihm auf seinen Wunsch statt der Versicherungssumme der Rückkaufwert der Versicherungssumme auch vor Erreichung des 60. Lebensjahres ausgezahlt werden. Leider macht die Verwaltung der Pensionskasse gar keine Mitteilung über die Größe des dann von der Versicherungssumme gemachten Abzuges. Die Versicherungsgesellschaften sind ihrerseits bekanntlich besonders stark in der Beschreidung einer Versicherungssumme bei ihrer Begleichung vor der Ablauffrist.

Jedenfalls hat die Leitung der Kruppschen Werkpensionskasse in dieser von der Aufsichtsbehörde leider genehmigten Vertauschung der Pensionsbeträge gegen Lebensversicherungen ein ausgezeichnetes Mittel, die Arbeiter nach wie vor fest in ihren Dienst zwingen zu können.

Parteinachrichten.

Landtagskandidaturen in Preußen.

Zu den preußischen Landtagswahlen nahm am Sonntag eine Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg Stellung. Dieser Kreis deckt sich mit den drei Landtagswahlbezirken Schöneberg-Neukölln, Charlottenburg und Teltow-Beeskow. In Schöneberg-Neukölln hatten wir schon 1908 nahezu die absolute Mehrheit. Da sich inzwischen die Verhältnisse noch zu unseren Gunsten verschoben haben, so rechnen unsere Parteigenossen mit Bestimmtheit auf den Sieg. Die Generalversammlung stellte als Kandidaten für Schöneberg-Neukölln den Genossen Hué auf, um mit ihm einen geeigneten Vertreter der Bergarbeiterinteressen in den Landtag zu bringen. Für Charlottenburg wurde Genosse Zietsch und für Teltow-Beeskow, einen vorwiegend ländlichen Kreis, der zwei Abgeordnete zu wählen hat, an erster Stelle Genosse Hofer (Landwirt in Ostpreußen) und an zweiter Stelle Genosse Groger aufgestellt.

Arbeiterbewegung.

Streik, Aussperrung und Sperren.

(Streiks, deren Fortdauer man uns nicht mindestens allmonatlich anzeigt, werden gestrichen.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Bauarbeitern nach den Baustellen Lipperts u. Zarp, Hermannstal, Meißner, Kegelhofstraße, Matthies u. Winterfeld, Baugeschäft, J. Fitschen, Mozartstraße, G. Hövet, Bachstraße und Ofterstraße, W. Dahl, Hellbrook, und Anton Borsutzky, Mirowstraße, W. Naefken, Käthnerort, sämtlich wegen Nichtzahlung der Löhne, ferner nach dem Plattengeschäft von Höhne Söhne;

Binnenschiffern (Deckleuten und Maschinenpersonal) nach den Schiffahrtsbetrieben der Elbe, Havel, Saale, Oder und märkischen Wasserstraßen;

Bunkerleuten und Trimmern nach dem Hamburger Hafen, insbesondere nach der Kohlenheber-Gesellschaft, Hamburg;

Bühnenarbeitern nach dem Neuen Operettentheater;

Dachdeckern nach den Geschäften von E. Müller, Kampstr. 19, und E. Schröder, Auf den Blöcken 11, Hamburg;

Maschinisten, Assistenten und Hilfspersonal nach den Fischdampferreedereien in den Unterweserhäfen Geestemünde, Bremerhaven und Nordenham;

Maschinisten und Heizern nach den Schiffahrtsbetrieben der Elbe, Oder, Havel, Saale und märkischen Wasserstraßen;

Metallarbeitern nach der Drahtwarenfabrik, Drahtzieherei und Verzinkerei von H. C. Wulf, Eidelstedt;

Textilarbeitern und Treibriemensattlern nach der Treibriemenfabrik von Conrad Scholtz, Hamburg-Barmbeck, nach dem Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen, Gimsbüttelerstraße 34, und dem des Verbandes nationaler Arbeiter für Hamburg und Umgegend, Pulverteich 27;

Tischlern und Bauanschlägern nach der Tischlerei Zinecker u. Gebular, Werkstatt Hoheluftchaussee 40, und Bau Maria-Louisenstraße, Ecke Lempfad; nach der Tischlerei Timm-Altona, Schauenburgerstraße 46, und den Bauten Am Rondeel 1—3, Bauherr Heidel, Bellevue 20, Bauherr Oertling, Ecke Alsen- und Gefionstraße, Altona, Bauherr Timm;

Töpfern nach: Gebrüder Tornow, J. Bittermann, Neubauten Wiesendamm und Osterbeckstraße, Haberland-Geesthacht und Hezinger.

Hamburg und Umgegend.

Aussperrung und Streik im Hamburger Hafen!

Im Hamburger Hafen stehen die Bunkerleute in einem schweren Abwehrkampfe.

Die Arbeiter der Export-Lagerhausgesellschaft sind sämtlich ausgesperrt.

Die Binnenschiffer kämpfen um die Mindestnachtruhe.

Menschenhändler sind auf der Suche nach Arbeitswilligen.

Arbeiter! Haltet den Zuzug fern!

Verhindert, daß Verräter an der Arbeitersache den Kämpfenden in den Rücken fallen!

Achtung, Maschinisten und Heizer!

Die Aussperrung in den Fischdampfer-Reedereien der Unterweser dauert fort!

Uebt Solidarität!

Zum Streik in der Binnenschiffahrt.

Der Arbeitgeberverband greift zu den verzweifeltsten Mitteln. Jetzt versucht er sogar, Firmen, die bereits einen Vertrag über die Nachtruhe mit den beiden Organisationen der Schiffsmannschaften eingegangen sind, zum Vertragsbruch zu verleiten. Das beweist folgendes Schreiben, das uns ein günstiger Wind auf den Tisch wehte:

Hamburg, den 21. Februar 1913.

Herrn

Name .....

Ort .....

Die Ihnen neuerdings von den Arbeitnehmerverbänden eingereichten Tarifverträge werden Sie erkennen lassen, daß die damit aufgestellten Forderungen unerfüllbar sind, wenn Sie sich nicht völlig dem Willen der sozialdemokratischen Organisationen unterwerfen wollen. Es bietet sich Ihnen hier die vielleicht nicht unerwünschte Gelegenheit, Ihre Zusage wieder zurücknehmen, was sich durch die eingereichten Forderungen leicht begründen lassen wird. Der momentan möglicherweise erzielte geringe Vorteil gegenüber den stilliegenden Unternehmungen kann die dauernden Nachteile nicht aufwiegen, die Ihnen zugefügt werden, wenn Sie sich den Wünschen der Verbände unterwerfen. Ihr Platz ist an unserer Seite, deshalb richten wir an Sie nochmals den Appell, sich mit uns solidarisch zu erklären und die Aufnahme in unsern Verband zu beantragen, zu welchem Zwecke wir eine Beitrittserklärung hier beifügen.

Gefälliger Antwort gewärtig zeichnen wir

Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und verwandten Gewerbe.

„Unerfüllbare Forderungen" — „völlige Unterwerfung unter den Willen der sozialdemokratischen Organisationen" — diese Phrasen sollen bewirken, daß die bewilligt habenden Unternehmer Vertragsbruch begehen und ihre Betriebe stillegen? Das werden sich einsichtige Unternehmer wohl noch sehr überlegen.

Die Firma Behnecke & Mewes in Hamburg sowie ein Vermittler Blankenburg aus Hamburg behalten den Arbeitswilligen als Pfand für gute Leistungen die Uhr ein, damit die „nützlichen Elemente" nicht so schnell die Fahrzeuge verlassen können. Hoffentlich lehnen sich die Pfandleihgeschäfte dagegen bei der Behörde auf.

Achtung, Arbeiter!

Wegen Ablehnung jeglicher Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind die Arbeiter und Handwerker der Firma Anglo-Continental vorm. Ohlendorffsche Guanowerke A.-G. in den Streik getreten.

Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

Haltet den Zuzug fern! Seht den Menschenhändlern auf die Finger! Verrichte keiner Streikarbeit für obige Firma. Hoch die Solidarität!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Deutscher Metallarbeiterverband.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Friseurgehilfen-Konferenz.

Die diesjährige Bezirkskonferenz fand am Montag, 24. Februar, im Gewerkschaftshause in Hamburg statt. Vertreten waren Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven, Hamburg, Harburg, Itzehoe, Kiel, Lüneburg, Oldenburg und Wilhelmshaven; ohne Vertretung waren Lübeck und Neumünster. Aus dem Bericht des Obmanns Hartrampf und den Berichten der Delegierten über die agitatorische Tätigkeit und den Stand der Organisation an den einzelnen Orten ist zu erwähnen, daß die Zahl der geleisteten Beiträge von 18 144 im Jahre 1911 auf 19 076 im letzten Jahre gestiegen ist und damit die Anzahl der vollzahlenden Mitglieder von 349 auf 367. Während einzelne Mitgliedschaften — wie Hamburg, Bremen, Harburg — Fortschritte zu verzeichnen haben, stagniert insbesondere in Kiel die Bewegung seit Jahren. Die dortige Innung hat im Herbst 1908 beschlossen, organisierte Gehilfen dürfen nicht beschäftigt werden bezw. sind zu entlassen, in stillschweigendem Einverständnis mit den übrigen Meistervereinigungen. Die Meister gründen dort für „ihre" Gehilfen die „richtigen" Vereine, denen sie dann Zuwendungen aus kommunalen Mitteln für ihre Fachkurse erwirken. Um nun endlich einmal den ernsthaften Versuch zu machen, der zünftlerischen Koalitionsrechtsräuberei zu begegnen, beschloß die Konferenz, dem Kieler Gewerkschaftskartell die Situation klarzulegen und es um die nötige Unterstützung anzugehen. Die Bewegung zur Einführung des Zwölfuhr-Sonntagsschlusses findet immer mehr Verständnis, wogegen der Achtuhr-Ladenschluß mangels einer Handhabe zu dessen Einführung auf gesetzlicher Grundlage noch keinen Eingang findet. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen macht im Bezirk erfreuliche Fortschritte, doch handelt es sich durchweg um Einzelverträge. Die gegenwärtige Betriebsweise des Gewerbes befindet sich in fortschreitendem Verfall. Die Zahl der Alleinmeister nimmt mit der Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse zu, die festen Stellen für die Gehilfen werden seltener, die Aushilfen mehr. Diese Tendenz tritt ganz plötzlich in Erscheinung, sobald eine irgendwie günstigere Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgt ist. Die Lohnpolitik der Innungen wurde an einem Beispiel aus Bremen gekennzeichnet. Diese Innung sucht seit Jahren aus allen Himmelsrichtungen stellungslose Gehilfen anzulocken unter der Angabe, in Bremen sei stets großer Mangel an Gehilfen. Dabei hatten sich nach dem letzten Bericht der Innung über die Frequenz ihres Arbeitsnachweises 1462 stellungsuchende Gehilfen gemeldet, wovon 213 in Bremen und 438 in der Nordwestecke untergebracht wurden, wonach aber 811 Gehilfen ohne Stellung blieben. Einem derart verwerflichen Treiben müsse ganz energisch Einhalt geboten werden.

Ein schwieriges Problem für die Organisation bildet die Besetzung von Stellen in den Provinzorten. Die Lohnverhältnisse in Hamburg scheinen den Gehilfen an Orten mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen begehrenswert. Anstatt nun an ihren Orten auf eine Verbesserung der Verhältnisse hinzuwirken, drängen die Gehilfen in die Großstädte und arbeiten so lange zur Aushilfe, bis sich eine feste Stelle findet, was unter Umständen monatelang dauert. Während die Innungs-Arbeitsnachweise bis zu einem gewissen Grade durch Zwang durchsetzen können, daß ein Teil der zureisenden Gehilfen in den Provinzorten Stellung nimmt, muß die Organisation durch Aufklärung versuchen, ihre Mitglieder zu veranlassen, auswärts in Stellung zu gehen. Die Fluktuation der Gehilfen in den kleinen Städten ist ziemlich stark, so daß den dort bestehenden Zahlstellen das Leben sehr erschwert ist. Ohne der Frage praktisch näher zu kommen, war sich die Konferenz darüber einig, daß nichts unversucht bleiben dürfe, die freiwerdenden Stellen in tariflich geregelten Betrieben in der Provinz mit Verbandsmitgliedern zu besetzen. Eine Anregung zur Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises für den Bezirk wurde nicht weiter verfolgt, da ja jetzt schon die Arbeitsnachweise in Bremen und Hamburg die Vermittlung nach der Provinz besorgen.

Zu welchen Zwecken die Lehrlinge gebraucht werden, ging aus dem Bericht für Harburg hervor, wo Lehrlinge mit Stuhlflechten und mit der Sielreinigung beschäftigt wurden. Diese Beschäftigung wird wohl am Ende damit zu rechtfertigen versucht werden, daß, wer die Stuhlflechterei erlernt hat, um so leichter in die Geheimnisse der Haarflechterei eingeweiht werden kann und die Erfassung der hygienischen Grundsätze durch Sielreinigung wesentlich gefördert werde.

Die ständige Klage, daß die übrigen organisierten Arbeiter sich noch viel zu wenig darum kümmerten, ob die sie bedienenden Friseurgehilfen organisiert sind oder nicht, wurde besonders aus Wilhelmshaven laut. Wegen der Durchführung des Kölner Gewerkschaftskongreßbeschlusses solle der Verbandsvorstand sich mit der Genekalkommission in Verbindung setzen.

In der Nachmittagssitzung erfolgte zunächst eine Auseinandersetzung über die Beurteilung der Hamburger Zwangsinnung durch das Verbandsorgan. Da diese den durch und durch reaktionären Zwangsinnungen im Gewerbe in der Lohnfrage usw. als Vorbild hingestellt wird, wurde die Position der Gehilfenvertretung in Hamburg durch die günstige Beurteilung ihrer Innung erschwert. Der Verbandsvorsitzende Eykorn-Berlin referierte dann über das Rekrutierungsgebiet der Organisation. Hierbei wurde die Notwendigkeit der mündlichen Agitation als Grundlage jedweder Agitationstätigkeit betont und auch die Förderung der fachlichen Weiterbildung. Die Lohntarife im Bezirk bildeten den Gegenstand einer besonderen Erörterung, da in diesem Jahre mehrere Verträge erneuert werden müssen. Dabei spielte auch die Frage eine Rolle, ob mit Alleinmeistern Vereinbarungen zu treffen resp. aufrecht zu erhalten seien für den Fall, daß diese Gehilfen beschäftigen müssen. Den Bremer Vertretern wurde bedeutet, daß diese rein taktische Frage je nach den besonderen örtlichen Verhältnissen zu regeln sei, in prinzipieller Beziehung aber der Standpunkt aufrecht erhalten werden müsse, daß Forderungen nur an Gehilfen beschäftigende Meister gestellt und nur von solchen bewilligt werden können. Nach der Wiederwahl des Obmanns Hartrampf schloß dieser die Konferenz um 6 Uhr mit einem Hoch auf den Verband.

Achtung, Maler!

Auf der Insel Helgoland sind die Maler sämtlich ausgesperrt worden, weil sie sich gegen angedrohte Tarifverschlechterungen zur Wehr setzen wollten.

Vor Arbeitsannahme für Helgoland wird gewarnt!

Man ziehe erst Erkundigungen bei der Hamburger Ortsverwaltung des Malerverbandes im Gewerkschaftshause ein.

Zweierlei Recht.

h. Daß in Preußen das System des zweierlei Rechts gepflegt wird, darüber kann bei allen Einsichtigen kein Zweifel mehr bestehen. Besonders eklatant trat dies zutage bei einer Versammlung der norddeutschen Malermeister am vorigen Mittwoch in Flensburg. Wie das Organ des dänischen Arbeitgeberverbandes, „Arbejdsgiveren", meldet, war dazu auch der Vorsitzende der Kopenhagener Malerinnung geladen, und zwar hauptsächlich deswegen, um durch ihn die dänisch gesinnten Malermeister in Nordschleswig in den Verband der deutschen Malermeister zu bringen. Anfänglich hatte man befürchtet, daß der dänische Innungsmeister nicht in seiner Muttersprache sprechen dürfe, aber dagegen hatte in diesem Falle die Flensburger Polizei nicht das geringste einzuwenden. Er sprach dann auch darüber, wie ein Unternehmerverband aussehen müsse und betonte besonders den Vorteil internationaler Zusammenarbeit. Der Vortrag erweckte Begeisterung unter den Malermeistern und die dänisch Gesinnten traten dem deutschen Verband einmütig bei. Wörtlich schreibt nun „Arbejdsgiveren":

„Die paar Beamten, die die Versammlung überwachten, um zu kontrollieren, daß des Deutschen Reiches Wohlfahrt nicht in Gefahr kam, schienen ebenso begeistert für den Vortrag zu sein, wie die Mitglieder des Verbandes, welche zum Dank dafür den dänischen Innungsmeister zum Ehrenmitglied ernannten."

Fast täglich werden dänisch Gesinnte in Nordschleswig schikaniert und bestraft wegen des Gebrauchs ihrer Muttersprache, Vorträge in dänischer Sprache verboten, auch wenn sie noch so harmlos sind, die Redner werden, wenn sie aus Dänemark kommen, ausgewiesen, ohne nur erst zum Wort gekommen zu sein. Und hier kann ruhig ein Agitator der dänischen Unternehmerbewegung reden, die Vorteile der Internationalität schildern und die Beamten sind — begeistert! Ob sie auch ebenso begeistert wären, wenn der Vorsitzende des dänischen Malergehilfenverbandes, der gegenwärtig im Konflikt mit den Meistern sich befindet, nach Nordschleswig käme und die dortigen dänischen Malergehilfen in den deutschen Malerverband einzutreten aufforderte?! Natürlich würde dieser in Nordschleswig nicht ein Wort sagen dürfen, die Ausweisungsorder wäre fertig, ehe er noch einen Fuß auf Nordschleswigs Erde setzte.

Deutsches Reich.

Die Schiedssprüche im Malergewerbe.

Die Schiedssprüche der drei Unparteiischen liegen nunmehr im Wortlaut vor. Im allgemeinen Teil wird u. a. über die Verkürzung der Arbeitszeit gesagt: Von einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit ist abzusehen. Dagegen erscheint es berechtigt, in einem Teile der Städte mit zehn Stunden Arbeitszeit die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen; insofern sie von den Gau-Schiedsgerichten in diesem Umfange festgesetzt wurde, sei sie zu bestätigen. Als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung soll ein Pfennig bei einer halbstündigen Verkürzung angenommen werden. Heilbronn erhielt eine viertelstündige Arbeitszeitverkürzung und als Ausgleich 2 Pfennig Lohnzulage. Die Unparteiischen gingen von der Ansicht aus, daß eine allgemeine Lohnzulage nicht beschlossen werden könnte, sie müsse nach der Zusage der Unternehmer, die eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen versprachen, als selbstverständlich gelten.

Zu den Löhnen beschlossen die Unparteiischen: Die Entscheidungen der Gauschiedsgerichte werden, soweit sie eine Lohnerhöhung von 2 bis 5 ₰ vorsehen, bestätigt. Alle außer dieser Grenze beschlossenen Lohnerhöhungen waren zu ändern. Bei Verteilung der Lohnerhöhung auf die drei Jahre des Tarifvertrages ist das erste Jahr mit 2 ₰ zu berücksichtigen. Nur für tarifliche Löhne war eine Erhöhung anzusprechen. Die Lohnerhöhung soll gleichzeitig mit dem Tarif am 1. März 1913 in Kraft treten.

Zur Frage des Arbeitsnachweises beschlossen die Unparteiischen: In der neuen Fassung des Vertrages bezwecken die Unparteiischen eine weitere Förderung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage, es müssen die bisherigen Nachweise entsprechend dieser Tarifänderung umgestaltet werden. Die Ortstarifämter haben außerdem wieder genau zu prüfen, ob ein paritätischer Nachweis zu errichten ist.

Der Tarif gilt für beide Organisationen auch dort, wo bisher Verträge nicht bestanden. Wo die beiden Organisationen vertreten sind, ist auch ein Vertrag abzuschließen.

In den sieben Bezirken des Verbandes werden im Malergewerbe 64 409 Personen beschäftigt. Die Arbeitszeit ist in 30 Orten für 10 629 Gehilfen durchschnittlich um eine halbe Stunde täglich verkürzt. Lohnerhöhungen von 2 ₰ erhalten 865 Beschäftigte, 3 ₰ 2769, 4 ₰ 15 385, 5 ₰ 32 632, 6 ₰ 10 690, 7 ₰ 2054 Beschäftigte. Wedel bei Hamburg erhält 15 ₰ Zulage und wird dadurch mit Hamburg im Lohn gleichgestellt. Es erhalten somit unter 5 ₰ Lohnzulage 29,7 pZt., 5 ₰ 50,7 pZt. und über 5 ₰ 19,6 pZt. der Beschäftigten. Von den größeren Städten erhalten Breslau, Plauen und Braunschweig 7 ₰, Hamburg und Osnabrück 6 ₰, Berlin, Bremen, Kiel, Lübeck, Essen, München, Stuttgart, Königsberg, Magdeburg und Dresden 5 ₰, Leipzig 4 ₰.

Diese Beschlüsse der Unparteiischen, die auf Grund der Entscheidungen der Gauschiedsgerichte getroffen wurden, unterliegen nunmehr der Beschlußfassung des außerordentlichen Verbandstages der Maler, der heute, 26. Februar, in Berlin tagt.

Unerhörter Terrorismus einer Zwangsinnung.

Zu einem neuen Mittel, die Zwangsinnungen noch rücksichtsloser in den Dienst der Unternehmerinteressen zu stellen, hat die Breslauer Zwangsinnung der Tapezierer gegriffen. Die schwebenden Tarifverhandlungen mit den Gehilfen brach die Zwangsinnung am Tage des Tarifablaufs ab, sie verfügte die Aussperrung der Gehilfen, als diese nicht die verlangten Tarifverschlechterungen hinnehmen wollten. Natürlich folgte nur der kleinere Teil der Innungsmitglieder dem Aussperrungsbeschluß. Der größere Teil sperrte nicht aus. In dieser Situation griff die Leitung der Zwangsinnung zu dem Mittel, die Aussperrung zwangsweise anzuordnen. Der Innungsvorstand verfügte:

„Tapezier-Innung zu Breslau.

Breslau, den 21. Februar 1913.

Herrn Mitglied .....

Beschluß der Vorstandssitzung vom 20. Februar 1913.

Bezugnehmend dem gefaßten Beschluß der sofortigen Aussperrung der Tapeziergehilfen in der außerordentlichen Versammlung 17. 2. 13, im „Pariser Garten", abends 7½ Uhr, haben Sie sich bis dato nicht gefügt und ist festgestellt worden, daß Ihre Leute weiter beschäftigt wurden, trotzdem Ihnen dieser Beschluß durch persönliche Anwesenheit oder am nächsten Tage durch Drucksache bekannt war.

Laut Satzung 10 des Innungsstatuts werden Sie hiermit in eine Ordnungsstrafe von

Zwanzig Mark

genommen.

Außerdem haben Sie sofort den Aussperrungsbefehl auszuführen, sofern Sie nicht innerhalb 24 Stunden in eine neue Ordnungsstrafe genommen sein wollen. Da Ihr Vorhaben den Interessen obiger Innung gegenüber als schädigend zu bezeichnen ist.

Der Vorstand.
J. A.: Julius Mann."

Hier werden also die Zwangsmaßregeln gegen Mitglieder von Zwangsinnungen, wie wir solche im Bäcker-, Fleischer- und Friseurgewerbe gesehen haben, noch weiter fortgeführt. In diesen Fällen handelte es sich darum, daß den Mitgliedern von Zwangsinnungen unter Strafandrohung der Sonderabschluß von Tarifverträgen oder die Veröffentlichung des Tarifabschlusses verboten wurde. Die Breslauer Tapezierer-Zwangsinnung geht aber noch einen Schritt weiter. Sie will zwangsweise durch Straffestsetzung ihre Mitglieder dahin bringen, daß diese ihre Arbeiter aussperren.

Die Aussperrung wurde beschlossen, weil die Arbeiter im neuen Tarif nicht Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsbedingungen akzeptieren wollten. Die Zwangsorganisation der Meister soll nun das Mittel abgeben, um die Arbeiter durch eine Aussperrung zur Annahme der Verschlechterungen zu zwingen. Unverschämter kann doch der Terrorismus nicht mehr getrieben werden! Die Unternehmer schreien allerorts nach Mitteln gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter, sie selbst aber etablieren, ungehindert vom Staatsanwalt, die tollste Schreckensherrschaft! Ein größerer Teil der Breslauer Innungsmitglieder wird sich dem Terrorismus der Zwangsinnung nicht fügen, sondern den Fall zum Austrag bringen. Einen besonderen Beigeschmack bekommt das Vorgehen der Zwangsinnung noch dadurch, daß der Zwang vorzugsweise auf den kleinen handwerkerlichen Betrieben ruht. Die größeren Fabrikbetriebe gehören der Zwangsinnung nicht an, bei diesen scheidet der Druck der Zwangsinnung von vornherein aus. Die Wut der vielen kleinen und mittleren Unternehmer, die zwangsweise zur Aussperrung der Arbeiter gebracht werden sollen, während die Arbeit drängt, ist groß, um so mehr, weil sie sehen, daß die Großbetriebe vom Terrorismus der Zwangsinnung nicht berührt werden.

Der Kampf der Breslauer Tapezierer geht weiter. Sorgt überall für die Fernhaltung des Zuzuges.

Achtung, Schuhmacher!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma E. Liebmann (Schuhfabrik „Hassia") in Offenbach a. M. haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Die Firma gibt sich die erdenklichste Mühe, aus allen größeren Schuhindustrieorten qualifizierte Arbeiter zu bekommen. Zuzug ist daher strengstens fernzuhalten.

Lohnbewegung im Bildhauergewerbe.

In Bremen stehen die Bildhauer der „Bremer Möbelindustrie, Akt.-Ges." im Streik. Es wurde ihnen zugemutet, nicht nur zu denselben niedrigeren Preisen die Arbeiten anzufertigen, wie die Kleinmeister am Orte, sondern sie sollten einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 50 auf 53 Stunden ihre Zustimmung geben. In allen übrigen Möbelfabriken und Tischlereien besteht für die Bildhauer die fünfzigstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer in der Bremer Möbelindustrie stützten sich darauf, der Anweisung des Unternehmerverbandes Folge geben zu müssen; es könne nicht geduldet werden, daß eine einzelne Gruppe im Betriebe eine kürzere Arbeitszeit habe. Bisher hatten die Bildhauer in der Fabrik aber diese kürzere Arbeitszeit.

In Osterode a. Harz haben die Bildhauer und Hilfsarbeiter der Alabasterfirma Kochendörfer, Hofkunstanstalt, geschlossen die Kündigung eingereicht. Organisiert sind die Arbeiter teils im Zentralverein der Bildhauer, teils im Porzellanarbeiterverband. Vor kurzem erst wurde die Firma durch einmütiges Zusammenhalten der Arbeiter gezwungen, die neunstündige Arbeitszeit wieder einzuführen, die früher schon für die Bildhauer bestanden hatte. Neuerdings wurde zwei Vertrauensleuten des Zentralverbandes der Bildhauer im Betriebe gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangels. Einige Tage vorher war aber angeordnet worden, daß wieder volle Zeit gearbeitet werden müsse. Von den Arbeitern wurde die Kündigung als Maßregelung angesehen. Mehrere Versuche, mit der Firma zu verhandeln, scheiterten, der Fabrikausschuß wurde auf eine schriftliche Vorstellung ohne jeden Bescheid gelassen. Da blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als durch einmütiges Vorgehen sich mit ihren beiden Vertrauensleuten solidarisch zu erklären.

In Schönlanke (Prov. Posen) machen sich die erbärmlichen Zustände der Massenartikelbranche für die Arbeiter sehr bemerkbar. Die Firma Zisak tut sich darin besonders hervor. Trotz eines bestehenden Tarifvertrages versuchen die Unternehmer fortgesetzt, die Bildhauerarbeiten (Dutzendware, Pfennigartikel) immer weiter noch im Preise herabzudrücken. Obwohl die Akkordpreise für neue Muster mit einer Lohnkommission zu vereinbaren sind, setzen die Unternehmer die Preise eigenmächtig fest. Die organisatorische Zerrissenheit der Arbeiter kommt ihnen dabei zustatten. Ein Teil der Arbeiter ist im Zentralverein organisiert,

der andere Teil ist im christlichen Holzarbeiterverband und der Rest ist unorganisiert.

In Darmstadt, Erfurt, Großschönau und Langenöls sind die Holzbildhauer an der Tarifbewegung im Holzgewerbe interessiert, es handelt sich dort für sie um einige besondere Forderungen, die in der Eigenart des Berufs begründet sind, die aber nur bei den Verhandlungen mit den Holzarbeitern durchgesetzt werden können. — In Böhmen stehen die Baubildhauer und Stukkateure in einer Tarifbewegung, die schon teilweise zur Arbeitsniederlegung geführt hat. Die deutschen Bildhauer werden daher ersucht, Arbeitsangebote nach dorthin nicht anzunehmen.

Internationales.

Ein neuer Eisenbahnerkonflikt in England.

L. K. London, 24. Februar. Auf der englischen Midland-Eisenbahn droht ein allgemeiner Streik auszubrechen. Wie bei dem jüngsten Streik auf der Nordostbahn, entsprang auch dieser Konflikt aus der Maßregelung eines einzigen Angestellten. Der Schaffner Richardson, der in Normaton bei Leeds zu Hause ist, wurde entlassen, weil er sich weigerte, die gedruckten Vorschriften der Eisenbahngesellschaft auf das Geheiß eines Vorarbeiters zu brechen. In diesem Falle handelt es sich um die Vorschrift, daß für die bestimmte Anzahl von Güterwagen eine Bremse von bestimmter Kraft verwendet werden muß. Richardson wurde von einem Vorarbeiter befohlen, eine größere Anzahl leerer Wagen als seine Bremse nach den Vorschriften gestattete, auf der ziemlich steilen Strecke von Chesterfields nach Leeds mitzunehmen. Er verweigerte diese Arbeit als regelwidrig und gemeingefährlich. Wegen dieser Weigerung wurde er vom Eisenbahnvorsteher entlassen. Er appellierte an den Generaldirektor der Eisenbahn und daraufhin an die ganze Direktion, aber beide Instanzen wiesen ihn ab.

Diese Maßregelung hat unter den Eisenbahnern der ganzen Linie große Aufregung hervorgerufen. Schon seit Monaten herrscht gerade auf der Midland-Eisenbahn große Unzufriedenheit wegen der gegen die Arbeiter praktizierten kleinlichen Tyrannei und Nadelstichpolitik. Dieser neueste Fall aber, bei dem das Recht so deutlich auf der Seite des Arbeiters ist, scheint dem Faß den Boden ausgeschlagen zu haben. Massenversammlungen in fast allen Mittelpunkten der Linie fordern den Generalstreik, um die Wiedereinsetzung Richardsons zu erzwingen, insbesondere die Eisenbahner von Birmingham, Sheffield, Leeds und Bradford sind zum Kampf entschlossen. An vielen Orten sind die Arbeiter überzeugt, daß die lebensgefährdende Ueberladung der Bremsen eine berechnete Politik der Eisenbahngesellschaften ist, um an Arbeitskräften sparen zu können.

Die Zentralleitungen der Eisenbahnerorganisationen haben diese Angelegenheit in ihre Hände genommen. Sie versuchen zunächst, die Eisenbahndirektion durch Vermittlung des Handelsministeriums zum Rückzug zu bewegen. Sollte dieser Versuch jedoch nicht zum Ziele führen, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß es zu einem Streik kommen wird, und zwar zu einem Streik, der sich mindestens auf die ganze Midlandlinie erstrecken würde, denn die Führer der Eisenbahner sind fest entschlossen, sektionale oder lokale Streiks zu vermeiden.

Soziale Rundschau.

Krüppelelend und Staatsfiskus!

dt. Zwei interessante Rentenstreitsachen, die bemerkenswerte Beiträge zu dem Kapitel Krüppelfürsorge im Lande der Sozialreform liefern, gelangten jetzt vor dem Oberversicherungsamt der sächsischen Staatsbahnen in Dresden zur Verhandlung. Der ehemalige Güterbodenarbeiter H. erlitt im Jahre 1889 im Eisenbahnbetriebe einen schweren Unfall dadurch, daß er beim Verladen einer Kiste zu Fall kam und von der Last begraben wurde, wobei er einen mehrfachen Bruch des linken Unterarmes davontrug. Bei der Heilung traten Komplikationen ein und die Folge davon war, daß der Arm völlig verkrüppelte. Der linke Arm ist gänzlich gebrauchsunfähig; die Verkrüppelung also gleichbedeutend mit dem Verlust des ganzen Armes. Der Staatsfiskus mußte dem Verletzten für die durch Unfallsfolgen eingetretene Erwerbsunfähigkeit die Vollrente gewähren. Aber schon kurze Zeit danach ordnete der Fiskus eine neue Untersuchung an und der zuständige Bahnarzt glaubte auch wirklich eine Besserung feststellen zu können und die Minderung der Erwerbsfähigkeit nur noch auf 60 vZt. schätzen zu sollen. Dieser Rentensatz entsprach durchaus nicht dem Zustande des Verletzten, aber trotzdem nahm der Staatsfiskus die Herabsetzung vor! Die von N. dagegen eingelegte Berufung hatte teilweisen Erfolg; vergleichsweise wurde ihm die Rente noch für einige Zeit zugesprochen, im übrigen aber der Staatsfiskus zur Zahlung einer 70prozentigen Rente verurteilt. Die Rente von M. 28 monatlich (!) reichte naturgemäß zum bescheidensten Dasein nicht aus, weshalb N. versuchte, noch irgend etwas nebenbei zu verdienen. Aber alle Versuche scheiterten daran, daß er überall für unbrauchbar erklärt wurde. Dazu kommt, daß N. Analphabet ist, also nicht lesen und schreiben kann. Auch an die Generaldirektion der Staatsbahn wendete sich der zum Krüppel gewordene Mann mit der Bitte um Beschäftigung, aber auch hier wurde er nur wegen Untauglichkeit abschlägig beschieden! — man überließ ihn seinem traurigen Schicksal! Es kam aber noch besser. Einige Jahre später ließ der Staatsfiskus den Verletzten abermals untersuchen, er fiel aber mit einer Rentenquetscherei ab. Der untersuchende Arzt erklärte, daß der linke Arm nicht gebrauchsfähig, geschwollen, verfärbt und völlig kraftlos sei, von irgend einer Besserung könne nicht gesprochen werden. Da auf Grund dieses Gutachtens an eine Rentenermäßigung nicht gegangen werden konnte, versuchte es der „fürsorgliche" Vater Staat auf andere Weise. Er ließ Erörterungen über die Lebensverhältnisse des Verletzten anstellen, aber sie waren für den Staatsfiskus direkt vernichtend! Es wurde mitgeteilt, daß der im Eisenbahnbetriebe verunglückte Mann zum Krüppel geworden sei, kein Nebeneinkommen habe und sich in sehr gedrückten Verhältnissen und einer großen Notlage befinde. Also mit einer Rentenquetscherei war es auch diesmal nichts. Was will es heißen, wenn der Staatsfiskus dem im Elend befindlichen Manne auf mehrere Gesuche zwei kleine Unterstützungen gewährte; damit erkannte er nur die Unzulänglichkeit der Rente an. In den letzten Jahren hatte sich der Zustand H.s noch verschlimmert, weshalb er um Erhöhung der Rente nachsuchte, auch machte er geltend, daß er sich infolge der unzureichenden Rente in großer Notlage befinde und drückenden Entbehrungen ausgesetzt sei; eine Arbeit könne er nicht verrichten. Auf Grund des Gesetzes (!) wurde der Krüppel aufgefordert, den Nachweis der Verschlimmerung zu erbringen. Das war ihm unmöglich, denn einmal wurden dem Arzt, der ihm ein Gutachten ausstellen wollte, die Unterlagen verweigert und zum andern fehlten ihm die Mittel, ein anderes ärztliches Gutachten beizubringen. H. bat um Untersuchung vor dem Oberversicherungsamt, aber erfolglos. Nunmehr lehnte der Staatsfiskus die Rentenerhöhung ab, wogegen sich die Berufung wendete. Aber vergebens. Das Oberversicherungsamt hat die Berufung verworfen und die Erhöhungsansprüche zurückgewiesen!! Der Kläger habe den Nachweis der Verschlimmerung nicht erbracht und das Gericht sei auch der Meinung, daß 70 Prozent völlig ausreichend sind!!

Ebenso kraß ist der andere Fall.

Der ehemalige Wegewärter C. wurde im Jahre 1895 überfahren und trug eine Zermalmung des linken Unterschenkels davon, die eine Amputation des Beines und eine lange Krankenhausbehandlung notwendig machte. Nach beendeter Heilbehandlung erhielt der Verletzte ein künstliches Bein und für die durch Unfallsfolgen eingetretene Erwerbsunfähigkeit die Vollrente. Schon kurze Zeit danach ließ der Staatsfiskus den Krüppel erneut untersuchen, aber eine Rentenquetscherei konnte noch nicht eintreten, da der untersuchende Arzt Besserung noch nicht für vorliegend erachtete. Eine im Jahre darauf vorgenommene ärztliche Untersuchung hatte für den Staatsfiskus den gewünschten Erfolg. Wegen angeblicher „Gewöhnung an den Verlust des Beines" wurde die Minderung der Erwerbsfähigkeit nur noch auf 75 pZt. geschätzt und die Rente demgemäß herabgesetzt! Der Verletzte kann sich nur mit Hülfe eines Stockes oder einer Krücke fortbewegen, längeres Gehen und Stehen ist ihm unmöglich und zu größeren Touren muß er sich eines Dreirades bedienen. Der Mann ist um so schlimmer daran, als er ständig Schmerzen und Schwellungen im Stumpf hat. Neuerdings wurde wieder eine Untersuchung vorgenommen und der Arzt hielt eine Besserung insofern für vorliegend, als nach seiner Meinung eine „weitere Gewöhnung an den Verlust des Beines" eingetreten und „das künstliche Bein im Laufe der Zeit ein richtiges geworden" ist!! Die Minderung wurde auf höchstens 50—60 Prozent geschätzt. Demgemäß wurde vom Staatsfiskus die Herabsetzung der Rente beantragt. Der Verletzte hat dem widersprochen, das Gutachten bemängelt und ausgeführt, daß es ihm unmöglich sei, sich an den Verlust des Beines zu gewöhnen. Er habe sich schon oft wegen seines traurigen Schicksals und des dadurch eingetretenen Elends mit Selbstmordgedanken getragen. C. brachte ein Gutachten des behandelnden Arztes bei, der eine Besserung durch Gewöhnung für ausgeschlossen hält. Es wurde dann noch ein Obergutachten herbeigezogen, und darin wieder heißt es, daß nach nunmehr 17 Jahren Anpassung und Gewöhnung eingetreten sei und eine Rentenermäßigung angebracht erscheine; C. sei jetzt noch um 66⅔ Prozent erwerbsunfähig. Das Oberversicherungsamt entschied trotz des Widerspruchs des Verletzten dahin, daß die Rente ab 1. November 1912 auf 65 Prozent herabgesetzt wird und die bis jetzt überhobenen Rentenbeträge dem C. abzuziehen sind!!

So sitzen ehemalige Staatsdiener an der „gefüllten Kompottschüssel" und — hungern!

Eine „soziale" Behörde.

Der sogenannte Unterstützungsfonds der verschiedenen Staatsbehörden ist in seiner entwürdigenden Wirkung oft Gegenstand berechtigter Kritik der sozialdemokratischen Abgeordneten im preußischen Landtag gewesen. Auch die Beamten, namentlich die unteren, haben sich oft gegen diese demoralisierende Unterstützungseinrichtung gewandt. Abgesehen hiervon wurde auch immer Klage über eine höchst eigenartige Handhabung der Unterstützungsbewilligungen geführt. Den Vogel dürfte aber unzweifelhaft die Eisenbahndirektion in Essen abschießen mit einer Verfügung, die in ihrem unsozialen Geist in der Tat nicht zu übertreffen ist. Dieses seltsame Dokument, das aus der Verborgenheit ans Licht gezogen zu werden verdient, lautet wörtlich:

„Laut Verfügung (Z. M.) Essen vom 9. Januar 1913 können bei Unterstützungsgesuchen nur Beläge über außergewöhnliche Ausgaben berücksichtigt werden. Als solche sind nur die anzusehen, welche nicht den gewöhnlichen Lebensunterhalt betreffen, auf dem sich die Familie bei geordneter Wirtschaftsführung einrichten müßte, z. B. Krankheiten (!), Sterbe- und Unglücksfälle (!!).

Ausgaben für den gewöhnlichen Lebensunterhalt, auch diejenigen für Beschaffung der Wintervorräte, Kleidungsstücke, Haushaltsgegenstände gehören nicht zu den außergewöhnlichen Ausgaben. Bei kinderreichen Familien mit kleinen Gehältern werden sie in Betracht gezogen.

Ausgaben für Kindererziehung, Lebensunterhalt, Wohnungsaufwand, Unterstützung Angehöriger (!) sind insofern kein Grund für Hilfsbedürftigkeit als sie das Maß des Ungemessenen (!) überschreiten.

Verluste (!) durch Diebstahl, Brände usw. können durch Einlage des nicht unmittelbar nötigen (!) Geldes, sowie Versicherungen verhütet werden. Sie sind kein Grund für Hilfsbedürftigkeit."

So gegeben zu Essen im 13. Jahre des sozialen Jahrhunderts! Die Essener Eisenbahnbehörde hat des öfteren in ähnlicher Weise von sich reden gemacht, aber hier dürfte sie sich in ihren beamtenfreundlichen Maßnahmen selbst übertroffen haben. In dem Ukas fehlt eigentlich nur noch ein Satz, der den Unterstützungsfonds wegen völliger Ueberflüssigkeit aufhebt. Zur Illustration der Verfügung muß noch hervorgehoben werden, daß in einer Unterbeamten-Versammlung betont wurde, daß infolge der gänzlich unzureichenden Entlohnung der unteren Beamten im Bezirk der Essener Eisenbahndirektion vielen von ihnen das pfandbare Gehalt auf Jahre hinaus, sogar bis zum Jahre 1923, festgelegt ist.

Landgericht.

25. Februar.

Strafkammer IV. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Schultze.

Wegen gemeinschaftlichen Diebstahls hatten sich der Elektrotechniker Karl M., der Instrumentenmacher J. R. und der Bäckergeselle W. F. G. zu verantworten. In der Nacht zum 31. Dezember entwendeten die Angeklagten bei einem Gastwirt im Brauerknechtsgraben mehrere Flaschen Wein, Zigarren, Zigaretten, eine Geige und eine Guitarre. In der darauffolgenden Nacht zogen die Angeklagten R. und G. allein auf Raub aus. In einer Wirtschaft in St. Pauli verübten sie einen Einbruch und stahlen aus einer Kammer für za. M. 200 Garderobestücke, die den Hausdienern gehörten. Die Angeklagten sind im wesentlichen geständig. Da zwei der Angeklagten schon leicht vorbestraft sind, werden dieselben zu 1 Jahr, resp. 6 und 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Mit einer gefälschten Heuernote hat der schon mehrfach vorbestrafte Heizer Felix Prehm eine ganze Reihe von Schneidermeistern und Ausrüstungshändlern hineingelegt. Er legte in den Geschäften seine Heuernote vor und ließ sich Ausrüstungsgegenstände auf Kredit geben. Bei den Schneidern bestellte er unter dem Hinweis, daß er am anderen Tage seine Heuer im Betrage von M. 800 ausbezahlt erhalten werde, Anzüge. Bevor er die Geschäfte verließ, pumpte er die Geschäftsleute auch noch, allerdings nur um kleine Beträge, an. Hatte P. die Anzüge erhalten, versetzte er dieselben. In einem Falle wird ihm auch noch der Diebstahl eines Anzuges zur Last gelegt. Im ganzen sind 13 Schneider- und zwei Ausrüstungsgeschäfte von P. hineingelegt worden. Das Geschäft scheint recht einträglich gewesen zu sein, denn in der Zeit von Juli bis Dezember hat er davon gelebt. Der Staatsanwalt beantragte gegen P. eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren und eine Geldstrafe von M. 2200. Das Gericht erkennt auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren.

Aus den Schöffengerichten.

25. Februar.

Eine pflichtvergessene Mutter. Im März v. J. wohnte auf dem Wimmelsweg Nr. 6 in einer 1-Zimmer-Wohnung die unverehelichte Schneiderin Henriette Elisabeth Josephine Funke. Als sich auch ihr Bräutigam in der Wohnung einquartieren wollte, veranlaßte die Mutter der Schneiderin, daß der Hausstand wieder aufgelöst wurde. Am 28. März wurde die kleine Wohnung geräumt und das hauptsächlichste Mobiliar verkauft. Da die Schneiderin sich aber noch kein Logis verschafft hatte, gestattete ihr die Nizin des Hauses, daß sie mit ihrem Bett, ihrer Nähmaschine und einigen Küchengerätschaften eine leere 3-Zimmer-Wohnung auf einige Tage bezog. Am Abend des 31. März, abends zwischen 10 und 11 Uhr, hörte die Nizin, als sie sich anschickte, die Treppenbeleuchtung auszulöschen, aus der betreffenden 3-Zimmer-Wohnung ein klägliches Wimmern. Als sie mit ihrem Manne die Etagentür geöffnet hatte, sah sie in einer Ecke des Vorplatzes ein Kinderbettchen stehen, in dem sich ein kleines za. 6 Monate altes Kind befand. Das kleine Wesen bot einen bejammernswerten Anblick. Das Bett war total beschmutzt und das Kind völlig verwahrlost. Neben dem Kindchen lag eine Kinderflasche mit Zuckerwasser angefüllt. Die sofort benachrichtigte Polizei brachte das Kind ins Hafenkrankenhaus, wo es erstmal ordentlich gereinigt werden mußte. Der Assistenzarzt Dr. Smith, der das Kind untersucht hat, bekundet, daß der Körper viele Wunden aufwies, die von der schlechten Wartung herrührten. Es hatte sich durchgelegen und von der Bettnässe viele wunde Stellen. Das Kind war anfänglich so entkräftet, daß es keine Nahrung zu sich nehmen konnte. Vom Krankenhaus ist das Kind dann nach dem Säuglingsheim gebracht worden. Die eine Zeugin bekundet vor Gericht, daß Fräulein Funke in der letzten Nacht, bevor das Kind aufgefunden wurde, nicht zu Hause gewesen ist. Auch in der Nacht nach dem Auffinden des Kindes ließ sich die Mutter in der Wohnung nicht sehen. Als am anderen Morgen um 10 Uhr die Mutter der Schneiderin sich in der leeren Wohnung sehen ließ, wurde der das Fehlen des Kindes mitgeteilt. Wie sich da herausgestellt hatte, lag die Mutter des Kindes in ihrem neuen Logis noch im Bett. Die Anklage nahm anfänglich an, daß die Angeklagte sich in den drei letzten Tagen überhaupt nicht um das Kind bekümmert habe. Die Angaben der Angeklagten konnten ihr aber nicht widerlegt werden, daß sie sich am Tage um das Kind bekümmert und eine Pflegestelle für dasselbe gesucht habe. Der Amtsanwalt beantragt eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Das Gericht hält für die grobe Nachlässigkeit der Mutter eine empfindliche Strafe für am Platze, erkennt aber, da sie bisher noch unbestraft ist, auf eine Gefängnisstrafe von 1 Monat.

Vier Tage Gefängnis für das Wort Streikbrecher. Im November v. Js. war in der Kistenfabrik von Freygang ein Streik ausgebrochen. Als Arbeitswilliger war der Arbeiter Böckmann in Arbeit getreten. Am 2. November v. Js. suchte der Arbeitswillige eine Gastwirtschaft auf, in der sich auch der Tischlergeselle B. aufhielt. Als Böckmann an einem Tische Platz genommen hatte, trat der Tischlergeselle B. auf ihn zu und fragte ihn, wo er jetzt arbeite. Böckmann antwortete gleich in gereiztem Tone: „Nun, was geht Dich das an; ich frage ja auch nicht, wo Du arbeitest!" B. sagte darauf, ich werde Dir sagen, wo Du arbeitest, bei Freygang. Während dieses Gesprächs soll B. den Böckmann noch Arbeitswilliger und Lump tituliert haben. Nach der Auseinandersetzung kam der Arbeitswillige hinter dem Tisch, hinter dem er sich befand, hervor, als ob er auf den Angeklagten los wollte. Um den Streit zu vermeiden, stellte sich der Gastwirt zwischen die Streitenden. In demselben Augenblick verließ Böckmann aber schon das Lokal. Da er die Tür sperrweit aufstehen ließ, folgte ihm B. und machte hinter ihm die Tür zu. Beim Hinausgehen will Böckmann noch von hinten einen Fußtritt in das Knie erhalten haben. Die Anklage nimmt nun an, daß B. auch noch diesen Fußtritt ausgeführt habe. Der Tischlergeselle B. hatte sich daher wegen Beleidigung und Körperverletzung zu verantworten. Der Arbeitswillige behauptet mit aller Entschiedenheit, daß er von B. mit den Worten Lump und Streikbrecher beleidigt worden sei. Auch den Fußtritt könne nur B. ausgeführt haben. Der Angeklagte stellt beides in Abrede und behauptet, daß sich der Vorgang in der Wirtschaft so abgespielt habe, wie wir ihn oben angegeben haben. Der Amtsanwalt schenkt aber den Aussagen des Arbeitswilligen vollen Glauben und beantragt gegen B. wegen der Beleidigung eine Geldstrafe von M. 40 und wegen der Körperverletzung ebenfalls eine Geldstrafe von M. 40. Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona glaubt, daß man den Angeklagten wegen der Körperverletzung nicht verurteilen könne, da diese Straftat ihm überhaupt nicht nachgewiesen worden sei. Wegen der Beleidigung bitte er, auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen. Das Gericht unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Wohlwill erkennt aber wegen Beleidigung auf eine Gefängnisstrafe von vier Tagen. In der Urteilsbegründung führt der Vorsitzende aus, daß der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden müßte, da er wegen einer ähnlichen Beleidigung schon einmal zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt worden war. Daß derartige Beleidigungen schwer bestraft würden, wisse daher der Angeklagte, wie ja auch in „ihrer" Zeitung täglich derartiges zu lesen stände. — Hiernach scheint als straferschwerend für den Angeklagten bewertet worden zu sein, daß in der Arbeiterpresse derartige Urteile stets kritisiert werden. Das ist wenigstens auch eine Begründung. Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

Vereine und Versammlungen.

Metallarbeiterverband, Sektion Heizungsfach. Versammlung am Dienstag, 20. Februar, in „Bans' Gesellschaftshaus". Der Obmann des Arbeiterausschusses erstattet Bericht über die ersten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und teilt mit, daß die Arbeitgeber sich weigern, den Kollegen Kürbis zu den Verhandlungen zuzulassen. Ebenso weigern sich die Arbeitgeber, zwei Kollegen, die nicht bei Firmen des Arbeitgeberverbandes arbeiten, zuzulassen. Die Arbeitgeber berufen sich auf den § 38 des jetzt geltenden Lohntarifs und erklären uns für tarifbrüchig, wenn wir auf unserm Standpunkt beharren, und vor allen Dingen den Kollegen Kürbis an den Verhandlungen teilnehmen lassen wollen. Hierauf nimmt Kürbis das Wort und gibt einen Rückblick auf die Entstehung des jetzt geltenden Lohntarifs. Auf die Wirkung der einzelnen Paragraphen eingehend, ist Redner der Meinung, daß von einem Tarifbruch unsererseits keine Rede sein kann, weil der § 36 des jetzt geltenden Lohntarifs für uns zur Anwendung kommt. In diesem Paragraphen steht ausdrücklich, daß im Falle der Kündigung des Lohntarifs die Schlichtungskommission in Wirksamkeit treten soll, um einen neuen Vertragsentwurf für die Zeit nach der Kündigung vorzubereiten. In diesem Fall kann die Schlichtungskommission (so heißt es wörtlich) ergänzt werden durch Mitglieder der vertragschließenden Verbände, doch muß in dem Falle solcher Ergänzung die Zahl der beiderseits hinzutretenden Mitglieder die gleiche sein. Diese Kommission hat ihre Arbeit zu dem jeweiligen 15. März zu beenden. In diesem Paragraphen ist nicht gesagt, daß zu den Verhandlungen nur Mitglieder des Arbeitgeberverbandes und Arbeitnehmer, die bei Verbandsfirmen beschäftigt sind, teilnehmen dürfen. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß die Verhandlungsteilnehmer der Arbeiter von den Arbeitern selbst bestimmt werden; unter keinen Umständen können wir von den Arbeitgebern unsere Verhandlungsteilnehmer bestimmen lassen. An diese Ausführungen knüpft sich eine lebhafte Debatte, in der sämtliche Redner sich auf den Standpunkt des Kollegen Kürbis stellen. Allseitig wird gegen die Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes protestiert. Vor allen Dingen wird darauf hingewiesen, daß wir gleichzeitig eine Reihe von Firmen haben, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören. Auf diese Umstände müsse Rücksicht genommen werden, die Anerkennung der Organisation müsse in vollem Umfange gefordert werden. Folgende von Kürbis vorgelesene Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 20. Februar 1913 in „Bans Gesellschaftshaus" stattgefundene Versammlung aller im Heizungsfach tätigen Personen beschließt von ihrem Standpunkt einen Vertreter der Organisation zu den Tarifverhandlungen hinzuzuziehen, nicht abzugeben. Die Versammlung protestiert gegen die Maßnahmen der Arbeitgeber, die Vertrauensmänner der Arbeiter ihrerseits zu bestimmen. Das Recht, die Mitglieder der Verhandlungsteilnehmer der Arbeiter zu bestimmen, ist lediglich Sache der Arbeiter selbst. In Punkt „Verschiedenes" wird das Ueberstundenunwesen, daß sich in letzter Zeit ganz besonders bemerkbar gemacht hat, einer scharfen Kritik unterzogen. Wohl geht aus dem Tarif hervor, daß Ueberstunden angeordnet werden können, anderseits heißt es aber auch: Ueberstunden sollen möglichst vermieden werden. Daraus geht zur Genüge hervor, daß Ueberstunden nur ausnahmsweise und in dringenden Fällen verlangt werden können. Da jedoch Fälle zu verzeichnen sind, in denen bis 4 Monate ununterbrochen Ueberstunden verlangt und geleistet worden sind, kommt dies einer Verlängerung der Arbeitszeit gleich; dies müsse entschieden zurückgewiesen werden. Ein Antrag, der verlangt, daß die einzelnen Werkstätten zu der Ueberstundenfrage Stellung nehmen sollen, wird angenommen. Hierauf Schluß der stark besuchten Versammlung.

Arbeiter-Hilfssprachverein „Progreso". Monatsversammlung am 20. Februar bei Lemcke, Ecke Belle-Alliancestraße und Vereinsstraße. Zum Punkte „Vereinsmitteilungen" informierte der Vorsitzende die Versammelten über erfreuliche Einzelheiten, welche geeignet sind, eine große Zahl neuer Anhänger für die Weltsprache „Ido" zu gewinnen. In der lebhaften Debatte, an der sich mehrere Redner beteiligten, wurden noch besondere Vorschläge in bezug auf Agitation gemacht. Um diese Anträge in großem Umfange ausführen zu können, ist es notwendig, daß wir den Beginn der neuen Kurse noch etwas hinausschieben. Die nächste Monatsversammlung findet am 20. März bei Karl Schmidt, Ecke Eilbeckerweg und Wagnerstraße, statt. Etwaige Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden Genossen H. Ninebuck, Hamburg 23, Wandsbecker Chaussee 104, Laden, oder an den Schriftführer A. Fröman, Hamburg 21, Humboldtstraße 106, H. 2, part.

Versammlung des Verbandes Hamburgischer Schrebergarten-Vereine bei Maß, Alsterdorferstraße. Aus einem uns zugegangenen Bericht geben wir folgendes wieder, das vielleicht einen größeren Kreis interessieren wird. Die Beteiligung des Verbandes an der Breslauer Ausstellung wurde besprochen und beschlossen. Es erboten sich verschiedene Herren, Modelle, Photographien von Lauben- und Gartenanlagen zu fertigen. Herr Mittgard teilt mit, daß dem Verband 30 Freiplätze bei der technischen Vorlesung der Oberschulbehörde über Haus und Garten zugebilligt und eine rege Beteiligung zu konstatieren sei. Die Wahl des neuen Vorstandes zeitigte kleine Veränderungen. Herr Mittgard wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Als zweiten Vorsitzenden wählten die Delegierten Herrn Ingversen, Lehrer, Grasweg 8, zum ersten Rechnungsführer wurde Herr P. Barth, Beethovenstraße 34, und zum 2. Rechnungsführer Herr Niß, Südwinterhude, gewählt. 1. Schriftführer wurde Herr Willer, Eimsbüttel, und 2. Schriftführer Herr Voigt, Nordwinterhude. Als Beisitzer wählte die Versammlung die Herren Klüver, Eimsbüttel, Seybert, Barmbeck, Güllberg, Südwinterhude, und Voigt, Nordwinterhude. Dann erstattete Herr Mittgard den Jahresbericht. In anschaulicher Weise verbreitet sich der Redner über den Werdegang der Schreberbewegung in Hamburg und die Notwendigkeit der Gründung eines Hamburger Verbandes. Das erste Geschäftsjahr könne als ein befriedigendes gelten. Mit großer Genugtuung wurde die Tatsache aufgenommen, daß der Verband auch Staatsländereien bekommen habe und zwar zu denselben Bedingungen wie die Patriotische Gesellschaft. Der erste Vorsitzende ermahnt die Verbandsvertretung mehr noch wie bisher auf die Ausgestaltung der Kolonien und namentlich der Spielplätze zu achten.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Arbeiter-Schwimmverein für Hamburg und Umgegend.

Am kommenden Sonntag, den 2. März, wird unter kundiger Führung die Hamburger Stadtwasserkunst, Rotenburgsort, nebst ihren großzügigen Wasseranlagen besichtigt.

Die Mitglieder aller Abteilungen, auch Kinder, treffen sich morgens präzise 9 Uhr vor der Hammerbrooker Badeanstalt. Kosten entstehen nicht.

Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht. J. A.: C. M.

Schiffs-Nachrichten.

(Deutscher Reichstelegraph.)

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

Cuxhaven, 25. Februar, morgens.

Angekommen am 24. Februar.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
N. 9 —	Matador, D.	Eckhoff	Geestemünde
11 15	Fritz Hugo Stinnes 5, D.	Wegner	Blyth
"	City of Cadiz, D.	Martin	Bristol
"	Samos, D.	Scheer	Bremen
	25. Februar:		
V. 12 30	Skineer Avdekoff, D.	—	d. Tyne
12 40	Saratow, D.	—	—
"	Ocean, F.-D.	Behrens	d. Nordsee
12 45	Michel, D.	Benech	Havre
2 30	Colonia, D.	Schalbohm	Christiansand
3 40	Aurora, D.	Friederichs	Amsterdam
3 50	Mercur, F.-D.	Mai	d. Nordsee

Eingekommen: gestern nachm. Fischer-Dampfer Senator Michahelles.

In See gegangen am 24. Februar:

Uhr M.	Schiff	Nach
N. 3 50	Hansa, F.-D.	d. Nordsee
4 45	Senator Refardt, F.-D.	do.
5 40	Grive, D.	London
7 5	Gerda, F.-D.	d. Nordsee
10 35	Ceram, D.	Amsterdam
11 —	Greenbatt, D.	Hull
	25. Februar.	
V. 1 45	Gretchen Müller, D.	Leith
2 —	Walter Dammeyer, D.	Kings Lynn
2 20	City of Bradford, D.	Grimsby
2 30	Breslau, D.	Leith
2 35	Aline Woermann, P.-D.	West-Afrika
3 20	Johanna Lehmann, D.	Grimsby
3 30	Linhope, D.	Newcastle
5 5	Silvia, D.	London

Abwärts gekommen: deutscher Dreimast-Gaffel-Schoner Adelheid.

Wind: SSW., leicht. Wetter: teilweise bedeckt. — Barometer: 762,6. Thermometer: + 3,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 24. Februar:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
N. 2 40	Wilhelm, d. Segl.	Wruck	Hammerhafen
7 30	Bussard, F.-D.	Ehrlich	Skagen
9 30	Petrolea, D.	Smith	Aarhus

Cuxhaven, 25. Februar, vormittags.

Angekommen am 25. Februar.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 10 15	Netto, D.	—	—
11 —	Borderland, D.	Harben	Liverpool
11 35	City of Berlin, D.	Kelly	Bristol
11 55	Naddodd, D.	Gundersen	Haugesund
N. 12 40	Willy, F.-D.	Janssen	—
2 25	Mora, D.	—	New York

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
3 20	Cap Finisterre, D.	Langerhannsz	La Plata

Ferner auf: 2 Uhr holl. Tj. Moderatie.

Von hier auf: 11 Uhr Dampfböte Willkommen und Kehrwieder; 12 Uhr Postdampfb. Petropolis, Schlepper Brunshausen mit Leichter Geeste. Eingekommen: 2 Uhr Dampfb. Silvana. Geankert: Finisterre. 3,40 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 25. Februar.

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 10 25	Alexandra Woermann, D.	West-Afrika
10 45	Amerika, D.	New York
	Tynemouth, D.	Blyth
10 55	Adler, D.	Helgoland
11 10	Bürgermeister, D.	Süd-Afrika
11 35	Oberbürgerm. Adickes, F.-D.	d. Nordsee
11 50	Ormiston, D.	Newcastle
N. 1 45	Generaldirektor Ballin, F.-D.	d. Nordsee
2 25	Dithmarschen, D.-D.	do.

Wind: SW., leicht. Wetter: heiter. — Barometer: 764,2. Thermometer: + 8°.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen am 25. Februar:

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 8 20	Nederland, holl. Segl.	Veling	Augustenburg
"	Heinrich, Segl.	Rahmstorf	Kiel
"	Johanna, Segl.	Stolp	Heiligenhafen
"	Sophie, Segl.	Jansen	Burgstaken
N. 1 15	Ludwig, D.	Mißfeldt	Stockholm

Helgoland meldet: Wind: SW., schwach. Wetter: heiter. — See: leicht bewegt.

Cuxhaven, 25. Februar, nachmittags.

Angekommen am 25. Februar.

Uhr M.	Schiff	Kapitän	Von
V. 7 20	Adlersgate, D.	Harland	La Plata
8 45	Petropolis, D.	v. Ehren	Brasilien

Von hier auf: 8,45 Uhr: Dampfb. Adlersgate. Geankert: Petropolis. 9,45 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 25. Februar:

Uhr M.	Schiff	Nach
V. 3 30	Bürgerm. Burchard, F.-D.	d. Nordsee
6 50	Sir Walter Scott, D.	Leith

Ferner seewärts: Schlepper Joh. Reinecke. Abwärts gekommen: Dampfb. Kehrwieder, Schlepper Brunshausen mit Leichter Geeste, Postdampfb. Amerika.

Wind: SSW., leicht. Wetter: teilweise bedeckt, diesig. — Barometer: 763,8. Thermometer: Null ° C.

Helgoland meldet: Wind: SW., leicht. — Wetter: heiter. — See: ruhig.

Ueberseeische Schiffsnachrichten.

Cleveland, Kier, am 24. d. in Yokohama. — **Pennsylvania,** Ruß, am 24. d. Lizard passiert. — **Andalusia,** Heller, am 24. d. von New York nach Baltimore. — **Aragonia,** Enigk, am 21. d. in New York. — **Sevia,** Poock, am 25. d. Dover passiert. — **Etruria,** Breiche, am 23. d. von Montevideo. — **Hohenstaufen,** Lück, am 24. d. in Oporto. — **Rhenania,** Nösel, nach Afrika, am 24. d. Cap Espartel passiert. — **Armenia,** Eckhorn, am 24. d. in Suez. — **Christian X.,** Niß, am 24. d. in Baltimore. — **Cap Verde,** Meyer, am 23. d. in Rio de Janeiro. — **Preußen,** Bahle, am 24. d. von Shanghai. — **Segovia,** Lübcke, am 23. d. Sagres passiert. — **Schaumburg,** Reißmann, am 24. d. von Tampico. — **König Friedrich August,** Bachmann, am 24. d. von Rio de Janeiro. — **Brasilien,** Deinat, am 25. d. von Rotterdam. — **König Wilhelm II.,** v. Holdt, am 24. d. von Lissabon. — **Bosnia,** Schmidt, am 25. d. Lizard passiert. — **Sicilia,** Wagner, am 25. d. Lizard passiert. — **Frankenwald,** Spangenberg, am 24. d. Ouessant passiert. — **Palanza,** Fendt, am 25. d. Bungeneß passiert. — **Karthago,** Hollasch, am 23. d. von Lissabon. — **Ninive,** Fey, nach Persien, am 23. d. von Djibouti. — **Suevia,** Stehr, am 25. d. in Kobe. — **Sachsen,** Wagner, am 25. d. in Manila. — **Barcelona,** v. Döhren, am 25. d. Lizard passiert. — **Santos,** Schütterow, am 24. d. von Victoria. — **Santa Maria,** Toosbüy, am 24. d. Dover passiert. — **Belgrano,** Lüttringhausen, am 24. d. von St. Vincent. — **Cap Finisterre,** Langerhannß, am 24. d. Grisnez passiert. — **Santa Elena,** Meyer, am 24. d. Vlissingen passiert. — **Saint Helena,** Kelley, ausgehend am 23. d. in Rio Grande do Sul. — **Ceará,** v. Ehren, am 23. d. in London. — **Salatis,** Joh. Dreyer, am 23. d. in San Francisco. — **Eleonore Woermann,** Pankow, am 24. d. von Monrovia. — **Renata Amsinck,** Spiesen, am 24. d. in Warri. — **Elisabeth Brock,** Oesterreich, am 24. d. von Las Palmas. — **Henny Woermann,** Triebe, am 23. d. von Las Palmas. — **Carl Woermann,** Stuth, am 23. d. in Lüderitzbucht. — **Hans Woermann,** Milz, am 23. d. von Lome. — **Irma Woermann,** Schellhorn, am 24. d. in Kotonou. — **Rhenania,** Nösel, am 24. d. von Tanger. — **Adolph Woermann,** Iversen, am 24. d. von Tanger. — **Prinzessin,** Gauhe, am 24. d. von Aden. — **Präsident,** Schütt, am 24. d. von Mozambique. — **Linden,** Mildahn, am 25. d. in Singapore. — **Plauen,** Schuldt, am 25. d. von Antwerpen. — **Oberhausen,** Meier, am 25. d. von Fremantle. — **Berlin,** Wiese, am 24. d. in Boston. — **Elmshorn,** Hoppe, am 24. d. in Antwerpen. — **Iserlohn,** Orgel, am 24. d. Gibraltar passiert. — **Wismar,** Schröder, am 24. d. in Colombo. — **Meißen,** Timm, am 24. d. von Kapstadt. — **Stolberg,** Schuldt, am 24. d. von Kapstadt. — **Rostock,** Kiel, am 25. d. von Adelaide. — **Erejos,** Sander, am 24. d. in Rotterdam. — **Pyrgos,** Konow, am 24. d. in Alexandrien. — **Paros,** Agrell, am 24. d. in Novorossisk. — **Anatolia,** Lübken, am 24. d. von Salonik nach Konstantinopel. — **Erymanthos,** Frosch, am 24. nach Rotterdam. — **Pindos,** Starke, am 24. d. nach Constanza. — **Kawak,** Heuer, am 24. d. nach Alexandrette. — **Emil Kirchdorf,** am 24. d. Gibraltar passiert. — **Sophie Rickmers,** Maas, 24. d. Gibraltar passiert. — **Aachen,** Rehm, 24. d. St. Vincent passiert. — **Bülow,** Rehm, 24. d. Dover passiert. — **Friedrich der Große,** Pesch, 25. d. von Fremantle. — **Großer Kurfürst,** Dietrich, 24. d. in Havana. — **Kaiser Wilhelm II.,** Tahl, 24. d. von Cherbourg. — **Prinz Friedrich Wilhelm,** Malchow, 24. d. in New York. — **Prinz Heinrich,** Heyn, 24. d. in Alexandrien. — **Roon,** Wittstein, 24. d. in Genua. — **Sierra Cordoba,** Schäffer, 24. d. von Lissabon. — **Altair,** Habben, 23. d. von Las Palmas. — **Borkum,** Henschen, 22. d. von Buenos Aires. — **Frankfurt,** Koenemann, 24. d. auf der Weser. — **Gneisenau,** Stollberg, 23. d. in Suez. — **Kleist,** Maaß, 24. d. Lizard passiert. — **Köln,** Mayer, 22. d. von Santos. — **Lothringen,** Winter, 23. d. von Durban. — **Lützow,** Vorfeldt, 24. d. von Antwerpen. — **Prinzregent Luitpold,** Nahrath, 24. d. in Marseille. — **Würzburg,** Dirks, 21. d. in Santos. — **Imkenturm,** Carstens, 24. d. Ouessant passiert. — **Ockenfels,** Kneppe, 23. d. Perim passiert. — **Rheinfels,** Kückens, 24. d. in Madras. — **Schildturm,** Brobst, 24. d. von Suez. — **Weidenfels,** Weihmann, 23. d. von Colombo. — **Crostafels,** Soeken, 24. d. von Bombay. — **Drachenfels,** Krippner, 24. d. von Calcutta nach Hamburg. — **Kattenturm,** Fretwurst, 23. d. in Calcutta. — **Rauenfels,** Kückens, 23. d. von Bombay. — **Soneck,** Rode, 24. d. von Lissabon nach Hamburg. — **Trifels,** Eggert, 24. d. von Malta.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Ferdinand Georg Wenzel mit Anna Pauline Schmidt. — Friedrich Karl Ludwig Sternberg mit Marie Anna Baum. — Carl August Goepner mit Auguste Johanna Jacobine Mackrodt. — Ernst Wilhelm Heinrich Schrader mit Frieda Hermine Köster. — Otto Max Alfred Friedrichs mit Anna Minna Auguste Hegermann. — Karl Emil Hoffeld mit Emma Christiansen.

Standesamt Nr. 2a.

Georg Sophus Julius Knudsen mit Bertha Anna Graaf. — Ludwig Fritz Hugo Adolph Suhrcke mit Margaretha Josephine Maria Benze. — Carl Johann Bernhard Lemke mit Marie Emilie Anna Lenze. — Heinrich Wilhelm Karl Schulz, gen. Leetz, mit Marie Dorothea Bibau.

Hamburg, den 22. Februar 1913.

Standesamt Nr. 3.

Richard Jacob Ohrt mit Bertha Frieda Anne Finke. — Johann Schröder mit Anna Katharina Tietjen. — Gustav August Wilhelm Klar mit Auguste Elisabeth Pauline Schwanz. — Karl Emil Becker mit Marie Auguste Mosel.

Hamburg, den 23. Februar 1913.

Standesamt Nr. 3a.

Leo Paul Wienke mit Alice Hedwig Frieda Piehl. — Albrecht Karl Martin Hancke mit Anna Louise Schnee. — Theodor Detlef Martin Staack mit Bertha Friederike Clara Graf. — Heinrich Christian Wilhelm Karminske mit Erna Clara Pauline Ida Fleck.

Hamburg, den 22. Februar 1913.

Standesamt Nr. 19.

Carl Ferdinand August Salskarn mit Barbe Brenneisen.

Fuhlsbüttel, den 22. Februar 1913.

Standesamt Nr. 20.

Ludwig Wilhelm Johann Baumann mit Meta Johanna Gesina, geb. Brünjes, gesch. Kaste. — Johannes Lorenz Linicke mit Ida Charlotte Luise Mayer. — Gustav Daniel Robert Arlt mit Martha Cäcilie Karoline Christine Samuelsen. — Adolf Johannes Friedrich Ahrndt mit Gertrud Agnes Schweder. — Hans Maximilian Hermann Karl Fröhlich mit Marie Erna, geb. Puhlmann, gesch. Bähr. — Johann August Hinrich Borchers mit Ida Caroline Friederike Libnau.

Hamburg, den 24. Februar 1913.

Standesamt Nr. 20a.

Emil Meier mit Erna Amanda Mathildo, geb. Fügener, verw. Pollmann. — Max George Sodtmann mit Amanda Adele Elise, geb. Willhöft, verw. Frühling. — Jonni Hermann Arnold Bröhan mit Else Lengemann.

Standesamt Nr. 21.

Fritz Ernst Alfred Langenheim mit Marie Elisabeth Schilling. — August Heinrich Helmuth Christoph Schmeltz mit Maria Charlotte Constanze Eugen. — Paul Julius Adolf Scheibe mit Hulda Hedwig Elisabeth Schwarz. — Viktor Otto Emil Rudolf Erdmann Klahr mit Ilse Klara Adeline Marie Funck. — Franz Joachim Friedrich Gieritz mit Margaretha Auguste Petersen. — Gabriel Wilhelm Max Wehrspohn mit Anna Eleonore Scheel.

Hamburg, den 23. Februar 1913.

Standesamt Nr. 21a.

Emil Eduard Gottlob Erbert mit Alwine Margaretha Christine Prensler. — Heinrich Gottfried Gerten mit Johanna Amanda Westphal. — Wilhelm Fritz Heinrich Ahrens mit Erna Frieda Auguste Risch. — Joachim Friedrich Carl Peters mit Helene Mauer. — Walter Hellmuth Winkelmann mit Maria Bertha Prinz. — Joachim Franz Meyer mit Martha Henriette Dalldorff.

Hamburg, den 22. Februar 1913.

Standesamt Nr. 22.

Peter Andreas Hansen mit Margaretha Boysen. — Johannes Carl Albert Max Kollerbohm mit Erna Anna Minna Kau. — Karl Alwin Alexander Hiersemann mit Caroline Dorothea Adelheid Kempf. — Georg Friedrich Karl Langhagel mit Karoline Helene Sophie Rose. — Ernst Gutmann mit Johanna Franziska Marie Dittmer. — Klaus Hinrich Jeß mit Karoline Amalie Martha Heere.

Hamburg, den 24. Februar 1913.

Standesamt Nr. 22a.

Ernst Hugo Eiselt mit Frieda Johanna Sophie Ott. — Maas Friedrich Otto Hennings mit Bertha Frieda Wilhelmine Alpers. — Carl Hinrich Gerhard Schröder mit Dora Wilhelmine Hilda Glashoff. — Thomas Schmid mit Emma Pauline, gesch. Waßmund, geb. Pohlmann. — Heinrich Hermann von Thun mit Else Anna Dora Gustävel. — August Sieck mit Louise Wilhelmine Dorotte, geb. Platt, verw. Günther.

Standesamt Nr. 23.

Franz Michael Schneidereit mit Louise Metha Marie Sticklies.

Standesamt Nr. 23a.

Oskar Johannes Weick mit Bertha Klara Alwine Weber. — Max Richard Voigt mit Margarete Dora Minna Stegmann. — Fritz Louis Carl Köhnke mit Anna Friederike Auguste, verw. Gerlach, geb. Breddin.

Hamburg, den 22. Februar 1913.

Karstadt=Porges reinigt Herrengarderobe.

Tadelloses Aufbügeln. Läden überall. Fernsprecher III, 60, 61; VIII, 1674, 1675.

Oeffentliche
Demonstrations-Versammlungen
für das Frauenwahlrecht!

Montag, den 3. März 1913, abends 8½ Uhr:

in **Altona** in den „Blumensälen", Große Freiheit;
in **Ottensen** im „Süßen Kringel", Bahrenfelder Steindamm;
in **Wandsbeck** in der „Harmonie".

Sonntag, den 2. März 1913, nachm. 3 Uhr:

in **Schiffbeck** im Lokale des Herrn **Vocke.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Forderung des Frauenwahlrechts!

Frauen und Mädchen! Erscheint ohne Ausnahme in den Versammlungen!
Parteigenossen! Unterstützt die Agitation für das Frauenwahlrecht!

Die Vorstände der sozialdemokratischen Partei.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Hamburg und Umgegend.

Versammlungen:

Maurer.

Donnerstag, 27. Februar, abends 8½ Uhr,
in Hugo Risse's Gesellschaftssälen, Valentinskamp 73/74.

Tages-Ordnung:

1. Gewaltkampf und Rechtskampf. Referent: Genosse Franz Laufkötter. 2. Bericht der Sektionsleitung und vom Bauarbeiterschutz. 3. Wahl der Sektionsleitung. 4. Unser Sommervergnügen.

Steinträger.

Donnerstag, 27. Februar, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshause, oberer kleiner Saal.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Sektionsleitung und vom Bauarbeiterschutz. 2. Wahl der Sektionsleitung.

Die Baudelegierten werden ersucht, für guten Versammlungsbesuch zu agitieren.

Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung und Journal-Lesezirkel

„Wissen ist Macht"

der vereinigten Kolporteure Hamburgs. E. G. m. b. H.

Fernsprecher: Gruppe 4, 6810.

Papenstrasse 26. Hamburg 23. Papenstrasse 26.

Jetzt ist es Zeit, eine Journal-Lesemappe zu bestellen. Unsere Familien-Lesemappe enthält folgende Journale:

Klasse 1: 60 ₰	Buch für Alle
„ 2: 50 „	Zur guten Stunde
„ 3: 40 „	Unser Hausfreund (Illustr. Modejournal)
„ 4: 35 „	Berliner Illustrierte Zeitung
„ 5: 30 „	Fliegende Blätter
„ 6: 25 „	Guckkasten
„ 7: 20 „	Universum
„ 8: 15 „	Welt und Haus
	Gartenlaube
	Neues Blatt.

Katalog enth. grösste Auswahl; versende gratis u. franko.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten

Straussfedern,

alle fertig zum Selbstgarnieren, es ist dies der feinste Hutputz, im Winter wie im Sommer immer modern, sehr elegant und vornehm. Ein

echter Straussfedernhut

findet überall das grösste Interesse.

Ich liefere echte Straussfedern unter Nachnahme in Tiefschwarz u. Schneeweiß.

Länge za. 36 cm, Breite za. 13 cm, zu M. 1,50
„ „ 39 „ „ „ 14 „ „ „ 2,50
„ „ 45 „ „ „ 16 „ „ „ 4,50

Retournahme nach Stägiger Probe.

Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Kaiserstrasse 29.

Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

Möbelstoff-Reste,
passend für Sofas und Garnituren, ganz bedeutend unter Preis.
Alter Steinweg 1.

Hypotheken, Erbschaften
2c. kauft Selbstkäufer.
Kaiser Wilhelmstraße 15, I.

Grammophonplatten 50 ₰, dopp., etwas gebr., neue Platten, Beka, Favorit, Odeon, nur 1,65, nur
Wexpassage 15.

Grosse Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse

früher Kranken- und Sterbekasse des Bildungsvereins für Arbeiter (E. H. 63).

Mittwoch, 26. März 1913, abends 8½ Uhr:

Wahlabteilungs-Versammlungen

in nachfolgend benannten Lokalitäten:

Wahlabteilung 1:	R. Rose, Heinestraße 12, part.
„ 2:	G. Hubert, Weidenallee 17.
„ 3:	H. Planeth, Michaelisstraße 50.
„ 4:	C. Meibohm, Dammtorstraße 20, part.
„ 5:	A. Gossow, Schauenburgerstraße 12/14.
„ 6:	A. Birkenstock, Billhorner Röhrendamm 37.
„ 7:	C. Sievers, Hammerbrookstraße 67, part.
„ 8:	E. Jenckel, Kreuzweg 6, part.
„ 9:	G. Allerding, Barmbeck, Bramfelderstraße 42.
„ 10:	J. Hagge, Beethovenstraße 14, Ecke Humboldtstraße.
„ 11:	O. Rosenbaum, Gärtnerstraße 41, part.
„ 12:	O. Wendt, Bartelsstraße 82, part.
„ 13:	C. Schmidt, Eilbeckerweg 33, Ecke Wagnerstraße.
„ 14:	L. Berg, „Produktion", Wendenstraße 259.
„ 15:	H. Ohlmeier, „Beddeler Hof", Sieldeich 17, Ecke Tunnelstraße.
„ 16:	E. Röhl, Billhorner Röhrendamm 126.
„ 17:	A. Eckhoff, Altona, Hospitalstraße 1, Ecke Wilhelmstraße.
„ 18:	E. Vocke, Schiffbeck, Hamburgerstraße 39, part.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:

1. Eventuelle Anträge zur Generalversammlung.
2. Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.

Die Generalversammlung

findet statt **Sonntag, 27. April 1913, vorm. 9 Uhr,**
im Gewerkschaftshaus, oberer Saal, Besenbinderhof 57.

Tagesordnung der Generalversammlung
(soweit bisher bekannt):

1. Mandatsprüfung. 2. Festsetzung der Geschäftsordnung. 3. Kassen- und Jahresberichte für das Jahr 1912 sowie Bericht des Ausschusses. 4. Wahl des Vorstandes und seiner Ersatzmänner. 5. Wahl des Ausschusses und seiner Ersatzmänner. 6. Festsetzung der Diäten.

Der Zutritt ist nur den in der nach § 28 des Statuts abgegrenzten Wahlabteilung wohnenden Mitgliedern gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Einwohnermeldescheins gestattet.

Der Vorstand.

Eppendorfer Kranken- und Sterbekasse (E. H. 118).

Sonntag, den 2. März 1913,
nachm. 4 Uhr:

Generalversammlung
im Lokale d. Hrn. W. Tomfort,
Eppendorferlandstraße 145.

Tages-Ordnung:

1. Protokollbericht. 2. Abrechnung der Bücher. 3. Bericht der Revisoren. 4. Ergänzungswahlen. 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Nach Schluß der Versammlung:

Generalversammlung der Eppendorfer Sterbekasse.

Tages-Ordnung:

1. Protokollbericht. 2. Abrechnung der Bücher. 3. Bericht der Revisoren. 4. Ergänzungswahlen. 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Ein Posten neuer u. versetzt gewesener **Betten** konkurrenzlos bill.
A. M. Polack & Co.,
nur Hütten 85/89.

Kranken- und Sterbekasse „Morgenstern" (E. H. 55).

Am **Donnerstag, 27. Februar,**
abends 8½ Uhr:

Generalversammlung
in Bans Gesellschaftshaus,
Besenbinderhof 10—11.

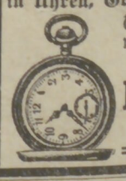
Fortsetzung der Generalversammlung vom 20. Februar.

Nach Schluß obiger Versammlung findet die

Generalversammlung

der Sterbekasse für die Mitglieder der Kranken- u. Sterbekasse „Morgenstern" statt.

Spezial-Haus
in Uhren, Gold- u. Silberwar.



Teilzahl. gestatt., ganz n. Wunsch d. Käufers.
Diskretion zugesich.
L. Mahler,
Kraienkamp 29
(Michaelishof).

Treffpunkt der Konfirmanden
bei
Meier, Posthof
Gratis hochfeine Uhr! Hochfeiner Hut gratis
Konfirmanden-Anzüge
von 6,90 M. an 8,50 M. 11,00 M. 14,50 M. 18,50 M. 22,00 M. 27,00 M.
Steinstr. 104/110 **S. Meier** Nahe der Mönckebergstr.

Teichels Karlsbader Kaffee-Zusatz
der beste u. ergiebigste, daher im Gebrauch der billigste.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Nur echt in obenstehender Packung (blau m. weißer Schrift).

Vermietungen

Lutterothstraße 50/56, Eimsbüttel,
50 moderne 2-Zimmer-Wohnungen
mit Kachelküche, Koch- u. Leuchtgas, Balkon od. Garten, v. M. 330 an.

Moderne Wohnungen und Läden sofort oder später im

Gartenhäuser-Block,
Marckmannstraße 154—172,
zwischen Zollvereinsstraße und Rotenburgstraße, im Preise von M. 275—342. Näh. beim Verwalter Julius, Marckmannstr. 162

Nur Vorderwohnungen.
Schwenckestr. 101—107, Hellkamp 70—74,
Clasingstr. 2—10, Sellinsstr. 2—12,
enth. je 1, 2 u. 3 Zimmer, Kachelküche, Balkon, Zubehör,
von M. 260, M. 340 und M. 380 an.

Sorbenstrasse 41—45
Moderne 2- u. 3-Zimmer-Wohnungen
mit und ohne Bad und Zubehör, sowie
Läden
per sofort oder später zu vermieten.
Näheres daselbst Nr. 45 bei Krüger, sow. beim Eigner
Aug. Wedemeyer, Alter Steinweg 73.
Fernsprecher 4, Nr. 2778.

Wohnungs-Anzeiger

Expedition: ABC-Str. 57. Teleph.: Gr. III, Nr. 7910, 7911.

Enthält ein Verzeichnis fast aller zu vermietenden Wohnungen, Geschäftslokalitäten, Zimmer. Das Blatt wird jedem umsonst ins Haus gesandt und

Filiale Altona: Königstr. 10. Teleph.: Gr. I, Nr. 1097.

gratis verabfolgt in der Expedition und in den meisten Papiergeschäften. Auch ist es bei d. Straßen-, Börsen- und Bahnhofs-Buchhändlern zu haben.

Amandastr. 48
3 Zimmer und Küche M. 310 bis 340.

Margaretheustr. 54,
nahe Sternschanze, Etage, 3 Zimmer, Küche und Zubehör, M. 390.

Im Tale 9, vom Lokstedterweg, 1 mod. Hochparterre M. 335, Küchenschrank, Brotkasten, Gas, Kachelküche, keine Treppenreinigung.

Schumannstraße 54 billig 1- und 2-Z.-Wohn. M. 230 bis 300. Keine Treppenreinig.

Frdl. 1. Etage, 3 u. 2 Zimmer, alles hell, sof. od. später. Schumannstr. 20, I.

Bachstraße 119 2-Zim.-Wohn., Kachelküche, keine Treppenrein. M. 260 b. 300.

Schmalenbeckerstraße 38
Laden mit Wohnung zu vermieten; noch einige mod. 2- u. 3-Zim.-Wohn., Kachelk., Balkon, Koch- u. Leuchtgas, M. 360—420. Näh. das. Hochp. Zamlar.

Schmalenbeckerstraße 30-36.
Mod. 1- u. 2-Zim.-Wohng., Kachelküche, Balk., Koch- u. Leuchtgas, M. 240-360. Näh. daselbst Nr. 36, Hochpart. Wiring.

3 Zimmer und Küche M. 340, Laden, 2 Zimmer u. Küche, f. Schuhmacher pass., zu vermieten. Winterhuderweg 96.

Zu vermieten
schönes freundliches Parterre mit kleinem Vorgarten M. 280, Tieloh 2a, Ecke Bramfelderstr., 7 Minuten v. Bahnhof Barmbeck. Zu meld. b. Hinz, Gastwirtsch.

3u verm. Holstein. Kamp 51, Etagen u. Unterh. m. Garten M. 190—240. Näheres beim Vize Borgert.

Alt. Teichweg 49 u. 53, Barmb.,
2- u. 3-Zim.-Wohn. zu verm. v. M. 280 an. Näh. bei W. Schmidt, daselbst Nr. 49, I.

Aeußerst preiswert zu vermieten große, schöne, helle 2- und 1-Zimmerwohnungen mit Balkon an der Straßenfront. Saubere Kachelküche mit großem Kachelherd, Speisekammer, Topfschrank und Bodenraum von M. 235 an. Läden mit Wohnung von M. 650 an.
Näh. im Vermietungsbureau daselbst. Barmbeck, Hellbrookstr. 24 bis 28 und Ecke Krüsi- und Lienhardstraße.

Zu vermieten zum 1. April Wohn. von M. 240 bis M. 342. Sauerbrey, Schwabenstr. 26.

Sof. u. 1. April Wohnung, 3 Zimm., Küche, M. 240 u. 276. Baustr. 32, I.

Sofort schöne 1. Etage M. 350. Vize Lübbe, Kiebitzstraße 53 A.

Die größten 2-Zim.-Wohnung. mit Kachelküche, Treppenreinig. 2c. sind **Detmerstraße 3,** b. Hoch- u. Vorortsbahnhof Barmbeck, v. M. 286 an pr. 1. April z. vrm. Näh. daselbst.

Eine schöne helle 2-Zimm.-Vorderwohn. zum 1. April für M. 300 zu vermieten. Näh. Schultz, Vize, Mühlenkamp 48, I.

Hammerbrookstraße
1 Part., 3 Z., Küche 2c. M. 324
e. 2. Etg., 3 „ „ „ „ 360
e. Part., 2 „ „ „ „ 300
e. 1. Etg., 3 „ „ „ „ 400
alles hell und neu dekoriert, ist zu vermieten. Geissler, Schwabenstr. 33.

Zu vermieten, event. sofort zu beziehen **modern eingerichtete Zwei-Zimmer-Wohnungen** von M. 340 an, inkl. Treppenreinigung, sowie **Läden**
am Borstelmannsweg,
Ecke Wendenstraße.
Näheres daselbst 441, Laden.
Auch Sonntags zu besehen.

Süderstraße 8—12
sind 3-Zimm.-Wohn. m. Zubeh. von M. 230—390 zu verm. Näh. b. Verwalt. Adrian, Lorenzstr. 30, I.

Ecke Eiffestr. u. Diagonalstr.,
gegenüber dem gr. städt. Park, sind noch einige 2- u. 3-Zimmer-Wohn. per sof. oder später für M. 300 bis M. 480 zu verm. Näheres das.

Kegelhofstr. 21 u. 23
sof. zu verm. frdl., der Neuzeit entspr. 2-Z.-Wohnungen von M. 280 an. Näh. b. d. Vizen Hinsch u. Plaumann.

Ecke Marckmannstr. u. Rotenburgstr.
sind per 1. April sehr freundl., helle u. bill. 1-, 2- u. 3-Z.-Wohnungen, der Neuzeit entsprechend, zu vermieten. Daselbst auch mehrere Läden, pass. für Wirtsch., Schlachter-, Milchgesch. usw. Zu bes. tägl. am Bau u. Sonnt. 1-5 Uhr.

Lindleystr. 37 ein großer Laden mit 2-Zimm.-Wohnung per sofort oder 1. April. Näheres Billhorn. Kanalstraße 53, Hochpt. Daselbst noch zwei Parterres billig zu vermieten.

Frdl. möbl. Vorderzimm, Wch. M. 4 mit Kaffee. Weidestr. 84, Hochpt. r.

Tapezierer für ein großes Erbe kann d. Arbeit übernehmen gegen Mietung einer 2-Zimmer-Wohnung. Näh. Sophienallee 41, Hchp. I.

Billiges
Betten-Angebot!

Bestes Fabrikat. Grösste Auswahl.
Große Bettstellen
M. 9,50, 13,50, 24,— etc.
Kinder-Bettstellen
M. 8,—, 15,—, 22,— etc.
Max Stapel,
Betten-Lager.
Kleiner Burstah 4.

Tisch, besseres Sofa und gebrauchte Taschengarnitur billig abzugeben. Privat. Oberaltenallee 51, pt.

Großer Posten
wenig getragener Maßhosen sehr billig.
M. 2,50, 4,—, 6,50.
Alter Steinweg 15.

Feinfeine Plüschgarnitur 78, nußb. Büfett 140, eleg. Chaiselongue 16, tadellose Küche 60, Bettstelle, Kleiderschrank, Waschtisch, Phantasieschr., Betten sehr billig. Händler verbeten.
Lübeckerstraße 41, part. I.

Brillantring M. 45, gold. Ring 3, gold. Pincenez 10, gold. Brosche 7, silb. Becher 7, Brill.-Brosche 24, Brill.-Ohrringe 180, silb. Löffel 3. Wilhelminenstr. 19. Benkendorff.

Hamburg, Kohlhöfen 12, **J. Halmke,** Ecke Kademachergang
Flanell-Hemden, echt blau u. krumpffrei. Manufaktur-, Leinen- u. Aussteuer-Artikel. Wäsche für Herren, Damen und Kinder.
Lager in Bettfedern und Daunen.

Sauberes kompl. Bett M. 14, Steppd., Daunendecke. Großneumarkt 16, III.

Im Leihhaus, Brennerstr. 31
(Ecke Danzigerstraße)
soll der Rest der noch in großer Auswahl vorhandenen Pelzkragen und Muffen zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden.

Möbel
auf
Kredit.
Einzelne Teile
ohne Anzahlung.
M. Charmatz & Co.,
Steinstrasse Nr. 117.

Hamburger Hauswäscherei **Welscher** Hamburg u. Wandsbek
TELEPHON:
Gr. 8, 4404, 4405, 4406, Gr. 6, 3180.

Ganz bedeutende Mengen

Kurzwaren

gelangen zu ausserordentlich billigen Extrapreisen

zum Verkauf. Ich biete damit eine besonders günstige Kaufgelegenheit nur guter und bester Qualitäten.

Rudolph Karstadt Mönckeberg-strasse.

Ein großer Posten

Wanduhren

3 Jahre schriftliche fachmännische Garantie

konkurrenzlos billig.

A. M. Polack & Co.

Nur Hütten 85/89

rechts vom Zeughausmarkt.

Th. Burmeister's Möbelhaus,

Winterhuderweg 1-3 und Wandsb. Chaussee 27.

Reichhaltige Auswahl in Herrenzimmern.

Kompl. Hausstand M. 300—2000 etc.	Phantasieschränke M. 45, 50, 55 etc.
Schlafzimmer M. 125, 200, 285 etc.	Trumeaus m. Unters. M. 30, 35, 40 etc.
Büfetts M. 125, 150, 180, 235 etc.	Bettstell. m. Federr. M. 22, 27, 30 etc.
Dockengarnitur M. 100, 120, 140 etc.	Kleiderschränke M. 20, 28, 35, 40 etc.
Taschendiwan M. 50, 55, 60, 65 etc.	Flurgarderob. M. 15, 18, 23, 28, 30 etc.

Verlobte sparen viel Geld, wenn sie ihre Möbel direkt in der Fabrik kaufen. Reiz. Hausst. v. M. 300 u. höher. Steindamm 116, 1. u. 2. Etage. Kein Laden. **Fritzel.**

St. Pauli Pfand-Leihhaus,

Heinestraße 11.

Höchster Vorschuß a. Pfänder aller Art zu billigsten Zinsen.

Persil

das selbsttätige

Waschmittel

Kaffeeflecken

auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges Waschen in Persil.

Denkbar gründlichste Reinigung

bei grösster Schonung des Stoffes und garantierter Unschädlichkeit.

Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.

Auch Fabrikanten der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda

Möbel

auf

Teilzahlung

direkt vom Lager.

A. F. Eilken,

Altona-Ottensen, Bismarckstr. 22.

Der Versuch bringt Erfolg!

Jetzt zur beginnenden Saison haben wir eine große Auswahl der modernst. **Anzüge, Paletots, Hosen** etc. sowohl in **neu** als auch **getragen** wieder vorrätig und sind die **Preise,** da wir keine Ladenmiete zu zahlen haben, **so gestellt,** daß **jeder** bei uns **kaufen** kann.

Nur Alter Steinweg 60, I.

Verleih v. Frack- u. Gesellschaftsanz.

Pfandgeschäfte

Raboisen 92 u. Amandastr. 48

Höchster Vorschuss

Verkauf Uhren, Bild., Juwelen, sowie zurückgek. Pfänder aller Art.

Elegantes Taschentuch als Geschenk.

Prüfen und vergleichen

Sie, bevor Sie einkaufen, die Ausführung und die Preise unserer Kleider mit jeder Konkurrenz, und Sie müssen bei uns kaufen!

Konfirmations-Kleider

M. 9,50, 15,—, 20,—, 25,— bis 48,—

Prüfungs-Kleider

M. 8,50, 14,—, 22,—, 28,— bis 45,—

Blusen-Paradies

Falk & Mengers, Alter Steinweg 30—32. Steinwegs-Passage 1—3

Elegantes Taschentuch als Geschenk.

Zur Konfirmation! Große Auswahl in **Konfirmationsgeschenken.**

Billigste und größte Auswahl in **Konfirmationskarten.**

Annahme von Annoncen. Buch- und Papierhandlung. Bahrenfelderstraße 129 und Moortwiete 36.

Hochachtungsvoll **Frau B. Heine und Töchter.**

Leihhaus

Brennerstr. 64, Ecke Stiftstraße. Höchst. Vorschuß. Billigste Zinsen.

Pfand-Leihhaus, St. P., Kielerstr. 26.

Höchster Vorschuss auf Wertgegenstände all. Art.